



<i>Repair Cafés: Orte des Umdenkens und Umhandelns</i>	32
<i>Welthandel: Strafzölle und Handelskriege</i>	36
<i>Radverkehr: CSU-Verkehrsminister auf der Bremse</i>	42

**Das ÖDP-Journal**  
Nr. 177 Juli 2018

# Ökologie Politik



**FLÄCHENFRASS**

# INHALT

## UMSCHAU

Ökolumne: Die neue digitale Welt	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	8

## TITELTHEMA: FLÄCHENFRASS

„Betonflut eindämmen – damit Bayern Heimat bleibt“: <b>Volksbegehren in der Warteschleife</b> von Franz Hofmaier	10
Ortskerne und Baudenkmäler: <b>„Unser kulturhistorisches Erbe verödet“</b> Interview mit Prof. Dr. Egon Johannes Greipl	16
Heimat: <b>„Der Ort, an dem wir Vertrauen erlernen“</b> Interview mit Christian Schüle	20
Wohnungsknappheit: <b>„Flächeneffizienz statt Flächenexpansion!“</b> Interview mit Prof. Dr. Alain Thierstein	24
Agrarpolitik: <b>Landwirte gegen Umweltschützer – ein unlösbarer Konflikt?</b> von Christoph Raabs	30

## WIRTSCHAFT & SOZIALES

Repair Cafés: <b>„Umdenken, Umsteuern und Umhandeln“</b> Interview mit Bernd Wimmer	32
Welthandel: <b>Strafzölle und Handelskriege</b> von Gerd Zeitler	36
Mercosur-Abkommen: <b>Der neoliberale Ansatz ist falsch</b> von Prof. Dr. Klaus Buchner	40

## BAUEN & VERKEHR

Radverkehrspolitik: <b>Revolution in der Sackgasse</b> von Pablo Ziller	42
--	----

## ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Christoph Raabs	46
Bericht zum Bundesparteitag der ÖDP am 5./6. Mai 2018	47
Neues aus dem Europaparlament von Prof. Dr. Kalus Buchner	51
Volksbegehren „Rettet die Bienen“ von Thomas Prudlo und Urban Mangold	52
Verbände	54
Junge Ökologen	60
Bericht zum Katholikentag 9.–13. Mai 2018	68
BAK Christen & Ökologie	66
Impressum	67
Presseticker	68
Leserbriefe	70

## Liebe Leserinnen und Leser,

ohne nennenswertes Bevölkerungswachstum hat sich die deutsche Siedlungs- und Verkehrsfläche in den letzten 25 Jahren um mehr als 20% ausgeweitet. Und das würde ewig so weitergehen. Es gibt keinen triftigen Grund, warum diese Entwicklung von selbst aufhören sollte, und kein schlüssiges Konzept, um sie zu bremsen oder gar zu stoppen. Zu passiv agierte die Politik bisher. Und stieß damit auch auf wenig Widerstand, denn der Flächenverbrauch geschieht dezentral und schleichend, ebenerdig kaum wahrnehmbar. Sein tatsächliches Ausmaß ist nur aus der Luft zu erkennen. Nun endlich gibt es Widerstand: das von der ÖDP Bayern mitinitiierte Volksbegehren „Betonflut eindämmen“.

Bayern ist unter den deutschen Bundesländern Spitzenreiter im Flächenverbrauch. Nimmt man das von der Bundesregierung formulierte, kürzlich allerdings von 2020 auf 2030 verschobene Ziel von 30 ha/Tag ernst, dann dürfte Bayern nur 4,7 ha/Tag verbrauchen. Tatsächlich verbraucht es derzeit jedoch 13,1 ha/Tag. Das summiert sich im Jahr auf eine Fläche von der Größe des Ammersees. Das neue Landesentwicklungsprogramm wird den Flächenverbrauch nochmals erhöhen. Deshalb formuliert das Volksbegehren ein klares Ziel: 5 ha/Tag.

5 ha/Tag lassen den Kommunen noch genügend Handlungsspielräume, zwingen sie aber zum überlegteren Handeln. Zu gedankenlos verschwendeten sie bisher die begrenzte Ressource – und das mit konträren Begründungen: in prosperierenden Gebieten wegen der hohen Nachfrage, in strukturschwachen Gebieten zur Schaffung eines verlockenden Überangebots. Die Abhängigkeit von der Gewerbesteuer und das Konkurrenzdenken lassen Kommunen kurzfristig und irrational agieren. Die Studie „Das verbaute Land“ zeigte: In Bayern werden zehnmal so viele Gewerbegebiete ausgewiesen als tatsächlich benötigt. Allerdings: Mehr als doppelt so viel Bodenfläche brauchen neue Wohngebiete. Und die entstehen meist nicht dort, wo die Bevölkerung wächst, sondern dort, wo Grundstücke billig sind: im ländlichen Raum.

Die zunehmende Zersiedlung zerstört das Landschaftsbild und reduziert die Flächen für Natur und Landwirtschaft. Und sie lässt viele historische Stadtkerne veröden, denn was nicht autogerecht ist, ist nicht wettbewerbsfähig. So entstehen überall immer mehr Unorte, an denen sich niemand mehr wohlfühlen kann. Deshalb trägt das Volksbegehren den Untertitel: „Damit Bayern Heimat bleibt!“ Am 17. Juli 2018 verkündet der Bayerische Verfassungsgerichtshof, ob es zulässig ist. Wenn ja, dann gehen Sie bitte zur Eintragung! Eine Million Wahlberechtigte müssen innerhalb von 14 Tagen in den Rathäusern dafür unterschreiben, damit es Erfolg hat. Falls Sie noch unschlüssig sind, finden Sie in diesem Heft zahlreiche Argumente.

Viel Erkenntnisgewinn beim Lesen wünschen Ihnen

Günther Hartmann



Günther Hartmann  
Verantwortlicher  
Redakteur

Pablo Ziller



Pablo Ziller  
Stellv. Verantwortlicher  
Redakteur



**Ökolumne** von Ulrich Brehme

## Die neue digitale Welt

Das Bürokratiemodell nach Max Weber war darauf ausgerichtet, Willkür zu unterbinden und eine auf Gesetzen basierende Herrschaft zu gewährleisten. Aber diese Struktur der Exekutive könnte sich langsam auflösen. Die reale Welt von heute und ihr digitales Abbild sind bisher nur lose miteinander verknüpft. Aber staatliches Handeln wird zunehmend über digitale Plattformen abgewickelt. Der Vorteil ist ein Behördenservice unabhängig von Zeit und Ort, wie bei E-Mails, die ohne die Briefpost funktionieren.

Die zunehmende Verfügbarkeit von Echtzeitinformationen über die Bürger und eine zunehmende Integration unserer Umwelt in eine vernetzte Umgebung nehmen mit der Verbreitung von Smartphones und anderen smarten Objekten immer weiter zu. Sie werden zu einer Quelle eines fortwährenden Datenstroms über das Verhalten der Bürger und seinen momentanen Standort. Und sie werden immer mehr für gezielte Zugriffe des Staates verwendet. Auch die dafür notwendigen Entscheidungen können in Algorithmen ausgelagert werden. Selbst die Evaluation über die Eignung von Maßnahmen kann über Echtzeitinformationen über das tatsächliche Verhalten der Bürger und die realen Auswirkungen auf ihre Umwelt ausgelagert werden. Mit der aufkommenden Blockchain-Technologie kann man Verträge und deren Durchsetzung neu organisieren,

einsehbar speichern, automatisch aktualisieren, verschlüsseln und mit der gesamten bisher getätigten Transaktionshistorie aller Teilnehmer kettenartig verknüpfen. Unterschiedlichstes Datenmaterial kann zusammengeführt und ausgewertet werden. Damit kann Behördentätigkeit weiter automatisiert werden.

Doch unabhängig von den vielen neuen Möglichkeiten gilt: Die Speicherung der Verkehrs- und

Standortdaten nach dem deutschen Telekommunikationsgesetz ist verfassungs- und europarechtswidrig. Der Europäische Gerichtshof hat die Vorratsdatenspeicherung gekippt. Trotzdem versuchen Innenpolitiker immer wieder die Überwachung auszuweiten. In den Landespolizeigesetzen, wie jetzt in Bayern beschlossen und in NRW und Niedersachsen geplant, versucht die CDU/CSU bereits beim Verdacht einer drohenden Gefahr die Bürgerrechte und den Datenschutz abzubauen.

Die Polizei soll immer weitere Rechte bekommen: unbegrenzte Vorbeugehaft, offiziellen und heimlichen Datenzugriff, Abhören und Kontrolle von Wohnungen und Handys. Hinzu kommt die Beobachtung mit Drohnen, die automatische Gesichtserkennung, die Einführung eines verfassungswidrigen

Gefährderstrafrechts, gemeinsame Datenbanken zwischen Polizei und Geheimdiensten. Der Staat löst sich so von seinen rechtsstaatlichen Strukturen. Da kommt nur wenig Heimatgefühl auf. Das werden sicher auch die Wähler so sehen und den Polizeistaat abwählen. In München haben an Christi Himmelfahrt 30.000 Bürger gegen das bayerische Polizeigesetz demonstriert. „Privatsphäre ist ein Menschenrecht. Die Privatsphäre ist ein Abwehrrecht der Bürger gegenüber dem Staat. Diese Rechte wurden nicht für die Eliten geschaffen. Das Überwachungssystem existiert, um die Eliten zu schützen“, sagte Edward Snowden.

Es ist nicht alles schlecht an der IT-Welt. Das Internet macht Wissen für jeden zugänglich, der Fragen

*„Das Überwachungssystem existiert, um die Eliten zu schützen“, sagte Edward Snowden.*

stellt. Die Digitalisierung senkt die Inflation, da die Internethändler vor allem über den Preis konkurrieren. Und die EU-Kommission fordert eine Digitalsteuer, die auf den Umsatz im Zielland fällig werden soll. Der Mensch ist sehr gut in der Lage, die Ausweitung seines eigenen Wirkungskreises in einem virtuellen Umfeld auszuüben. Die Gefahr darin liegt vor allem in der Möglichkeit, über die eingesetzte Technik das Feedback des gesteuerten Prozesses so manipulieren zu können, dass sich der zu steuernde Prozess der Kontrolle des eigentlichen Nutzers entzieht. Wie das funktioniert, kann man bei jedem Onlinespiel beobachten.

Der Rechtsstaat hat sich an überprüfbaren Tatsachen zu orientieren. Wir sollten misstrauisch sein und nicht darauf vertrauen, dass sich Gerechtigkeit automatisch einstellt.

## Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

### Altmaier redet vom Kohleausstieg – und bremst

Bis 2030 will Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier die Kohleverstromung in Deutschland halbieren. Er rechnet dabei mit dem baldigen Auslaufen der Förderung von Erneuerbaren Energien, bisher durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geregelt. Nimmt



Foto: Kurt F. Dommik/pixelio.de

man allerdings die Pariser Klimaschutzziele ernst, dann ist ein Kohleausstieg deutlich vor 2030 notwendig. Altmaier erklärte, dass es kein Moratorium für die Zeit der Kommissionsarbeit zum Kohleausstieg geben wird. Das heißt: Die Kohlekonzerne dürfen mit ihren Aktivitäten zum Ausweiten der Kohlenutzung fortfahren und dafür z. B. den Hambacher Forst abholzen.

» <http://t1p.de/052a>

### Photovoltaik inzwischen preisgünstiger als Windkraft

Die Bundesnetzagentur hat bei ihrer ersten technologieoffenen Ausschreibung alle 32 Zuschläge an Photovoltaik-Anlagen vergeben. Insgesamt wurde ein Volumen von 210 MW verteilt. Der durchschnittliche mengengewichtete Zuschlagswert für Photovoltaik lag bei 4,67 Cent/kWh, für Windkraft an Land bei 7,23 Cent/kWh.



Foto: Andreas 160578/pixabay.com

Vor allem das Kölner Unternehmen „Enerparc“ hat bei der Ausschreibung abgeräumt und sich 12 der 32 Zuschläge gesichert.

» <http://t1p.de/cf0o>

### Zunahme der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Autoverkehr

Im Verkehrssektor stiegen die CO<sub>2</sub>-Emissionen 2017 um 3,8 Mio. Tonnen auf 170,6 Mio. Tonnen an: ein Plus von 2,3%. Ein Grund dafür ist, dass der Pkw-Bestand um rund 1,5% anstieg und die neu zugelassenen Pkws meist überdurchschnittlich starke Motoren aufweisen. Noch stärker angewachsen ist der Bestand an Lkws und Sattelzügen: um 4,1% und 4,4%. In der Industrie stiegen die CO<sub>2</sub>-Emissionen aufgrund der guten Konjunktur um 2,5% auf 192,9 Mio. Tonnen. In der Energiewirt-



Foto: Monikat/pixabay.com

schaft gingen die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zum Vorjahr um 13,7 Mio. Tonnen zurück: ein Minus von 4,1%. Grund dafür ist, dass infolge der hohen Windkrafteinspeisung weniger Steinkohle verstromt wurde.

» <http://t1p.de/l196>

### Windgas bald preisgünstiger als Erdgas?

Wasserstoff kann schon in den 2030er-Jahren preisgünstiger zur Verfügung stehen als fossiles Erdgas. Während die Preise für Erdgas bis 2040 von derzeit 2,0 Cent/kWh auf 4,2 Cent/kWh steigen werden, sinken die Produktionskosten für mit Ökostrom erzeugten Wasserstoff – bei Einsatz von Windkraft „Windgas“ genannt – im gleichen Zeitraum von derzeit 18 Cent/kWh auf voraussichtlich 3,2 bis 2,1 Cent/kWh. Mit dieser Speichertechnologie lassen sich Dunkelflauten, d. h. Phasen mit wenig Wind und Sonne, von bis zu zwei Wochen zu vertretbaren Kosten überbrücken. Zugleich lassen sich dadurch auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Flug- und Schiffsverkehr sowie in der Stahl- und Chemiein-

dustrie senken. In diesen Bereichen hat die Energiewende bislang praktisch nicht stattgefunden.

» <http://t1p.de/35ws>

## Arktis wird ab 2100 im Sommer oft eisfrei sein

Selbst wenn sich die Erwärmung der Erdatmosphäre auf 2 Grad begrenzen lässt, wird die Arktis voraussichtlich im Jahr 2100 alle 4 Jahre in den Sommermonaten



eisfrei sein. Wenn es allerdings gelingt, die Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, würde die Wahrscheinlichkeit eisfreier Sommer um 70 % abnehmen und die Arktis wäre nur etwa alle 40 Jahre eisfrei. Im Sommer 2017 schrumpfte das Meereis in der Arktis auf 4,7 Mio. km<sup>2</sup> und verliert dabei auch an Dicke, wodurch das Eis schneller bricht.

» <http://t1p.de/ugam>

## Industrieverband zeigt Erreichbarkeit der Klimaziele

Nachdem die Bundesregierung ihre Klimaziele für 2020 krachend verfehlt, zeigt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in seiner Studie „Klimapfade für Deutschland“ auf, mit welchen Maßnahmen sich die Klimaziele für 2050 erreichen lassen. Mit einer Fortsetzung der aktuellen Maßnahmen und absehbaren Technologieentwicklungen wird bis 2050 eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 61 % gegenüber 1990 erreicht – es bleibt also eine Lücke von 19 bzw. 34 Prozentpunkten. Laut Studie ist eine Senkung um 80 % aber sowohl technisch möglich also auch volkswirtschaftlich verkraftbar. Eine Senkung um 95 % dagegen wäre an der Grenze absehbarer technischer Machbarkeit und gesellschaftlicher Akzeptanz – und nur bei ähnlich hohen Ambitionen in den meisten anderen Ländern vorstellbar.

» <http://t1p.de/i6z8>

## Starke Waldrodungen in Afrika und Südamerika

Der WWF macht in seinem aktuellen Waldbericht darauf aufmerksam, dass seit 1990 fast 2,4 Mio. km<sup>2</sup> Naturwald verloren gegangen sind – vor allem in den tropischen Wäldern von Afrika, Südamerika und Südostasien. Afrika hat seit 1990 12 % seiner Waldfläche verloren, Nigeria 60%. In absoluten Zahlen stellt jedoch der Amazonas den wichtigsten Schauplatz der weltweiten Waldzerstörung dar. Der mit Abstand wichtigste Faktor ist die industrielle Landwirtschaft, insbesondere die Viehhaltung und der Anbau von Palmöl und Soja in riesigen Monokulturen. Deutschland importiert landwirtschaftliche Erzeugnisse von 55.000 km<sup>2</sup> Fläche, die einmal bewaldet waren, vor allem Soja



als Futtermittel in der Fleischerzeugung. Insgesamt hat sich der Waldverlust allerdings verlangsamt. In Asien wird nach extremer Waldzerstörung jetzt massiv aufgeforstet.

» <http://t1p.de/l2zo>

## EU verbietet bienenschädliche Pestizide teilweise

Die EU hat ein europaweites Verbot der drei bienengiftigsten Neonikotinoide Imidacloprid, Thiamethoxam und Clothianidin im Freiland beschlossen. Österreich, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Schweden, Holland, Malta und Kroatien haben für das Verbot gestimmt. 4 weitere Neonikotinoide sind aber noch zugelassen, außerdem mehrere ähnlich wirkende Insektizide. Neonikotinoide breiten sich in der gesamten Pflanze aus, auch in Wurzeln und Blüten. Sie stören die Fortpflanzung und Orientierung von Insekten. Auf einige Arten wirken sie unmittelbar tödlich. Neueste wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass höchstens 20 % des Wirkstoffs von Pflanzen aufgenommen



Foto: AdinaVoicu/pixabay.com

wird, während der restliche Anteil in Boden oder Wasser übergeht, wo er sich über Jahre anreichert und Folgekulturen und benachbarte Flächen verunreinigt.

» <http://t1p.de/prdy>

## Klimaerwärmung gefährdet Tier- und Pflanzenarten

Bis zur Hälfte aller Tier- und Pflanzenarten werden mittelfristig dem Klimawandel zum Opfer fallen. Wenn das 2-Grad-Ziel erreicht wird, würde jede vierte Art in den Schlüsselregionen aussterben. Kommt es aber zum Temperaturanstieg von 4,5 Grad, auf den die Menschheit aktuell zusteuert, hätte dies dramatische Folgen: So verschwinden z.B. in den Miombowäldern bis zu 90 % aller Amphibien-, 86 % aller Vogel- und 80 % aller Säugetierarten.

» <http://t1p.de/udcg>

## Ein Fünftel aller Schweine stirbt qualvoll

Rund 60 Mio. Schweine werden in Deutschland jährlich geschlachtet. 13,6 Mio. aber überleben die Mast erst gar nicht und müssen vorher notgetötet werden. Eine Untersuchung der Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover zeigte, dass viele Tiere vor ihrem Tod noch lang anhaltenden Schmerzen ausgesetzt waren. Auch



Foto: Hans/pixabay.com

die Nottötungen seien oft nicht tierschutzgerecht und fehlerhaft gewesen.

» <http://t1p.de/rjoc>

## Feinstaub bedroht Gesundheit ungeborener Kinder

Feinstaub begünstigt anomales Wachstum von Embryos. Das ist das Ergebnis einer Studie von Forschern der Yale University. Die Wissenschaftler haben die Daten von 8.000 Frauen in der chinesischen Stadt Lanzhou ausgewertet. Es handelt sich um die erste Studie dieser Art in einer Region mit hoher Luftverschmutzung. Die Werte über das Wachstum der Föten erfassten sie durch regelmäßige Ultraschallaufnahmen. Dabei stellten sie immer wieder vergrößerte Kopfumfänge fest, wenn die Schwangeren verstärkt Auto- und Industrieabgasen ausgesetzt waren.

» <http://t1p.de/dntp>

## Aktuelle Grundsteuer als verfassungswidrig eingestuft

Das Bundesverfassungsgericht hat die Grundsteuer in ihrer heutigen Form für verfassungswidrig erklärt, weil die stark veraltete Einheitsbewertung gegen den im Grundgesetz verankerten Gleichheitsgrundsatz ver-



Foto: Klaus Leidorf/Luftbilddokumentation

stößt. Der Gesetzgeber erhielt eine Frist bis Ende 2019, um eine verfassungsgemäße Neuregelung zu erlassen. Im Zuge einer gründlichen Neukonzeption ist damit der Weg frei, auch ökologische Kriterien in die Grundsteuer einfließen zu lassen. So fordert z.B. die 2012 gegründete Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ eine reine Besteuerung des Bodenwertes, um einen starken Anreiz für effiziente Flächennutzung zu erzeugen und Spekulation zu verhindern.

» [www.grundsteuerreform.net](http://www.grundsteuerreform.net)

## Bücher

### Massenmedien & Wahrheit

Michael Meyen

#### Breaking News:

#### Die Welt im Ausnahmezustand

Wie uns die Medien regieren

Westend, März 2018

208 Seiten, 18,00 Euro

978-3-86489-206-6

Privatfernsehen, Internet und Social Media haben die Massenmedien und damit unsere Wahrnehmung der Wirklichkeit und unser Bewusstsein grundlegend geändert. Aufmerksamkeit ist ein knapp gewordenes Gut, um das ein harter Kampf entbrannt ist. Um angesichts der heutigen Informationsflut überhaupt noch wahrgenommen zu werden, verflacht der Journalismus zunehmend, statt aufzuklären und Orientierung zu geben. Über Politik und Wirtschaft wird heute ganz anders berichtet als vor 20 oder 30 Jahren. Der Kommunikationswissenschaftler beschreibt diesen fatalen Prozess und die ihm zugrunde liegende Logik. (gh)



### Architektur & Lebenskunst

Daniel Fuhrhop

#### Einfach anders wohnen

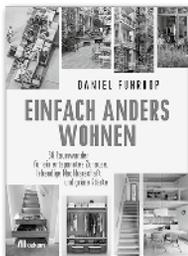
66 Raumwunder für ein entspanntes Zuhause, lebendige Nachbarschaft und grüne Städte

oekom, März 2018

128 Seiten, 14,00 Euro

978-3-96238-016-8

Daniel Fuhrhop beschäftigt sich mit den Fragen, wie man Platz schafft und wie man Platz besser nutzt. Seine These: Auf weniger Raum zu leben ist nicht nur nachhaltig, sondern macht auch glücklich. Wie das möglich ist, das wird anhand von 66 Anregungen und Tipps gezeigt – vom systematischen Entrümpeln bis hin zur Kunst des Teilens, die vor allem in den Wohnanlagen junger Genossenschaften praktiziert wird. Freiräume gewinnen und zusammenrücken, lautet das Motto. So finden alte Menschen neue Freunde und junge Menschen bezahlbaren Wohnraum. Nachbarschaften werden lebendiger und kreativer. (gh)



### Ohnmacht & Motivation

Andreas Meißner

#### Mensch, was nun?

Warum wir in Zeiten der Ökokrise

Orientierung brauchen

oekom, Juli 2017

328 Seiten, 23,00 Euro

978-3-86581-847-8

Die ökologischen Probleme erscheinen übermächtig, erzeugen ein Gefühl der Ohnmacht und lähmen das Handeln. Der Autor – Psychiater, Psychotherapeut und aktives ÖDP-Mitglied – analysiert dieses Phänomen. Er zeigt, wie es evolutionär zwingend zur heutigen Situation kommen musste und warum es so schwer ist, sich dem drohenden Unheil entgegenzustellen. Er liefert Ansätze zur Überwindung der sich breitmachenden Erstarrung. Werte wie Bescheidenheit, Demut, Hilfsbereitschaft, Aufrichtigkeit, Eigen- und Nächstenliebe sind dabei von zentraler Bedeutung. (gh)



### Verkehrsplanung & Städtebau

Deutsches Architekturmuseum (Hrsg.)

#### Fahr Rad!

Die Rückeroberung der Stadt

Birkhäuser, April 2018

280 Seiten, 49,95 Euro

978-3-0356-1526-5

Das Buch erschien zur gleichnamigen Ausstellung, die noch bis zum 2. September in Frankfurt/Main zu sehen ist. Die Autoren zeigen anhand von verkehrsplanerischen, städtebaulichen und architektonischen Projekten aus aller Welt, wie eine attraktive Fahrradinfrastruktur aussehen kann. Ausführlich vorgestellt werden acht Städte, die zur Erreichung dieses Ziels unterschiedliche Konzepte entwickelten und verfolgen. So entstand ein Katalog mit Musterlösungen, auf den Radverkehrsprojekte künftig zurückgreifen und aufbauen können. (gh)



### Reichtum & Macht

Alexander Schimmelbusch

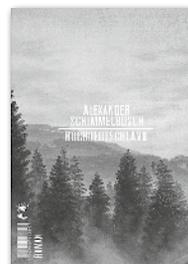
#### Hochdeutschland

Roman

Tropen, Mai 2018

214 Seiten, 20,00 Euro

978-3-608-50380-7



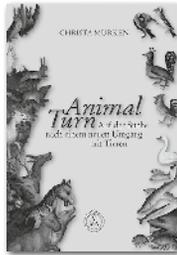
Ein zynischer Investmentbanker und der nicht weniger zynische Bundesfinanzminister lernen sich kennen, schätzen und unterstützen sich gegenseitig darin, ihre Träume zu verwirklichen. Denn der Finanzminister betrachtet die Politik nur als Sprungbrett, um in die Wirtschaft einzusteigen und reich zu werden. Und der Investmentbanker will aus seiner Branche aus- und in die Politik einsteigen. Dafür gründet er eine populistische Bewegung. Das Buch wirft ein grelles Licht auf unsere heutige Gesellschaft – mit viel Detailkenntnis, Fantasie und schwarzem Humor. (gh)

## Tierausbeutung & Tierschutz

Christa Murken

### Animal Turn

Auf der Suche nach einem neuen Umgang mit Tieren  
Murken-Altrogge, April 2015  
398 Seiten, 29.80 Euro  
978-3-935791-46-5



Die Kulturhistorikerin, Jugendbuchautorin und ÖDP-Aktivistin beleuchtet verschiedene Aspekte unseres heutigen Umgangs mit Tieren: Reduzierung der Artenvielfalt, Jagd, Tierversuche und Massentierhaltung. Zwar hat sich ein Bewusstseinswandel angebahnt, doch es besteht großer Handlungsbedarf. Zoologen, Verhaltensforscher und Neurobiologen haben herausgefunden, dass Tiere über ein ausgeprägtes Schmerzempfinden verfügen. Je größer gerade ihre entwicklungsbiologische Nähe zum Menschen, desto höher ihre Empfindsamkeit und Intelligenz. Diese Erkenntnis muss moralische Konsequenzen haben. (gh)

## Krisengefahren & Krisenchancen

Fabian Scheidler

### Chaos

Das neue Zeitalter der Revolutionen  
Promedia, Oktober 2017  
240 Seiten, 17.90 Euro  
978-3-85371-426-3



Entfesselte Märkte, Arm-Reich-Schere, Klimawandel, Flüchtlingsströme – unser Wirtschaftssystem befindet sich auf Crashkurs mit dem Planeten und seinen Bewohnern. Die etablierte Politik versagt, Angst und Unsicherheit breiten sich

aus, extremistische Strömungen erhalten Auftrieb. Die „kapitalistische Megamaschine“ gerät nach fünf Jahrhunderten Expansion zunehmend in eine tiefe Krise. Setzen sich autoritäre oder soziale und ökologische Bewegungen durch? Das Buch bietet einen kompakten Überblick, beschreibt Gefahren und Chancen und bietet einen Kompass für politisches Engagement. (gh)

## Naturromantik & Lebensphilosophie

Byung-Chul Han

### Lob der Erde

Eine Reise in den Garten  
Ullstein, März 2018  
160 Seiten, 24.00 Euro  
978-3-550-05038-1



Der in Berlin lehrende Philosoph widmet sich der Schönheit der Natur. Über sie zu staunen lernte er, als er sich einen Garten zulegte und ihn mit zunehmender Begeisterung pflegte. Das Buch erzählt von seinen Erfahrungen und wie ihn diese veränderten. Entstanden ist so vor allem ein poetisches Liebesbekenntnis an die Würde des Geheimnisvollen und Erhabenen – ein stiller und besinnlicher Gegenentwurf zur schrillen und banalen Welt der Digitalisierung, die der Autor in seinen früheren Büchern messerscharf analysierte. (gh)

## Volksherrschaft & Oligarchie

Paul Schreyer

### Die Angst der Eliten

Wer fürchtet die Demokratie?  
Westend, April 2018  
224 Seiten, 18.00 Euro  
978-3-86489-703-0



Unser politisches System steckt in der Krise. Reichen Wahlen über die Zusammensetzung eines Parlamentes tatsächlich aus, um eine Demokratie zu haben und eine Oligarchie zu verhindern? Oder gibt es dafür auch noch andere Grundbedingungen, die bislang nicht verwirklicht sind? Das Buch schildert faktenreich die Facetten gegenwärtigen Demokratie-Abbaus sowie die Kampfrhetorik und Manipulationstechniken von Eliten. Es hinterfragt die Scheu vor mehr direkter Demokratie, zeigt die Geschichte des Themas „Volksabstimmungen“ sowie die Stichhaltigkeit der Pro- und Contra-Argumente. (gh)

„Betonflut eindämmen – damit Bayern Heimat bleibt“

# Volksbegehren in der Warteschleife

Bodenfläche ist eine endliche Ressource – und wird doch zunehmend verbaut. Die Politik zeigt sich untätig, deshalb will ein Aktionsbündnis den hohen Flächenverbrauch per Volksbegehren bremsen. Über 48.000 Unterschriften reichte es im März 2018 beim Bayerischen Innenministerium ein. Das lässt nun die Zulässigkeit vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof prüfen. Das Urteil wird am 17. Juli verkündet.

von Franz Hofmaier

**W**er sich etwas intensiver mit der Thematik „Flächenverbrauch“ beschäftigt, den überrascht die Vielzahl an höchst umfangreichen und auch qualitativ hochwertigen Studien, die von verschiedensten Stellen im Laufe der letzten Jahrzehnte hierzu erstellt worden sind, den deprimiert

Seine Bevölkerung stieg seit 1980 um 15 % an, sein Flächenverbrauch um satte 50 %.

## Volksbegehren will Umsteuern bewirken

Diese alarmierenden Zahlen mündeten im Herbst 2017 in eine Unterschriftensammlung für das Volks-

begehren. Für die weiteren Schritte haben sich mittlerweile immer mehr Unterstützer gefunden, darunter die großen Umweltverbände. Ziel des Volksbegehrens ist eine Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes, damit der jährliche Flächenneuverbrauch in Bayern von zuletzt 13 auf künftig 5 Hektar pro Tag ab 2020 zurückgefahren wird.

Am 10. April 2018 allerdings bekam das geplante Volksbegehren erst einmal einen kleinen Dämpfer verabreicht: Das Innenministerium ist der Auffassung, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens nicht gegeben seien – und verwies die Initiative an den Bayerischen Verfassungsgerichtshof, damit der dies überprüft.

*Bayerns Bevölkerung stieg seit 1980 um 15 % an,  
sein Flächenverbrauch um satte 50 %.*

aber auch zu sehen, wie wenig die Politik letztlich daraus gemacht hat – vor allem in Bayern. Während andere Bundesländer doch vielfach einen spürbaren Trend in Richtung „Senkung des Flächenverbrauchs“ geschafft haben, hat sich in Bayern herzlich wenig verändert. Deutschland ist weit davon entfernt, das ursprünglich für 2020 anvisierte Ziel von 30 Hektar pro Tag zu erreichen. Stattdessen verharrt es auf doppelter Höhe. Die in Bayern von der CSU seit Jahrzehnten immer wieder hervorgehobene Selbstverantwortung der Kommunen und das Propagieren eines freiwilligen Flächensparens brachten nichts:

begehren „Betonflut eindämmen – damit Bayern Heimat bleibt“. ÖDP, Bündnis 90/Die Grünen und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) brachten sie gemeinsam auf den Weg. Die Initi-

ative stieß auf große Resonanz: Die erforderlichen 25.000 Unterstützungsunterschriften waren rasch gesammelt und am 7. März 2018 konnten schließlich 48.225 beim Bayerischen Innenministerium ein-

Am 18. Juni fand die mündliche Verhandlung statt, am 17. Juli wird das Urteil verkündet.

Dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens liegt das Gutachten „Instrumente zur Reduzierung der

*Deutschland ist weit davon entfernt, das anvisierte  
Ziel von 30 Hektar pro Tag zu erreichen.*



Foto: Initiative „Betonflut eindämmen“

48.225 Unterschriften übergaben die Initiatoren des Volksbegehrens „Betonflut eindämmen“ dem Bayerischen Innenministerium.

Flächeninanspruchnahme im Bayerischen Landesrecht“ zugrunde. Dieses zeigt drei Optionen für die Vorgehensweise auf – und vor allem auch die hohe Komplexität der Thematik. Das Gutachten empfiehlt schließlich die Verankerung einer gesetzlichen Mengenvorgabe im Bayerischen Landesplanungsgesetz, zumal dies auch „das Modell der Raumordnung am wenigsten verändert“.

### **Detailfragen bleiben ganz bewusst offen**

Nach welchen Verteilungskriterien und Verfahren nun aber die Zielvorgabe „5 Hektar pro Tag“ im Einzelnen erreicht werden soll – diese Fragen lässt das Volksbegehren bewusst offen. Das wiederum gefällt dem Innenministerium nicht: Der Entwurf dürfe „sich seiner Verantwortung insbesondere nicht dadurch

entziehen, dass er für die Auswirkungen auf die Betroffenen wesentliche Regelungen dem Verordnungsgeber überantwortet, ohne Inhalt, Zweck und Ausmaß der Ermächtigung hinreichend zu bestimmen“. Dies gelte vor allem hinsichtlich der verfassungsrechtlich geschütz-

Das Aktionsbündnis ist jedoch optimistisch. Das Volksbegehren wurde bewusst nicht mit vielen Details überfrachtet, um der Bayerischen Staatsregierung möglichst wenig Handhabe für eine Ablehnung zu bieten. ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek ist deshalb zu-

*Ziel des Volksbegehrens ist, dass der Flächenneuverbrauch in Bayern von zuletzt 13 auf 5 Hektar pro Tag ab 2020 zurückgefahren wird.*

ten kommunalen Planungshoheit. Man dürfe „Entscheidungen, die für die Verteilung auf die einzelnen kommunalen Planungsträger von grundlegender Bedeutung wären, nicht einfach auf den für das Landesentwicklungsprogramm zuständigen Verordnungsgeber delegieren“.

versichtlich: „Der große Zuspruch der Bürgerinnen und Bürger während der Unterschriftensammlung hat uns gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Davon kann uns auch die CSU-Regierung nicht abbringen. Ich sehe der Entscheidung der Verfassungsrichter optimistisch entgegen.“



Das Dorf Gündlkofen, Teil der Gemeinde Bruckberg, liegt nahe der Autobahn A92 Ausfahrt Landshut-West.

Ihren Optimismus schöpfen die Macher des Volksbegehrens auch aus einem rechtswissenschaftlichen Gutachten, das Erwin Huber, der

delssystem stuft das Gutachten des Augsburger Rechtsprofessors Martin Klemm – neben der fehlenden Vorsorge für Härtefälle – als proble-

ist das mildeste Mittel, um mit gleicher Effektivität die Flächenreduzierung im gewünschten Umfang sicherzustellen.“

*Nach welchen Verteilkriterien und Verfahren die Zielvorgabe erreicht werden soll – diese Fragen lässt das Volksbegehren bewusst offen.*

Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag, nach einem Gesetzentwurf der Landtags-Grünen in Auftrag gegeben hatte. Dieser Gesetzentwurf forderte nicht nur eine Flächenverbrauchsobergrenze, sondern im Gegensatz zum Textentwurf des Volksbegehrens auch noch ein konkretes Handelssystem mit Flächenausweisungsrechten. Solch ein Han-

delssystem stuft das Gutachten des Augsburger Rechtsprofessors Martin Klemm – neben der fehlenden Vorsorge für Härtefälle – als problematisch ein, „da das BauGB keine normativen Anknüpfungspunkte für Zertifikatsberechtigungen kennt und diese durch Landesrecht nicht geschaffen werden können“. Also ist es wohl gut, dass im Textentwurf des Volksbegehrens eine Detaillierung des strittigen Handelssystems fehlt. Das Gutachten bestätigt zudem: „Die Festlegung einer absoluten Flächenverbrauchsobergrenze

**Flächenhandel wohl sinnvollstes Konzept**

Es bleibt also spannend, wie sich die Zielvorgabe von 5 Hektar pro Tag am besten erreichen lässt. Will man den Kommunen so viel Handlungsspielraum wie möglich erhalten, drängt sich die Option „Flächenhandel mit Zertifikaten“ direkt auf – insofern sie richtig umgesetzt wird. Um hier Erkenntnisse und Erfahrungen zu sammeln, wurde in den letzten Jahren im Auftrag des Umweltbundesamtes von einem Gutachterteam unter Leitung des „Instituts der deutschen Wirtschaft Köln“ ein Modellversuch



Fotos: Klaus Leidorf Luftbildokumentation – www.leidorf.de

BMW errichtete hier von 2015 bis 2016 ein 144.000 m<sup>2</sup> großes Logistikzentrum mit 170 Arbeitsplätzen.

durchgeführt, bei dem für die 87 sich beteiligenden Kommunen alle vorab erhobenen Flächenplanungen für einen Zeitraum von 15 Jahren – von 2014 bis 2028 – simuliert

wurden. Das Ergebnis war dermaßen überzeugend, dass die frühere Bundesumweltministerin Barbara Hendricks für eine verbindliche Einführung eines bundesweiten Flächenhandels plädierte.

Ein Flächenhandel mit Zertifikaten funktioniert folgendermaßen: Jede Kommune bekommt zu Jahresbeginn eine abgestufte, anfangs

tifikate kann eine Kommune nun ansparen – auch über mehrere Jahre –, an andere Kommunen bestmöglich verkaufen oder selber welche von anderen Kommunen dazukaufen. Das Planspiel zeigte, dass der Flächenhandel die Innenentwicklung stärkt und durch Aufzeigen fiskalischer Wirkungsanalysen auf viele Projekte im Außenbereich

## ONLINETIPPS

### Aktionsbündnis Betonflut eindämmen – damit Bayern Heimat bleibt

Volksbegehren gegen Flächenfraß

[www.betonflut-eindaemmen.de](http://www.betonflut-eindaemmen.de)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Institut Raum & Energie

### Planspiel Flächenhandel

Feldexperiment mit 87 Modellkommunen

[www.flaechenhandel.de](http://www.flaechenhandel.de)

*Will man den Kommunen so viel Handlungsspielraum wie möglich erhalten, drängt sich die Option „Flächenhandel mit Zertifikaten“ auf.*

weitgehend kostenlose Zuweisung von Zertifikaten. Diese Zuweisung erfolgt anhand eines abgestuften Zuteilungsschlüssels entsprechend ihrer Bevölkerungsgröße. Diese Zer-

verzichtet wird, da diese sich bei näherer Betrachtung oft als unrentabel erweisen. Auch konnte im Planspiel nachgewiesen werden, dass durch den Flächenhandel ein fairer Las-



Die Isen bei Lengdorf im Landkreis Erding: bis vor Kurzem eine idyllische Natur- und Kulturlandschaft.

tenausgleich zwischen wachsenden Kommunen und Regionen mit starker Abwanderung zustande kommt.

Für die konkrete Umsetzung des 5-Hektar-Zieles via Flächenhandel bleibt sicherlich noch einiges zu beachten. So fällt z.B. der Zertifikate-Zukauf für eine Kommune im Speckgürtel eines Ballungszentrums angesichts der dort ohnehin hohen Grundstückspreise kaum ins Gewicht, spielt deshalb nur eine untergeordnete Rolle und übt nur eine geringe Steuerungswirkung aus. Hier ist über eine Mengenbegrenzung beim Zukauf nachzudenken.

### EU fordert Flächenverbrauch von „Netto-Null“

Damit ein Blick in die Zukunft: Ihr ursprüngliches Ziel einer Begrenzung des Flächenverbrauchs auf

„30 Hektar pro Tag im Jahr 2020“ ersetzte die Bundesregierung nun durch das neue Ziel „unter 30 Hektar pro Tag im Jahr 2030“ – nicht besonders ambitioniert, vor allem

Bundesrat im Jahr 2011 in einer Stellungnahme auf: „Das Ziel, ‚netto‘ kein Land mehr neu in Anspruch zu nehmen, muss angesichts der demografischen Entwicklung und

*Das Planspiel zeigte, dass der Flächenhandel die Innenentwicklung stärkt und auf viele Projekte im Außenbereich verzichtet wird.*

angesichts eines weitreichenderen Ziels. Mit dem 2011 beschlossenen „Fahrplan für ein ressourceneffizientes Europa“ strebt die Europäische Kommission das Flächenverbrauchsziel „Netto-Null“ für 2050 an – ein Ziel, das die Bundesregierung mit dem Klimaschutzplan 2050 übernommen hat. Diese Zielsetzung griff interessanterweise der

der vielfältigen Potenziale zur Innenentwicklung wesentlich früher als im Jahr 2050 erreicht werden (Zielvorstellung 2025, spätestens 2030). Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für anspruchsvollere Ziele bei der Reduzierung des Flächenverbrauchs einzusetzen.“

Diese Stellungnahme des Bundesrats ist wie Balsam auf der Seele



Fotos: Klaus Leidorf Luftbilddokumentation – www.leidorf.de

Nun zerschneidet die Autobahn A94 das Flusstal und wird nach ihrer Eröffnung wohl viel Gewerbe anziehen.

der ÖDP Bayern, denn sie macht deutlich, dass das Volksbegehren nur ein erster kleiner Zwischenschritt zu viel ambitionierteren Zielen sein kann. Und sie zeigt auf, dass die ÖDP Bayern mit ihrem 2015 beschlossenen Konzept „Bayern steigt aus – der Ausstieg aus dem Flächenverbrauch“ mit einer stufenweise Reduzierung innerhalb

auch alle politischen Mitbewerber einschwenken dürften. Zukunftsweisende Strategien hängen eben nicht von der Größe einer Partei ab, sondern von ihrer Intelligenz!

Bayern wäre bei einem Erfolg des Volksbegehrens auch nicht das erste Bundesland mit einer landesspezifischen Zielsetzung: Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-

liche gesetzliche Vorgabe hat noch kein Bundesland, hier könnte Bayern Vorreiter werden. Vorausgesetzt, die Juristen finden den „richtigen Ausgang“ aus der Warteschleife.

*Mit dem 2011 beschlossenen „Fahrplan für ein ressourceneffizientes Europa“ strebt die EU das Flächenverbrauchsziel „Netto-Null“ für 2050 an.*

von 10 Jahren auf null auf einem Pfad unterwegs ist, der zwar momentan wohl noch nicht mehrheitsfähig ist, auf den aber in mittlerer bis fernerer Zukunft nach und nach

Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt haben sich bereits auf Grundlage des bundespolitischen 30-Hektar-Zieles eigene Landesziele gesetzt. Nur: Eine verbind-

**Franz Hofmaier,**  
Jahrgang 1952,  
arbeitete bei einem  
Automobilhersteller  
als IT-Systemplaner  
und ist nun im (Un-)  
Ruhestand. In die  
ÖDP trat er 1995 ein, war von 1997 bis  
2002 Vorsitzender des Kreisverbands  
Ingolstadt, von 2002 bis 2017 Stadtrat in  
Ingolstadt, von 2010 bis 2016 Bezirks-  
vorsitzender der ÖDP Oberbayern und  
von 2011 bis 2015 Beisitzer im Landes-  
vorstand der ÖDP Bayern.



[franz.hofmaier@ingolstadt-mail.de](mailto:franz.hofmaier@ingolstadt-mail.de)

Ortskerne &amp; Baudenkmäler

# „Unser kulturhistorisches Erbe verödet“

Die üppige Ausweisung von autogerechten Wohnsiedlungen und Gewerbegebieten zerstört nicht nur unsere Landschaften, sondern hat auch fatale Folgen für unsere historischen Ortskerne: Sie werden als unattraktiv empfunden, entleeren sich zunehmend und verfallen. Ein prominenter Denkmalpfleger schlägt Alarm und fordert ein radikales Umdenken.

*Interview mit Prof. Dr. Egon Johannes Greipl*

**ÖkologiePolitik: Herr Prof. Greipl, was haben der Verfall von Baudenkmalern und der Flächenfraß miteinander zu tun?**

Prof. Dr. Egon Johannes Greipl: Sie haben gemeinsame Ursachen, sind die Folge von zwei großen Irrlehren, die unsere Zeit prägen: erstens der Glaube an immerwährendes Wachstum. Zweitens der Glaube, dass ein möglichst uneingeschränkter Wettbewerb für das Gemeinwohl am besten ist. Beide Überzeugungen sind zutiefst irrational. Und beiden fehlt es an Sinn für Schönheit und Maß, an Respekt vor den Leistungen vergangener Generationen und an Respekt vor der Natur. Sie sind von Gier getrieben, jagen nur dem schnellen Profit hinterher und zerstören dabei leichtfertig historische Gebäude, Dörfer, Städte, Kulturlandschaften und Natur. Wenn sich Profit machen lässt, dann wird Profit gemacht. In prosperierenden Städten werden historische Gebäude abgerissen oder durch Umbau grotesk entstellt. In weniger prosperierenden ländlichen Gegenden sorgen üppige Neubaugebiete am Ortsrand oder auf der „grünen Wiese“ dafür, dass in den Ortskernen immer mehr Gebäude leer stehen und

verfallen. Da ist eine Teufelsspirale in Gang gesetzt worden, die ganze Ortskerne – und damit unser kulturhistorisches Erbe – zunehmend veröden lässt, während sich an den Ortsrändern autogerechte Gewerbegebiete und Wohnsiedlungen in die Landschaft hineinfressen und deren Anmut zerstören.

**Seit zwei Jahrzehnten ist es erklärtes politisches Ziel, den Flächenverbrauch in Deutschland auf 30 Hektar pro Tag zu senken. Warum klappt das nicht? Aktuell ist er noch doppelt so hoch.**

Und Bayern ist mit über 13 Hektar pro Tag Deutschlands Spitzenreiter – das sind 48 Quadratkilome-

plans“, sondern die Folge von vielen Einzelentscheidungen vor Ort, also auf der kommunalpolitischen Ebene. Kaum ein Bürgermeister kennt die Verfahren zur Bewertung der Nachhaltigkeit in Landnutzungsentscheidungen. Kaum ein Bürgermeister kennt die Verfahren zur Erfassung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgen von Planungsentscheidungen. Kaum ein Bürgermeister interessiert sich für so etwas. Praktisch nirgendwo gibt es richtungweisende Beispiele für kommunales Flächensparen. Stattdessen herrscht eine verhängnisvolle Standortkonkurrenz unter den Gemeinden bei der Ansiedlung

*„Unter den Gemeinden herrscht eine verhängnisvolle Standortkonkurrenz. Es werden viel zu viele und zu große Gewerbegebiete ausgewiesen.“*

ter pro Jahr. Wie beim Klimaschutz auch, werden die staatlichen Ziele krachend verfehlt und dann einfach aufgegeben, statt Ursachenforschung zu betreiben und eine wirksamere Strategie zu entwickeln. Allerdings ist der hohe Verbrauch an Bodenfläche nicht die Folge eines zentralen staatlichen „Master-

von Handel und Gewerbe. Es werden viel zu viele und viel zu große Gewerbegebiete ausgewiesen – aber nicht wegen hoher Nachfrage, sondern in der Hoffnung, dass sich da irgendwann einmal Unternehmen niederlassen. Hinzu kommt der Wunsch nach mehr individueller Wohnfläche, was die Kommunen



**Prof. Dr. Egon Johannes Greipl**, Jahrgang 1948, studierte Geschichte, Kunstgeschichte und Alte Sprachen. Nach seiner Promotion war er für verschiedene Institutionen tätig, leitete von 1989 bis 1993 die Landesstelle für die nicht staatlichen Museen in Bayern, war von 1993 bis 1999 Kulturreferent der Stadt Regensburg und von 1999 bis 2013 Generalkonservator des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege. 2003 wurde er Honorarprofessor an der Universität Bamberg. Seit 2014 sitzt er für die ÖDP im Passauer Stadtrat.

[egon.greipl@t-online.de](mailto:egon.greipl@t-online.de)

zusätzlich große Einfamilienhaus-siedlungen ausweisen lässt. Und das alles wird natürlich autogerecht erschlossen. Auf diese Weise ergibt sich dann in der Summe der gewaltige Flächenfraß. Die Schönheit unserer Heimat zu erhalten, wie es die Bayerische Verfassung eigentlich als Ziel vorgibt, spielt im kommunalpolitischen Alltag praktisch keine Rolle und wird völlig missachtet.

**Auf landespolitischer Ebene gibt es aber durchaus Instrumente, mit denen sich steuern ließe – das Landesentwicklungsprogramm beispielsweise.**

Die Ende 2017 von der CSU-Mehrheit im Bayerischen Landtag

verabschiedete Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms verheißt nichts Gutes. Die Leitlinien lauten: Entbürokratisierung, Deregulierung und Kommunalisierung. Inhaltliche Ziele der Landesentwicklung werden gar nicht erst formuliert: weder zu Klimawandel und Energiepolitik noch zu Zersiedlung

*„Der Wunsch nach mehr individueller Wohnfläche lässt die Kommunen zusätzlich große Einfamilienhaussiedlungen ausweisen.“*

und Flächenverbrauch, auch nicht zur Land- und Forstwirtschaft, auch nicht zum Natur- und Landschaftsschutz. Stattdessen: Deregulierung – obwohl man deren Folgen in jedem Gewerbegebiet sehen kann. Das sind Orgien von Ressourcenverschwendung und abgrundtiefer Hässlichkeit. Die Schönheit unserer historischen Ortschaften beruhte immer auf klaren Regeln, nicht auf Regellosigkeit. Das ist jedem, der sich mit Baugeschichte befasst hat, bekannt, trotzdem wird von der Politik die Deregulierung immer noch als Leitbild propagiert.

**Der neue bayerische Ministerpräsident Markus Söder war in den Jahren 2014 bis 2018 Heimatminister. Was hat er in diesem Amt für Impulse gesetzt?**

In seiner bei seinem Amtsantritt im November 2014 gehaltenen Regierungserklärung beschrieb er seine Heimatstrategie: Das waren vor allem Schlagworte und Allgemeinplätze statt Inhalte und Ziele. Was meint er mit „Erhalt einer leistungsfähigen Landwirtschaft als Rückgrat des ländlichen Raumes“ konkret? Heißt das, es soll so weitergehen mit Monostruktur, Bodenerosion, Grundwasserbelastung und Artenschwund, mit Mas-

sentierhaltung und Überproduktion, mit Billigexporten in die Dritte Welt, was die dortigen Bauern in den Ruin treibt? Auch Begriffe wie Geschichte, Denkmal, Naturlandschaft, Kulturlandschaft, Öffentlicher Personennahverkehr kamen in der Regierungserklärung nicht vor. Stattdessen: Datenautobah-

nen, Breitband, BayernLab und e-Government. Das sind sicherlich wichtige Werkzeuge für die Stärkung des ländlichen Raumes, aber es sind eben nur Werkzeuge, keine Ziele. Auch der hohe Flächenver-

## ONLINETIPPS

Vortrag von  
Egon Johannes Greipl  
**Flächenfraß, gesichtslose Architektur, seelenlose Dörfer – zerstören wir unsere Heimat?**  
München, Hochschule für Philosophie  
19.02.2018 (ÖDP München)  
<http://t1p.de/vrbb>

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat  
**Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP)**  
01.09.2013/20.02.2018  
[www.landentwicklung-bayern.de](http://www.landentwicklung-bayern.de)

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat  
**Regierungserklärung „Heimat Bayern 2020“**  
27.11.2014  
<http://t1p.de/g3x2>



Mittelalterliches Stadtzentrum in Nördlingen



Bau einer Wohnsiedlung in Wallersdorf

brauch war in der Regierungserklärung kein Thema. Ganz im Gegenteil: Die Errichtung von Gewerbegebieten und von Tourismus- und Freizeitgroßprojekten soll erleichtert und forciert werden. Und hinter dem Motto „Landesentwicklung entbürokratisieren“ steckt nicht das Ziel, Verfahrensabläufe zu vereinfachen, sondern die Absicht, auf landesplanerische Zielvorgaben zu verzichten. Bürgermeister und gewählte Kommunalpolitiker wüssten besser, was wichtig und richtig ist. Jetzt, als Ministerpräsident, hat sich Söder vom Heimat- und Umwelterstörungsprojekt am Riedberger Horn angeblich verabschiedet. Dieser Abschied ist gar keiner, und vor allem bedeutet er keinen Gesinnungswandel oder gar ein grundsätzliches ökologisches Bekenntnis zum Schutz der Alpen: Söder hat den Bürgermeistern und dem Landrat aus dem Allgäu mit

*„Die Schönheit unserer historischen Ortschaften beruhte immer auf klaren Regeln, trotzdem wird Deregulierung als Leitbild propagiert.“*

zig Millionen Euro nur die zehn Jahre abgekauft, welche die Skischaukel bitte noch warten soll. Der wichtigste Teil dieser zehn Jahre aber ist das halbe Jahr bis zu den

Landtagswahlen: Nur darum geht es, Söder will die absolute CSU-Mehrheit. Die braucht er nämlich, um umweltpolitisch so weitermachen zu können wie bisher.

*Wissen es die Kommunalpolitiker nicht besser, was wichtig ist?*

Das Problem ist, dass zwischen den Gemeinden nicht die Kooperation das Handeln bestimmt,

sondern die Konkurrenz. Wenn der Blick nur bis zum Tellerrand reicht, dann bleibt das Gemeinwohl meist auf der Strecke. Und das Erschreckende ist, dass dieser Zustand inzwischen als etwas ganz Normales angesehen wird. Auch die regionalen Medien berichten völlig

unreflektiert und unkritisch darüber. Niemand denkt in größeren Maßstäben. Niemand vermisst ein räumliches Zukunftsbild unseres Landes. Niemand fordert es ein.

*Wie könnte so ein Zukunftsbild aussehen?*

Es gilt, historische Denkmäler und Ensembles zu erhalten, das Bestehende qualitativ weiterzuentwickeln, es sorgfältig nachzuverdichten, die Nutzungsvielfalt zu erhöhen, nicht mehr Gebrautes wiederzuverwerten – statt immer wieder neue, wertvolle Bodenflä-

*„Denkmalschutz ist wichtig, um Schönheit zu retten – gerade angesichts der geballten Hässlichkeit und Peinlichkeiten, die heute entstehen.“*

che zu verbrauchen und die Landschaft zu zersiedeln und dauerhaft zu verschandeln. Dazu braucht es aber vonseiten der Landespolitik verbindliche Qualitätsvorgaben, sonst funktioniert das nicht. Und es braucht ressortübergreifende Ansätze, um wieder Leben in sterbende Ortschaften zu bringen. Die Chancen liegen in wirklich aufeinander abgestimmten staatlichen Programmen – vom Denkmalschutz bis hin zur Wirtschaftsförderung. Bei der Energiewende muss das Energiesparen durch Änderungen in den Lebensweisen im Vordergrund stehen, nicht das Befriedigen eines unbremsten Energiebedarfs auf vorgeblich regenerative Weise, durch ökologische Apparatedizin. Auf-



Gebrauchtwagenhändler in Vilsbiburg



Kreuzungsfreier Verkehrsknoten in Gersthofen

Fotos: Klaus Leidorf Luftbildokumentation

hören muss, wie schon gesagt, der Deregulierungswahnsinn. Regeln gibt es überall, wo es Zivilisation gibt. Regeln sind die Voraussetzung für Zivilisation.

**Warum ist der Denkmalschutz so wichtig?**

Vor allem aus zwei Gründen: zum einen, um Schönheit zu retten – gerade angesichts der geballten Hässlichkeit und Peinlichkeiten, die heute in den Gewerbegebieten und Wohnsiedlungen entstehen. „Eine hässliche Umgebung macht auch hässlichere Menschen aus uns“, schreibt der österreichische Fernsehjournalist Tarek Leitner in seiner Streitschrift „Mut zur Schönheit“. Der andere Grund liegt darin, dass die Erinnerung an die Vergangenheit ein wichtiges Korrektiv ist für

da wären und nicht die wären, die wir sind, aber auch gegenüber unseren Kindern und Enkeln, denen wir eine offene und lebenswerte

Welt hinterlassen müssen. Wer sich heute um die Zeugnisse der Vergangenheit kümmert, steht quer zum Zeitgeist, ist „unzeitgemäß“ – ein sehr verbreitetes Totschlagargument, um jemanden zu disqualifizieren und der Lächerlichkeit preiszugeben. Der amerikanische Schriftsteller T.S. Eliot sprach in diesem Zusammenhang schon 1944

lich den Lebenden, während die Toten keinen Anteil an ihr haben. Dem möchte ich eine Haltung entgegenstellen, welche die Vergangen-

*„Die Erinnerung an die Vergangenheit ist ein wichtiges Korrektiv für die Gegenwartsvernarrtheit unserer heutigen Zeit.“*

*„Eine hässliche Umgebung macht auch hässlichere Menschen aus uns, schreibt der österreichische Fernsehjournalist Tarek Leitner.“*

die Gegenwartsvernarrtheit unserer heutigen Zeit. Das Bewusstsein, Teil einer Kette von Generationen zu sein, die aus der Vergangenheit kommt und in die Zukunft führt, öffnet unseren geistigen Horizont und erinnert uns an unsere Verantwortung: sowohl gegenüber unseren Vorfahren, ohne die wir nicht

von einer neuen Dimension der Provinzialität: nicht des Raumes, sondern der Zeit. Für diese Gesinnung ist Geschichte nichts weiter als eine Chronik menschlicher Planungen, die der Reihe nach ihre Schuldigkeit getan haben und dann zum alten Eisen geworfen wurden. In dieser Logik gehört die Welt ausschließ-

heit zur Kenntnis nimmt, sie einbezieht und gewichtet, gleichzeitig aber auf die Zukunft ausrichtet. Die

**BUCHTIPP**

Tarek Leitner  
**Mut zur Schönheit**  
 Streitschrift gegen die Verschandelung Österreichs  
 Brandstätter  
 September 2012  
 208 Seiten, 17,99 Euro  
 978-3-85033-659-8



gegenwärtige Praxis, im Namen des schnellen Profits Städte und Landschaften zu zerstören, ist krank. Die müssen wir durch eine Ethik der Verantwortung und verbindliche Gesetze korrigieren. Es reicht jetzt!

**Herr Prof. Greipl, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.**

Heimat

## „Der Ort, an dem wir Vertrauen erlernen“

Das Volksbegehren „Betonflut eindämmen“ sieht die Heimat durch die Verbauung der Landschaften bedroht, die CSU durch Flüchtlinge. Doch was ist Heimat überhaupt? Darüber gründlich nachzudenken und eine breite gesellschaftliche Diskussion zu führen ist wichtig, denn der Begriff erregt die Emotionen – und wird deshalb leider oft instrumentalisiert.

*Interview mit Christian Schüle*

**ÖkologiePolitik: Herr Schüle, Ihr Buch „Heimat“ trägt den Untertitel „Ein Phantomschmerz“. Warum?**

Christian Schüle: Ähnlich wie die Gesundheit ist auch die Heimat normalerweise einfach da, ohne dass wir viel darüber nachdenken. Über sie nachzudenken beginnen wir erst, wenn wir merken, dass wir sie verloren haben. Oder wenn wir glauben, dass sie verloren geht. Man wird sich ihrer vor allem durch ein Gefühl des Verlustes bewusst. Heimat ist etwas sehr Komplexes, Diffuses, schwer Greifbares und vor allem ein Gefühl. Ich liefere in meinem Buch deshalb auch keine klare Definition, sondern kreise um den Begriff und beleuchte ihn aus immer wieder neuen Perspektiven.

**Geht in Deutschland Heimat tatsächlich verloren?**

Nicht physisch in dem Sinne, dass uns ein Stück Land weggenommen wird. Von diesem rechtswidrigen Heimatverständnis versuche ich mich auch entschieden zu distanzieren. Stattdessen möchte ich aufzeigen, dass Heimat vor allem etwas Kulturelles ist, ein offener Prozess, an dem jeder mitwirken kann – auch neu zu uns Kommende, egal ob geflüchtet oder nicht geflüchtet. Das Gefühl von Hei-

matverlust ist wohl vor allem ein Gefühl des Verlustes von Gewohnheiten, von Vertrautheit und Geborgenheit. Konkret: In ländlichen Regionen schließen Gaststätten, Jugendzentren, Buslinien, Postfilialen, Supermärkte. Und in verbliebenen Supermärkten verschwinden die Kassierer. Es gibt immer weniger reale soziale Orte für Begegnungen

Es gibt auch Protestbewegungen, die sich gegen anderes richten – z.B. gegen TTIP und die anderen Freihandelsabkommen, also gegen die ungesteuerte Globalisierung und die Dominanz international agierender Konzerne. Kurioserweise wurde TTIP dann aber von rechts abgewürgt: von Donald Trump. Obwohl die Proteste ja eher von

*„Zur Heimat gehört die Landschaft.*

*Genauso unsere Städte und Dörfer. Und natürlich die vertrauten Menschen, die dort leben.“*

und Gespräche. Und dann verarmt die deutsche Sprache – vor allem auch durch die Digitalisierung, den mit ihr verbundenen Telegrammstil und den vielen Anglizismen: Whatsappen, Chatten, Skypen, Bloggen. Gleichzeitig kamen vom Ausland neue, uns völlig fremde Sprachen zu uns: osteuropäische, arabische, afrikanische. Das alles wird in der Summe von vielen Menschen als Verlust an Heimat empfunden. Und das sollte man ernst nehmen.

**Aus dem Verlustgefühl entsteht Wut. Warum richtet sich die dann oft gegen Flüchtlinge?**

links kamen. Auch das zeigt, dass viel durcheinandergeraten ist, dass das alte politische Koordinatensystem nicht mehr richtig greift, dass es schwierig geworden ist, sich zu orientieren. Wer kritisiert heute eigentlich wen und aus welchem Grund? Das war früher einfach und ist heute oft schwierig zu beantworten. Orientierungsverlust führt zu einem starken Unbehagen, zum Gefühl der Fremdheit, der Ungeborgenheit. Und die Digitalisierung verstärkt das noch: Auf der einen Seite werden die Räume unüberschaubar groß – durch die Verfügbarkeit von Unmengen entgrenzter



Foto: Markus Röleke

**Christian Schüle**, Jahrgang 1970, studierte Philosophie, Soziologie, Politische Wissenschaft und Theologie, arbeitete dann zunächst fünf Jahre bei der Wochenzeitung „Die Zeit“ und ist seither als freier Autor und Publizist tätig. Neben zahlreichen Essays und Reportagen veröffentlichte er bisher zehn Bücher, darunter 2017 „Heimat – Ein Phantomschmerz“. Seit 2015 lehrt er zudem Kulturwissenschaft an der Universität der Künste in Berlin.

[www.christianschüle.de](http://www.christianschüle.de)

Informationen. Auf der anderen Seite werden die Räume immer kleiner, weil man die Welt nur noch gefiltert und virtuell wahrnimmt, enorm viel Zeit vor dem PC verbringt und sein Zuhause kaum noch verlässt. Es gibt aber natürlich auch gegenläufige Phänomene: So hat z. B. das Wandern in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Berge sind an den Wochenenden völlig überfüllt.

**Ist die Landschaft etwas, was zur Heimat gehört?**

Sicherlich. Heimat ist immer auch ein realer, leibhaftiger Ort mit starker Identität, an dem man sich wohlfühlt, an den man sich gut erinnert, an den man sich gerne erinnert. Da gehört die Landschaft mit

dazu. Genauso unsere Städte und Dörfer. Und natürlich die vertrauten Menschen, die dort leben.

**In letzter Zeit entstanden viele neue Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Organisationen. Sind das auch Bewegungen gegen den Verlust an Heimat?**

Ja, unbedingt. Diese Bewegungen, die sich wohl am besten unter dem Oberbegriff „Commonismus“ zusammenfassen lassen – abgeleitet vom englischen Wort „common“,

*„Das Gefühl von Heimatverlust ist vor allem ein Gefühl des Verlustes von Gewohnheiten, von Vertrautheit und Geborgenheit.“*

deutsch: „gemeinschaftlich“ –, halte ich für enorm wichtig. Da haben sich ja in den letzten zehn Jahren zwischen Flensburg und Freiburg viele solcher mikrosozialer Gemeinschaften entwickelt – Kooperativen, urbane Gemeinschaftsgärten, Kommunalquartiere usw. –, die alle so etwas wie Heimat schaffen: weil da das „Wir“ im Mittelpunkt steht, weil sie keine geschlossenen Ideologien und Weltbilder propagieren, sondern konkretes Tun und konkrete Ziele, weil sie auf Begegnung, gegenseitige Wertschätzung und Vertrauen basieren. Heimat hat viel mit Vertrauen und mit Vertrautheit zu tun. Menschen anderer Kulturkreise können sich in diese Gemeinschaften einbringen und auf diese Weise aktiv eine neue Heimat mitgestalten.

**Ist Heimat tatsächlich etwas, was sich einfach so „neu machen“ lässt?**

Zumindest ist Heimat für mich nichts Starres, nichts ein für alle Mal Feststehendes, sondern etwas Dynamisches, das sich immer wieder verändert. Das war schon im-

mer so – auch wenn die AfD das anders sieht und darstellt. Deutschland hat sich im Lauf der Jahrhunderte ständig verändert – und war vom frühen Mittelalter bis heute auch immer das Resultat großer Migrationsprozesse. Das „Deutsche an sich“ gibt es nicht. Auch der bundesdeutsche Wohlstand, den die AfD verteidigen will, wurde ja maßgeblich von den zahlreichen Gastarbeitern mitgeschaffen, die in unser Land kamen – zuerst Italie-

ner, dann Türken. Von daher ist das Heimatverständnis der AfD nicht schlüssig, sondern fragwürdig. Was ich nicht fragwürdig finde, das ist, den Begriff „Heimat“ zum Thema zu machen und darüber eine gesellschaftliche Debatte zu führen. Viele machen sich darüber lustig und assoziieren damit Lederhosen, Dirndl und Weißwürste, aber das wird dem Begriff und dem Bedürfnis der Menschen nach Heimat nicht gerecht. Und dieses Bedürfnis ist viel zu wichtig, um die Auslegung des Begriffs den Rechten zu überlassen.

**Wir haben jetzt auch in Berlin ein Heimatministerium. Was sollte das tun, um das Bedürfnis nach Heimat zu befriedigen? Ist die nationale Ebene dafür überhaupt geeignet?**

Zunächst mal wäre es wichtig, den Begriff „Heimat“ aus der Vergiftung herauszuarbeiten, den er durch die Nazis erfahren hat. Das ist ja immer noch eine große Belastung. Allzu oft werden mit Heimat die Blut-und-Boden-Ideologie und der Rassenwahn assoziiert. Und ebenfalls unerträglich ist die



Screenshot: BR/https://youtu.be/21Dc76v5K4

Neue Volksmusik ohne Lederhose und Tracht: „Kofelgschroa“ aus Oberammergau auf dem Heimatsound-Festival 2016

Antwort der Nachkriegszeit darauf: die plumpe Heimattümelei der 1950er- und 1960er-Jahre mit ihren kitschigen Filmen. Deshalb sollten wir heute Heimat ganz neu definieren: als kulturellen, dynamischen

heit, die Pressefreiheit, die Trennung von Staat und Kirche, die Gleichstellung von Mann und Frau, auch unser duales Ausbildungssystem, die Tarifautonomie, der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Diese Dinge

herzlich willkommen. Wenn er dem nicht zustimmen möchte, dann soll er sich überlegen, ob er nicht besser in ein anderes Land geht, das seinen Vorstellungen mehr entspricht. Da dürfen und müssen wir schon auch klare Ansagen machen und Grenzen ziehen. Aber für diejenigen, die eine solche Leitkultur akzeptieren, müssen wir offen sein. Integration ist ein langer Prozess und braucht immer die Bereitschaft, den Willen und das aktive Tun beider Seiten: der Eingewanderten und der Einheimischen gleichermaßen.

*„Heimat ist nicht das künstlich Inszenierte, nicht das kitschige Idyll für Touristen, sondern das Echte, das Normale, der Alltag.“*

Prozess – auf der Basis des Grundgesetzes, das ich übrigens für eines der reifsten und weisesten Dokumente der Weltgeschichte halte. Das Grundgesetz wäre sozusagen eine Absicherung nach unten, nach oben wäre die Neudefinition von Heimat offen. Ich finde auch den Begriff „Leitkultur“ gar nicht schlecht, solange man darunter Gepflogenheiten und Werte versteht, die sich bewährt haben und die uns leiten. Dazu gehören z.B. die Demokratie, der Parlamentarismus, die Gewaltenteilung, die Rechtsgleichheit, die Religionsfreiheit, die Meinungsfrei-

haben unser Land geprägt und sich als gut und sinnvoll erwiesen. Sie sorgen für soziale Geborgenheit. Und Geborgenheit ist eine zentrale Eigenschaft von Heimat. Eine so verstandene Leitkultur grenzt nicht von vornherein aus wie die Idee einer „nationalen Identität“ oder eines „Christentums“, das ja oft nur wenig mit Christlichkeit zu tun hat, wie Jesus sie gelehrt hat. Eine Leitkultur als Verpflichtung auf allgemein verbindliche Normen unseres Gemeinwesens wäre ein zumutbares Angebot an jeden Neuankömmling. Wenn er dem zustimmt, ist er

**Zurück zum Gefühl des Heimatverlustes: Was kann ein deutsches Heimatministerium dagegen konkret tun?**

Es sollte z.B. etwas gegen den Niedergang ländlicher Regionen unternehmen: für gleiche Lebensverhältnisse sorgen, in soziale Infrastruktur investieren, Jugendzentren und Sportzentren errichten, den ÖPNV und die Breitbandversorgung ausbauen, Zukunftsperspektiven eröffnen. Den Flächenfraß, die Zersiedlung der Landschaft sowie

die Industrialisierung der Landwirtschaft und den dadurch verursachten Verlust an Biodiversität aufhalten. In den Städten: die Gentrifizierung stoppen.

**Beim Begriff „Heimat“ denken viele Menschen zunächst an Brauchtumspflege. Wie wichtig ist die?**

Das Pflegen von Traditionen und Bräuchen kann durchaus hilfreich sein, sollte aber nicht überbewertet werden. Heimat ist nicht das künstlich Inszenierte, nicht das kitschige Idyll für die Touristen, sondern das Echte, das Normale, der Alltag. Der Dialekt ist für das Heimatgefühl wohl wichtiger als rückwärtsgewandte Folklore. Der Bayerische Rundfunk und sein Fernsehen leisten hier übrigens durchaus Vorbildliches, versorgen das Bedürfnis der Bevölkerung nach Heimat mit qualitätsvollen Sendungen. Das von ihm jährlich in Oberammergau ausgerichtete „Heimatsound-Festival“ z. B. präsentiert alpenländische Bands aus dem Independent- und Neue-Volksmusik-Bereich, die auf Deutsch singen – mit mehr oder weniger starkem Dialekt. Der Dialekt ist hier keine plumpe Masche, um „volkstümlich“ zu wirken, sondern einfach die Alltagssprache der Musiker. Sie singen so, wie sie sonst auch reden. Das wirkt vertraut. Das wirkt echt. Das ist echt. Wohl deshalb kommt das Festival auch so gut an.

**Hat Heimat also viel mit Vertrautheit zu tun?**

Ja, mit Vertrautheit. Und mit Vertrauen. Und auch mit der Kindheit. Man kann sich zwar eine Wahlheimat aussuchen und sie sich immer mehr vertraut machen, aber die alte Heimat, aus der man stammt, in der man aufwuchs, die bleibt immer präsent, die wird man nie ganz los. Denn der Ort, wo man als Kind in seiner Familie

aufwuchs, ist der, an dem man Vertrauen erlernte. Das ist eine ganz entscheidende Phase im Leben, deshalb bleibt der Ort der Kindheit immer im Gedächtnis. Man erinnert sich sein Leben lang an ihn: an Bilder, an Geräusche und Klänge, an den Geruch oder Geschmack bestimmter Dinge. Ich erinnere mich z. B. noch genau an den Klang der Kirchturmglocken und an den Geruch des frisch gemähten Grasses in meinem Heimatort. Unter Tausenden von Klängen und Gerüchen würde ich die sofort wiedererkennen – und das wäre jeweils

*„Heimat ist etwas sehr Persönliches, hat mit den Prägungen in der Kindheit zu tun, aber nichts mit einer ‚nationalen Identität‘.“*

mit einem guten Gefühl verbunden. Die Heimat, wo man als Kind aufwuchs, die hatte man sich nicht gewählt, in die wurde man einfach reingeboren, die fiel einem schicksalhaft zu. Und da fühlte man sich geborgen. Je älter man wird, desto mehr erinnert man sich daran und desto stärker wird ja auch oft der Wunsch, die Orte der Kindheit wieder zu besuchen. Wie der Lachs kehrt auch der Mensch immer wieder zu seinen Wurzeln zurück.

**Wie passt das jetzt mit der vorhin genannten Neudefinition des Heimatbegriffs zusammen?**

Heimat ist etwas sehr Persönliches, hat mit den Prägungen in der Kindheit zu tun, aber nichts mit einer „nationalen Identität“, mit Abgrenzung und mit primitivem Freund-Feind-Denken. Die Kindheitserfahrungen, die jeder Mensch für die Entstehung seines Heimatgefühls gemacht hat, die kann ein Zugewanderter bei uns zwar nicht machen, seine Kinder aber sehr

## BUCHTIPP

Christian Schüle  
**Heimat**  
 Ein Phantomschmerz  
 Droemer, Mai 2017  
 256 Seiten  
 19,99 Euro  
 978-3-426-27712-6



wohl. So verstanden ist Heimat nichts Absolutes, nichts Ewiges und hat nichts mit „Blut und Boden“ zu tun. Im deutschen Wort „Heimat“ schwingen auch viel mehr Bedeu-

tungen mit als z. B. im englischen „homeland“ oder in vergleichbaren Wörtern anderer Sprachen. In anderen Sprachen geht es meist nur um Land, aber nicht um „Identität“. Auch das Wort „Heimweh“ ist typisch deutsch. Seine große, fast schon religiöse Bedeutung erlangte der Begriff „Heimat“ in der deutschen Romantik – und war da letztlich Ausdruck der Sehnsucht nach einer großen, überzeitlichen Geborgenheit. Diese Sehnsucht gibt es heute wieder, doch sie wird momentan von den Falschen bedient und politisch instrumentalisiert. Heimat kann man psychologisieren und literarisieren, aber man darf sie nicht politisieren. Das ist die große Herausforderung der nächsten Jahre. Da finde ich die Schaffung eines Heimatministeriums als durchaus gute und angemessene Antwort. Jetzt kommt es aber darauf an, was daraus gemacht wird.

**Herr Schüle, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.** ■

## Wohnungsknappheit

# „Flächeneffizienz statt Flächenexpansion!“

Obwohl in Deutschland die Bevölkerungszahl seit Langem nahezu konstant blieb, verknappt sich der Wohnraum. Die Mieten und Immobilienpreise steigen, explodieren in manchen Städten geradezu. Darauf beginnt die Politik nun zu reagieren. Es droht eine überhastete Bautätigkeit – und eine weitere Zunahme des ohnehin schon hohen Verbrauchs an Bodenfläche.

*Interview mit Prof. Dr. Alain Thierstein*

## ÖkologiePolitik: Herr Prof. Thierstein, woher kommt die aktuelle Wohnungsknappheit?

Prof. Dr. Alain Thierstein: Die hat natürlich eine lange Vorgeschichte und mehrere Gründe. Dass sie sich in den letzten zehn Jahren so verschärft hat, liegt auch daran, dass der Wohnungsmarkt nicht richtig funktioniert: Angeboten werden fast nur die Neubauten, aber das sind immer nur 1 bis 2% des gesamten Gebäudebestands. Hinzu kommen noch die durch Fluktuation frei werdenden Bestandswohnungen, aber die Fluktuation ist heute gering, weil eben kaum mehr jemand das auf dem Markt findet, was er sucht – oder nur zu einem Preis, den er nicht bereit oder in der Lage ist zu zahlen. Hätten wir auf dem Wohnungsmarkt eine Leerstandsquote von 1% oder mehr, dann wäre der Markt deutlich flüssiger, dann gäbe es wesentlich mehr Menschen, die umziehen. So aber wohnen viele Menschen in zu großen Wohnungen – weil sie keine kleinere finden oder diese teurer wäre als die aktuelle. In München gibt es die Wohnungsknappheit übrigens schon seit über einem Jahrhundert, denn die Stadt war

immer attraktiv. Attraktivität führt dazu, dass die Nachfrage größer ist als das Angebot. In der klassischen Ökonomie geht man davon aus, dass dann das Angebot erhöht wird. Und es wird auch erhöht, aber relativ langsam. Wohnungen zu planen und zu bauen, braucht Zeit – wesentlich mehr Zeit als die Herstellung industrieller Produkte. Was kann man tun? Die Baubewilligungsprozesse vereinfachen und damit zeitlich verkürzen? Ja. Die Standards reduzieren? Eher nein, denn das sind sinnvolle gesellschaftliche Übereinkünfte. Das größte Hemmnis ist wohl eher die

te Problem ist unsere Gewohnheit, Stadtentwicklung über Flächenexpansion zu betreiben, statt über eine Erhöhung der Flächeneffizienz. Und jüngste Aussagen von Politikern zum Wohnungsbau zeigen, dass auch weiterhin auf Flächenexpansion gesetzt wird.

## Was ist unter Flächeneffizienz genau zu verstehen?

Effizienz ist ein Begriff aus der Ökonomie – ein Quotient. Da gibt es einen Nenner und einen Zähler. Der Nenner ist die Bodenfläche, der Zähler die Nutzfläche – oder auch die Summe der Menschen oder der Aktivitäten. Sowohl der Zähler als

*„Jüngste Aussagen von Politikern zum Wohnungsbau zeigen, dass auch weiterhin auf Flächenexpansion gesetzt wird.“*

Verfügbarkeit von Bauland – gerade in prosperierenden Städten. Zwar gibt es selbst in München noch große Reserven innerhalb des Stadtgebiets und noch größere im Umland, aber trotzdem sollten wir hier umdenken, denn Bodenfläche ist nicht endlos vorhanden, sondern eine begrenzte Ressource. Das größ-

auch der Nenner lassen sich variieren. Bisher aber wurde immer nur der Nenner erweitert, indem man an den Rändern bis dahin unbebaute Bodenfläche bebaute. Aus verschiedenen Gründen sollten wir mit dieser Strategie aufhören und begreifen, dass wir mit Bodenfläche effizienter umgehen müssen. „Ef-



Foto: Günther Hartmann

**Prof. Dr. Alain Thierstein**, Jahrgang 1957, studierte Wirtschaftswissenschaften und war anschließend in der Regionalökonomie und Regionalforschung tätig. Seit 2005 ist er Professor für Raumentwicklung an der Architektur fakultät der TU München. Von 2010 bis 2015 war er zudem Direktor des Weiterbildungsinstituts für Städtebau und Wohnungswesen München.

[www.re.ar.tum.de/team](http://www.re.ar.tum.de/team)

fizienter“ bedeutet konkret: mehr Menschen auf die gleiche Fläche, mehr Aktivitäten auf die gleiche Fläche, mehr unterschiedliche Aktivitäten auf die gleiche Fläche, mehr Aktivitäten übereinanderstapeln. Hier sind viele kreative Lösungen möglich. Die Befürchtung, dass dies die Kreativität von Architekten und damit die Qualität unserer Städte einschränkt, ist unbegründet. Es ist umgekehrt: Die Knappheit hat immer schon die menschliche Kreativität herausgefordert und angeregt, nicht der Überfluss. Die Schaffung von Überfluss war jedoch in der gesamten Nachkriegszeit die Problemlösungsstrategie Nummer 1.

**Wird nicht durch die Erhöhung des Angebots automatisch auch immer die Nachfrage – also der Zuzug – erhöht?**

Ob das Angebot die Nachfrage oder die Nachfrage das Angebot schafft, das ist eine uralte ökonomische Frage. Sicherlich sorgt auf dem Wohnungsmarkt ein attraktives Angebot für eine hohe Nachfrage und für Zuzug. Wobei die Attraktivität vor allem auch von der Lagequalität abhängt: vom ÖPNV-Anschluss, vom Wohnumfeld, von der Infrastruktur. Unsere 2016 veröffentlichte Studie „Wohnen, Arbeiten, Mobilität“ zeigte dies ganz eindeutig. Für Wohnen in attraktiven Lagen sind die Menschen bereit, viel Geld auszugeben – und dafür bei anderen Dingen Abstriche zu machen. In Städten wie London ist das noch viel extremer als in München. Dort ist es heute durchaus üblich, weit mehr als die Hälfte des verfügbaren Einkommens fürs Wohnen auszugeben. Preise spiegeln auf der

*„Effizienter bedeutet: mehr Menschen auf die gleiche Fläche, mehr unterschiedliche Aktivitäten auf die gleiche Fläche.“*

Nachfrageseite nicht nur die Einkommenssituation wider, sondern noch etwas anderes: die Wertschätzung. Viele wollen einfach dorthin ziehen, weil sie das als große Bereicherung ihres Lebens empfinden. Einfach das Angebot zu drosseln und in gefragten Städten keine neuen Wohnungen mehr zu errichten, würde nur dazu führen, dass sich die Selektion, dass sich die Gentrifizierung weiter verschärft. Denn die attraktiven Städte verlieren dadurch ja nichts von ihrer Attraktivität und bieten weiterhin ein großes und vielfältiges Angebot an Arbeitsplätzen. Die Nachfrage nach Wohnraum bliebe hoch und würde die Preise weiterhin ansteigen lassen. Das könnte dann auch keine Miet-

## ONLINETIPP

TU München – Lehrstuhl für Raumentwicklung, Fachgebiet für Siedlungsstruktur und Verkehrsplanung

### WAM –

### Wohnen Arbeiten Mobilität

Veränderungsdynamik und Entwicklungsoptionen für die Metropolregion München  
Abschlussbericht, Februar 2016

<http://t1p.de/n7f9>

preisbremse verhindern, denn es ist ja deutlich zu sehen, wie die Umgehungsmechanismen funktionieren – und das wird man rechtlich nie richtig in den Griff kriegen. Uns bleibt deshalb nichts anderes übrig, als eine aktive Wohnungsbaupolitik zu betreiben. Wir müssen mehr

bezahlbaren Wohnraum schaffen, dabei aber gleichzeitig die Bodenflächen effizienter nutzen. Wir brauchen mehr Geschosswohnungsbau und mehr Stadt. Mit „Stadt“ meine ich nicht nur hohe bauliche Dichten, sondern auch eine hohe Durchmischung der Bewohner und der Funktionen, also das Gegenteil von monofunktionalen Siedlungen, die lange Zeit das Leitbild der Stadtplanung waren. Nur „Wohnungen! Wohnungen! Wohnungen!“, wie die aktuelle Ausstellung zu „100 Jahre Freistaat Bayern“ in der Pinakothek der Moderne heißt, wäre ein falscher Weg, wäre eine Wiederholung der Fehler der Vergangenheit.

**Wohnungsknappheit gibt es nicht nur in prosperierenden Städten wie**

**München. Sie ist nicht nur ein lokales, sondern ein bundesweites Phänomen. Warum?**

Das hat mehrere Ursachen. In den 1990er-Jahren setzte sich die Überzeugung durch, dass die soziale Frage weitgehend gelöst ist, dass es genügend bezahlbaren Wohnraum gibt und dass es keine Wohnungsknappheit mehr geben wird – zumal auch die Bevölkerung in den Städten nicht mehr zu-, sondern abnahm. Hinzu kam, dass in den 1980er-Jahren der Skandal um die „Neue Heimat“ für großes Misstrauen gegenüber dem sozialen Wohnungsbau und dessen Akteuren gesorgt hat. Das führte zu einem Meinungsumschwung und dem Glauben, der Markt könne die Versorgung mit Wohnraum besser und effizienter lösen als staatliche Bürokratie. Die Wahrnehmung der Problematik veränderte sich, die Haltung zu ihr veränderte sich – und so stellte man schließlich den sozialen Wohnungsbau einfach ein. Der Wohlstand hatte ja in den Jahrzehnten zuvor auch enorm zuge-

flächenfräß. Unsere Landschaften wurden immer mehr zersiedelt. Und der Autoverkehr nahm immer mehr zu. Freie Autofahrt und freier Flächenkonsum wurden zu eigentlichen, staatlich geförderten Grundrechten.

**Trotz Abwanderung ins Umland gibt es aber in den Städten kaum Leerstände.**

Zumindest nicht in den attraktiven Lagen, also dort, wo es einen guten ÖPNV-Anschluss sowie eine gute Einzelhandels-, Schul-, Freizeit- und Kulturinfrastruktur gibt. Sowohl im Bestand als auch im Neubau haben wir aber das Problem, dass die Wohnungsgrößen und Wohnungsgrundrisse unzureichend auf den gesellschaftlichen Wandel reagieren. Es gibt immer mehr Ein-Personen-Haushalte – und ebenso viele „autoabstinente“ Haushalte –, aber viel zu wenig Kleinwohnungen. Dies ist einer der Gründe, dass die Pro-Kopf-Wohnfläche seit Jahrzehnten stetig steigt. Man kriegt nur selten das, was man eigentlich möchte, sondern muss

*„Attraktivität hängt vor allem auch von der Lagequalität ab: vom ÖPNV-Anschluss, vom Wohnumfeld, von der Infrastruktur.“*

nehmen. Wer es sich leisten konnte, der hatte sich irgendwo im Umland, wo Grundstücke preiswert angeboten wurden, ein Einfamilienhaus oder zumindest eine Doppelhaushälfte oder ein Reihenhaus gekauft. Diese Entwicklung wurde von der Politik, von den Bausparkassen usw. aktiv befördert. Der Wunschraum vieler Menschen war ein „Häuschen im Grünen“ und ein Auto, um in die Arbeit pendeln. Da Benzin billig war, war dies auch finanziell lukrativ. Die Folge: ein enormer

das nehmen, was auf dem Markt angeboten wird – und das ist eben oft zu groß. Viele Rentner bleiben nach Wegzug der Kinder und auch nach dem Tod des Partners weiter in ihrer Wohnung, weil sie keine kleinere finden oder weil die kleinere teurer wäre.

**Der neue Bundesbauminister Horst Seehofer will zur Entschärfung der Wohnungsknappheit ein Baukindergeld in Höhe von 12.000 Euro pro Kind einführen. Wie beurteilen Sie diese Maßnahme?**

## Flächenverbrauch in Bayern

Die von BR Data am 28.03.2018 veröffentlichte Analyse „Das verbaute Land“ zeigt: Bayern verbraucht pro Jahr 36 Quadratkilometer Bodenfläche. Gewerbegebiete werden dabei zehnmal so viele ausgewiesen als tatsächlich benötigt. Mehr als doppelt so viel Bodenfläche brauchen neue Wohngebiete – und die entstehen meist nicht dort, wo die Bevölkerung wächst, sondern dort, wo Grundstücke billig sind: auf dem Land.

Dafür wurde in Bayern 2014–2016 Bodenfläche verbraucht:

Wohnen	3.314 ha
Gewerbe	1.527 ha
Straßen	1.453 ha
Mischnutzung	1.159 ha

Quelle: Landesamt für Statistik

Weitere Infos: <http://web.br.de/interaktiv/flaechenverbrauch/>

Dort, wo die Nachfrage hoch ist, führt eine staatliche Subventionierung der Nachfragenden nur dazu, dass die Anbieter ihre Preise erhöhen und die Subventionen abschöpfen. Das ist in einer Marktwirtschaft immer so. Von der Wohnungsknappheit betroffen sind auch wenige diejenigen, die finanziell in der Lage sind, sich ein Haus oder eine große Wohnung zu kaufen, sondern vor allem diejenigen, die das nicht können: Einkommens- und Vermögensschwache, Alleinerziehende. Und die gehen bei diesem Vorhaben ja völlig leer aus. Ich halte es auch grundsätzlich für falsch, wenn der Staat einseitig den Erwerb von Eigentum fördert. Eigentum zu fördern, Miete aber nicht – dafür

gibt es keine vernünftige soziologische oder ethische Begründung. Es steckt hier wohl eher ein politisches Kalkül dahinter, denn makroökonomische Studien aus verschiedenen Ländern zeigen ganz klar: je höher die Eigentumsquote, desto unbeweglicher und rückwärtsorientier-

konnten. Das ist zwar gut für die Bewohner, aber schlecht für die Bodenfläche und für die Stadt. In dem Fall wären die Genossenschaften Teil des Problems und nicht dessen Lösung. Ja – denn ich sehe natürlich auch viele positive Beispiele, gerade bei den jungen Genossenschaften

Kommunen ihre ja auch dringend benötigten Einnahmen. Für wesentlich wichtiger erachte ich deshalb die Einführung eines Instruments, das den Mehrwert, der durch die kommunale Planung entsteht, wesentlich stärker abschöpft, als das bisher der Fall ist – und das für alle Akteure der Immobilienbranche gleichermaßen gilt.

**Die Idee, eine Bodenwertzuwachssteuer einzuführen, findet ja aktuell in der Fachwelt große Aufmerksamkeit – vor allem auch als Instrument gegen Spekulation.**

Mit dem Begriff „Spekulation“ tue ich mich etwas schwer. Da ist die Abgrenzung gegen normales, gewinnorientiertes Handeln schwierig. Es ist einfach und billig, gegen „die bösen Spekulanten“ zu schimpfen, aber wir haben hier weder eine klare Definition noch eine gesicherte Datengrundlage. Ich vermute, dass es sich hier selbst in München um ein eher kleines Marktsegment handelt, das zwar regelmäßig für Empörung und Schlagzeilen sorgt, aber in seiner tatsächlichen Bedeutung weit überschätzt wird. Und wie könnten wir Spekulation eindämmen? Ein Ansatz wäre eine minimale Haltefrist von Neuerwerb von beispielsweise zwei Jahren und eine klar lenkende Steuer von beispielsweise 80 % auf den Verkaufsgewinn, wenn innerhalb dieser Frist verkauft wird. Aber bringt das wirklich etwas? Und wie viel? Für die wesentlich wichtigere und wirksamere Maßnahme halte ich eben erwähnte Planungsmehrwertabschöpfung über eine Abgabe.

**Sollte die auch bei Maßnahmen zur baulichen Verdichtung wie beispielsweise Aufstockungen greifen?**

Auch da, obwohl die bauliche Verdichtung notwendig und sinnvoll ist. Deshalb sollte diese Ab-

*„Wunschtraum vieler Menschen war ein ‚Häuschen im Grünen‘. Die Folge: Unsere Landschaften wurden immer mehr zersiedelt.“*

ter ist eine Gesellschaft, desto konservativer ist ihre Politik. Wenn man eine offene Gesellschaft will, dann sollte man nicht die Eigentumsquote fördern, sondern die bauliche Verdichtung, die Angebotsvielfalt und die Nutzungsmischung. Nur dies führt zu Begegnungen, zu Kommunikation, zu Lerneffekten zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Generationen. Sozusagen als Nebeneffekt bremsst dies auch den hohen Flächenverbrauch. Wir lösen also zwei unterschiedliche Probleme mit einer Maßnahme – das ist ein Zeichen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Und noch ein ganz anderes Argument spricht gegen das Vorhaben des Bauministers: Die seit den 1980er-Jahren von allen amerikanischen Regierungen praktizierte Politik des „Eigentums für alle“ mündete 2008 in der großen Finanzkrise.

**Die Wohnungsknappheit führt aktuell zu einer Renaissance der Genossenschaften. Zahlreiche wurden neu gegründet. Ist das ein sinnvoller Lösungsansatz?**

Ja und nein. Nein – wenn die deutlich günstigere Quadratmeter-Miete dazu führt, dass sich die Bewohner dann mehr Wohnfläche leisten, als sie sich vorher auf dem freien Wohnungsmarkt leisten

hier in München, die Gebäude und Wohnanlagen mit hohen baulichen Dichten und unterschiedlichen Wohnungsgrößen errichten, sodass spannende Mischungen unterschiedlicher Einkommenschichten und Altersgruppen auf engstem Raum entstehen. Deshalb bin ich durchaus ein großer Anhänger von Genossenschaften, aber man sollte ihnen keinen Freifahrtschein ausstellen, sondern bei jedem Projekt genau hinschauen und es differenziert beurteilen. Und es ist natürlich fraglich, ob Kommunen künftig ihre knapper werdenden Grundstücke im großen Stil preisgünstig an Genossenschaften statt teuer an Bauträger verkaufen werden. Das verzerrt den Markt, macht die Grundstücksvergaben rechtlich angreifbar und verringert den

### Wohnfläche in Deutschland

2015	46,5 m <sup>2</sup> /Einwohner
2010	45,0 m <sup>2</sup> /Einwohner
2005	41,2 m <sup>2</sup> /Einwohner
2000	39,5 m <sup>2</sup> /Einwohner
1995	36,7 m <sup>2</sup> /Einwohner
1990	34,8 m <sup>2</sup> /Einwohner

Quelle: Statistisches Bundesamt



Bungalow-Wohnanlage in Feldkirchen bei München: der Gebäudetyp mit dem höchsten Bodenflächenverbrauch pro m<sup>2</sup> Wohnfläche

gabe zweckgebunden sein und ausschließlich öffentlichen Investitionen in die soziale Infrastruktur und die öffentlichen Räume – Straßen, Plätze, Grünanlagen, Parks – dienen. Wir dürfen Stadtentwicklung nicht nur rein quantitativ betreiben, sondern müssen auch immer die Qualität im Auge behalten: Vielfalt, Lebendigkeit, Wohlbefinden. Unser Ziel sollte nicht nur die Schaffung von mehr Wohnraum sein, sondern

*„Wenn man eine offene Gesellschaft will, sollte man bauliche Verdichtung, Angebotsvielfalt und Nutzungsmischung fördern.“*

die Schaffung funktionierender und attraktiver Stadtteile – für alle Einkommenschichten und Altersgruppen. Flächennutzung, Flächeneffektivität, Transformation des Bestands – das ist ein Themenkomplex, an den man nicht eindimensional herangehen darf, sondern systemisch

herangehen muss. Das heißt: Vieles hat mit vielem zu tun, aber in unterschiedlichem Ausmaß, und wirkt sich zudem auf unterschiedlichen räumlichen Maßstäben verschiedenartig aus.

#### ***Geht es also mehr um eine intelligentere Stadtplanung?***

Es geht um beides: um eine intelligente und wirkungsorientierte Stadtplanung, aber auch um ein intelligentes Steuersystem und ei-

lenkt sie, ermöglicht oder verhindert sie Wirkungen, beschleunigt oder bremst sie Entwicklungen.

#### ***Wenn Sie Bauminister würden, was wären Ihre wichtigsten Maßnahmen?***

Als wichtigste Maßnahme sehe ich die erwähnte Planungsmehrwertabgabe. Denn dieser Mehr-

#### **Verhältnis Bodenfläche/Nutzfläche**

8-Geschosser	12,5%
7-Geschosser	14,3%
6-Geschosser	16,7%
5-Geschosser	20,0%
4-Geschosser	25,0%
3-Geschosser	33,3%
2-Geschosser	50,0%
1-Geschosser	100,0%

Im Vergleich zur 1-geschossigen Bebauung spart eine 4-geschossige 75% Bodenfläche und eine 8-geschossige 87,5%.

nes, das auf effizienten Ressourceneinsatz ausgelegt ist. Wer eine Gesellschaft verstehen möchte, der muss ihr Steuersystem studieren. Das Steuersystem ist immer eine Grundfestlegung dessen, was eine Gesellschaft als wertvoll und als weniger wertvoll erachtet. Mit Steuern



Fotos: Günther Hartmann

Genossenschaftliche Wohnanlage „wagnisArt“ in München-Schwabing: hohe Bebauungsdichte, hohe Personendichte, hohe Erlebnisdichte

wert entsteht eben nicht durch eine private Leistung des Eigentümers, sondern durch eine Entscheidung und eine Leistung der öffentlichen Hand. Deshalb wäre es nur zweckmäßig, wenn die Wertsteigerung auch überwiegend der Allgemeinheit zugutekommt. Die abgeschöpften Mittel sollten aber nicht einfach im Gesamthaushalt verschwinden, sondern wieder gezielt in städtebauliche und soziale Maßnahmen fließen, damit die verdichteten städtischen Räume besser funktionieren. Und das muss nicht nur für Neubauten gelten, sondern auch für Bestandsbauten, sobald Veränderungen stattfinden. Des Weiteren würde ich den §34 des Baugesetzbuchs reformieren bzw. ganz abschaffen. Der diene in der Nachkriegszeit dazu, die während des Krieges entstandenen Baulücken schnell schließen zu können. Ohne Bebauungsplan darf das gebaut werden, was in der Umgebung schon da ist. Damals war das sicher

angebracht, heute sollte es aber vor allem um die Frage gehen, welchen Beitrag ein Grundstück für eine gute Stadtentwicklung leisten kann und leisten sollte. Und völlig kontraproduktiv ist der §34 für die

von Stadtplanung, Baurecht und Steuerrecht auseinandersetzt. Deren Arbeit sollte transparent stattfinden und eine breite politische und öffentliche Diskussion auslösen. Dabei sind grundsätzliche Fra-

*„Unser Ziel sollte nicht nur die Schaffung von mehr Wohnraum sein, sondern die Schaffung attraktiver Stadtteile.“*

Planungsmehrwertabgabe, denn in solchen Gebieten wird ja eben kein neues Baurecht geschaffen, sondern es existiert dort bereits – eben dadurch, dass es Gebautes gibt. Die Einführung einer Planungsmehrwertabgabe und generell die Neukonzeption des Bau- und Planungsrechts halte ich für die beiden wichtigsten Maßnahmen. Und als dritte Maßnahme würde ich eine Kommission ins Leben rufen, die sich vier Jahre lang intensiv mit den systemischen Zusammenhängen

gen zu erörtern: Welche Bedeutung haben unsere gesellschaftlichen Produktionsfaktoren: das Kapital, die Arbeit, die Bodenfläche und die Natur? Wer trägt wie viel zu einem neu zu definierenden Gemeinwohl bei? Und was kriegt er dafür zu rück?

**Herr Prof. Thierstein, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.** ■

Das Interview erschien auch am 18.04.2018 im Online-Magazin „Telepolis“.

## Agrarpolitik

# Landwirte gegen Umweltschützer – ein unlösbarer Konflikt?

Anstelle des folgenden Textes war für diese ÖP-Ausgabe ein Interview mit einem Buchautor vorgesehen, dessen Werk seine Sicht auf die Zusammenhänge zwischen Bienensterben und Landwirtschaft darlegt. Der Text enthielt jedoch Passagen, die geeignet waren, die aktiven Landwirte unter den ÖDP-Mitgliedern so zu verletzen, dass ich den innerparteilichen Frieden gefährdet sah und den Artikel deshalb nicht zum Druck freigeben konnte. Stattdessen sollen die beiden Heftseiten genutzt werden, einen Blick „von innen nach außen“ zu wagen.

von Christoph Raabs

**W**ir starten den Versuch einer Annäherung an ein heikles Thema mit einer über 200 Jahre alten Sage. Die Geschichte vom „Riesenspielzeug“ ist dem ein oder anderen Leser vielleicht als Ballade aus Schulzeiten bekannt. Lesen Sie nachfolgend die Version der Brüder Grimm:

Im Elsass auf der Burg Nideck, die an einem hohen Berg bei einem Wasserfall liegt, waren die Ritter vorzeiten große Riesen. Einmal ging das Riesenfräulein herab ins Tal, wollte sehen, wie es da unten wäre, und kam bis fast nach Haslach auf ein vor dem Wald gelegenes Ackerfeld, das gerade von den Bauern bestellt ward. Es blieb vor Verwunderung stehen und schaute den Pflug, die Pferde und Leute an, das ihr alles etwas Neues war. „Ei“, sprach sie und ging herzu, „das nehm ich mir mit.“ Da kniete sie nieder zur Erde, spreitete ihre Schürze aus, strich mit der Hand über das Feld, fing alles zusammen und tat's hinein. Nun lief sie ganz vergnügt nach Haus, den Felsen hinaufspringend; wo der Berg so jäh ist, dass ein Mensch mühsam klettern muss, da tat sie einen Schritt und war droben.



Gratik: Marie Grengg/www.goethezeitportal.de/index.php?id=3290

Der Vater aber sprach: „Kind, das ist kein Spielzeug, da hast du was Schönes angestiftet! Geh nur gleich und trag's wieder hinab ins Tal.“ Das Fräulein weinte, es half aber nichts. „Mir ist der Bauer kein Spielzeug“, sagt der Ritter ernsthaftig, „ich leid's nicht, dass du mir murrst, kram alles sachte wieder ein und trag's an den nämlichen Platz, wo du's genommen hast. Baut der Bauer nicht sein Ackerfeld, so haben wir Riesen auf unserm Felsennest nichts zu leben.“

## Und die Moral von der Geschichte?

Gott behüte uns davor, dass der Bauer zum Spielball moralischer oder wirtschaftlicher Riesen werde... solche oder ähnliche Gedanken könnten Bauernfamilien haben. Auf den Präsentierteller gestellt von Wesen aus einer anderen Welt, der Riesenwelt, die unfähig sind zu erkennen, dass der Bauer nicht wie ein aufgezogenes Spielzeug putzige Dinge tut, sondern unsere Nahrung erzeugt. Auch heute noch.

Moment, könnten nun die „moderneren“ Riesen sagen, was heißt hier angeprangert? Hören wir nicht

Der Ritter saß gerade am Tisch, als sie eintrat. „Ei, mein Kind“, sprach er, „was bringst du da, die Freude schaut dir ja aus den Augen heraus.“ Sie machte geschwind ihre Schürze auf und ließ ihn hineinblicken. „Was hast du so Zappeliges darin?“ – „Ei Vater, gar zu artiges Spielding! So was Schönes hab ich mein Lebtag noch nicht gehabt.“ Darauf nahm sie eins nach dem andern heraus und stellte es auf den Tisch: den Pflug, die Bauern mit ihren Pferden; lief herum, schaute es an, lachte und schlug vor Freude in die Hände, wie sich das kleine Wesen darauf hin- und herbewegte.

ständig neue Meldungen darüber, was in der Landwirtschaft falsch läuft? Überhöhte Nitratwerte im Grundwasser, verseuchte Lebensmittel, Schlachthofskandale, Tierquälerei in überfüllten Ställen, und jetzt auch noch das Insektensterben! Daran ist doch „die Landwirtschaft“ schuld! Wer wollte das bestreiten? Der soll vortreten...!

Ja, die Riesen haben recht, und doch auch nicht. Die deutsche Landwirtschaft hat sich verändert in den letzten Jahren. Bauernhöfe sterben, meistens lautlos, gerade kleinere Betriebe geben auf, verpachten ihren Grund und Boden an den größeren Nachbarn, oder gleich an die Agrargenossenschaft.

### Landwirtschaft im Effizienzdruck

Die moderne Landwirtschaft in Deutschland ist mechanisiert, digitalisiert, zertifiziert (oft mehrfach und parallel), sie ist durchstrukturiert und sie ist vor allem eines: gnadenlos effizient. Dies muss sie auch sein, denn Deutschland steht im weltweiten Wettbewerb, nicht nur mit Autos und Maschinen, nein, auch mit seinen landwirtschaftlichen Produkten. Und da der Landwirt von seiner Arbeit leben muss, versucht er, sie so effizient wie möglich zu gestalten, um die Arbeitsbelastung für sich und seine Familienangehörigen im erträglichen Rahmen zu halten. Denn eine Kuh macht „Muh“, und viele Kühe machen Mühe, und geben mehr Milch, was bei dem derzeitigen Spot(t)-Preis für Rohmilch die finanzielle Basis doch ein wenig verbreitert. Da werden auch die Veranstaltungen der Landwirtschaftsämter gerne besucht. Der nette Herr vom Amt hat ja damals schon dazu geraten, den Stall gleich ein wenig größer zu bauen, als man das eigentlich vorgehabt hatte. Mehr Tiere – mehr Gewinn,

hat er damals gesagt. Nun muss die Feldarbeit noch effizienter werden, und da gibt es ja glücklicherweise die hochwirksamen zugelassenen Mittel der Chemiegiganten, geprüft, gesiegelt, zertifiziert, vom Amt empfohlen. Und bei korrekter Anwendung ungefährlich für Mensch und Tier. So steht's auf dem Behälter.

Und die Riesen, oben in ihren Burgen, die wenden natürlich

beitspensum, und sie leiden unter einer ausufernden Bürokratie, die sie mehr Zeit im Büro als auf dem Traktor verbringen lässt.

Die Schuldigen für die Misere sitzen in Berlin und Brüssel. Dort werden die Gesetze gemacht und damit die Voraussetzungen geschaffen für eine Landwirtschaft, die gar nicht gut ist für die Landwirte, für die Wildtiere, für die Flüsse und

## Die Schuldigen sitzen in Berlin und Brüssel.

*Dorthin sollten wir gemeinsam unseren Zorn richten.*

auch die zugelassenen Mittel aus der Drogerie an, wenn's in der Küche krabbelt oder flattert oder die Schnecken die Dahlien abfressen.

### Unübersehbarer Wandel

Ist das eine falsch, das andere richtig? Das Unbehagen der Natur- und Umweltschützer, es hat viele Ursachen. Der Wandel draußen ist unübersehbar. Und jeder neu aufgedeckte Skandal ist einer zu viel. Militante Eiferer und Tierschützer aber, die Eigentum Dritter verletzen oder Shitstürme in den sozialen Medien entfachen und damit manchen Bauern in den Wahnsinn treiben (Letzteres übrigens wörtlich – die Zahl psychischer Erkrankungen bei Landwirten ist stark steigend), tragen nichts dazu bei, dass es sich zum Besseren wenden könnte. Im Gegenteil.

Denn der wahre Schuldige ist nicht der Landwirt, der sich schon allein deshalb akribisch an die Gesetze hält, da nur dann ein Großteil seines Einkommens am Jahresende als Subvention aus Brüssel überwiesen wird. Viele Landwirte leiden heute unter der mörderischen Konkurrenz des Weltmarktes, sie leiden unter einem unerhörten Ar-

Seen, und für die Entwicklungsländer, und die nicht gut genug ist für die Nutztiere und die Verbraucher. Dorthin also, an die Politiker, an die Regierung, an die EU-Kommission, sollten wir gemeinsam unseren Zorn richten und unsere Trauer artikulieren, was sie aus dem „freien“ Beruf des Bauern gemacht haben in heutiger Zeit. Und unsere Ideen kundtun, wie es besser werden könnte.

Nicht gegen Landwirte, nicht gegen die Landwirtschaft. Sondern alle miteinander – die Produzenten und die Konsumenten. Die Riesen sollten den ersten Schritt tun. Heraus aus der Burg, runter ins Tal, zum Bauern.

**Christoph Raabs**  
ist seit 1989 politisch  
aktiv und seit 2001  
Mitglied in der ÖDP.  
Im Mai 2018 wurde  
er zum Bundesvor-  
sitzenden der ÖDP



gewählt. Zuvor war er Bundesschatzmeister. Raabs (46) ist verheiratet, lebt in Neustadt bei Coburg und arbeitet seit vielen Jahren im Bereich Landwirtschaft.

[christoph.raabs@oedp.de](mailto:christoph.raabs@oedp.de)

## Repair Cafés

# „Umdenken, Umsteuern und Umhandeln“

Zahlreiche Produkte gehen kurz nach Ablauf der Garantie kaputt. Deshalb entstanden in letzter Zeit viele Reparatur-Initiativen. Sie betrachten sich als Teil einer gesellschaftlichen Bewegung für mehr Nachhaltigkeit, denn eine längere Produkt-Lebensdauer spart Ressourcen und vermeidet Müll. Im niederbayerischen Mainburg eröffnete das Repair Café vor zwei Jahren.

*Interview mit Bernd Wimmer*

**ÖkologiePolitik:** Herr Wimmer, Sie sind Mitbegründer des Repair Cafés in Mainburg. Wie kam es dazu?

Bernd Wimmer: Entstanden ist die Idee bei einer Ortsversammlung der ÖDP Mainburg im Jahr 2015. Ein Jahr vorher hatte sich das Repair Café im benachbarten Landshut gegründet. Und in vielen Medien lasen wir Berichte über Nachhaltigkeit, Wegwerfmentalität und geplante Obsoleszenz, auch in der ÖkologiePolitik. Weil wir im Ortsverband viele aktive Mitglieder haben, fiel die Entscheidung für die Gründung des „MAI Repair Cafés“ nicht schwer – ganz im Gegenteil. Klar ist: Ein Repair Café kann nur mit Ehrenamtlichen an den Start gehen, die ihre Freizeit sinnvoll gestalten wollen und von der Idee überzeugt sind.

**Wie lief die Gründung des Repair Cafés in Mainburg genau ab?**

Wir haben vor der eigentlichen Gründungsversammlung eine Infoveranstaltung mit Gerda Ludwig vom Repair Café Landshut gemacht und die Idee in unserem ÖDP-Ortsverband vorgestellt. Sehr hilfreich war, dass unser „Chefreparateur“ Alois Zilker Vorstandsmitglied der ÖDP Mainburg ist.



**HEUTE GEÖFFNET: 14-17 UHR**

**Alles was reparaturfähig ist, kann zum Reparieren unseren ehrenamtlichen Fachleuten vorbeigebracht werden.**

- nur ein Gegenstand pro Person und Reparatur Nachmittag
- nur handliche Dinge, die man selbst hereintragen kann
- keine sperrigen Sachen wie Waschmaschinen, Trockner etc.
- keine Textilien

**KAPUTT & WEGWERFEN?  
LIEBER REPARIEREN!**

**Kontakt:** Bernd Wimmer • E-Mail: [wimmer@hallertau.net](mailto:wimmer@hallertau.net) • Tel. 01577 3056094

**Termine unter:** [f/mai.repair.cafe](https://www.facebook.com/mai.repair.cafe) und [www.reparatur-initiativen.de/mai-repair-cafe](http://www.reparatur-initiativen.de/mai-repair-cafe)



**Bernd Wimmer**, Jahrgang 1970, studierte Lehramt für Mathematik und Physik, arbeitet als Informatiker. In die ÖDP trat er 1994 ein, ist seit 2008 Ortsvorsitzender der ÖDP Mainburg und seit 2014 Mitglied im Bezirksvorstand der ÖDP Niederbayern. In Mainburg gründete er zudem die Fairtrade-Steuerungsgruppe, organisiert den regionalen Bauernmarkt und ist Vorstandsmitglied in der Ortsgruppe des Bund Naturschutz.

[www.oedp-mainburg.de](http://www.oedp-mainburg.de)

Am 22. Februar 2016 haben wir uns dann als gemeinnütziger Verein offiziell gegründet – mit vier ÖDPlern im Vorstand. Es waren an jenem Abend fast 40 Leute da. Und

Organisation, bin zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit und die interne Kommunikation.

**Welche Wirkung hat das Mainburger Repair Café bisher erzielt?**

Die Idee breitet sich aus und steckt andere an. Im Landkreis Kelheim wurden nach unserer Pionierarbeit auch in Abensberg und in der Stadt Kelheim Repair Cafés gegründet. Bei denen durfte ich unterstützend Gründungsmitglied sein. Zwei weitere Repair Cafés im Landkreis Kelheim sind momentan in Planung. Interessant ist, dass jedes Repair Café seinen eigenen Stil hat. Es gibt natürlich viele grundlegende Gemeinsamkeiten, aber eben auch ganz unterschiedliche Schwerpunkte. Was uns eint, ist das Selbstverständnis, nicht nur konkrete Reparaturaufträge abzuarbeiten, sondern den Besuchern nützliche Tipps zu geben und den Gedanken der Nachhaltigkeit aktiv zu stärken. Wir müssen wieder lernen, den Wert eines Alltagsgegenstandes wertzuschätzen und nicht gedankenlos zu kaufen und zu konsumieren.

**Was passiert nun im Mainburger Repair Café genau?**

Wir haben einmal im Monat an einem Sonntag in der Mainburger Stadthalle unseren Reparaturnach-

sage und schreibe 32 davon wurden spontan Gründungsmitglied. Mittlerweile sind wir auf 52 Mitglieder angewachsen. Rosi Brunschweiger ist zuständig für den reibungslosen Betrieb des Cafés. Rolf Delventhal unterstützt unser Vorstandsteam tatkräftig. Als Vorsitzender und Ideengeber koordiniere ich die gesamte

mittag. Dabei wird Fairtrade-Kaffee, Fairtrade-Tee und selbst gemachter Kuchen angeboten. Alles, was reparaturfähig ist und was man alleine tragen kann, sehen sich unsere Reparateure an. Die Kunden werden angehalten, während der Reparatur dabei zu sein und schon mal einen Schraubendre-

*„Was uns Repair Cafés eint, ist das Selbstverständnis, nützliche Tipps zu geben und den Gedanken der Nachhaltigkeit zu stärken.“*

## ONLINETIPP

anstiftung  
**Netzwerk Reparatur-Initiativen**  
[www.reparatur-initiativen.de](http://www.reparatur-initiativen.de)

**MAI Repair Café**  
[www.reparatur-initiativen.de/mai-repair-cafe](http://www.reparatur-initiativen.de/mai-repair-cafe)

Stichting Repair Café International  
**Repair Café**  
Wegwerfen? Denkste!  
[www.repaircafe.org/de/](http://www.repaircafe.org/de/)

Stefan Schridde  
**Murks? Nein danke!**  
Deine Stimme für bessere Haltbarkeit  
[www.murks-nein-danke.de](http://www.murks-nein-danke.de)

Utopia  
**Geplante Obsoleszenz**  
17 Tipps gegen den gewollten Verschleiß  
[www.utopia.de/ratgeber/geplante-obsoleszenz/](http://www.utopia.de/ratgeber/geplante-obsoleszenz/)

Rémi Laurent  
**Geplante Obsoleszenz – Wo bleibt Europa?**  
Treffpunkteuropa, 17.01.2018  
<http://t1p.de/6xfk>

Bernd Kling  
**Frankreichs Justiz ermittelt gegen Apple wegen verlangsamer iPhones**  
ZDNet, 09.01.2018  
<http://t1p.de/xh01>

Christian Kreiß  
**Heute gekauft, morgen entsorgt**  
ARD-alpha, 2015, 45 Minuten  
<http://y2u.be/49dj-HwDq08>

Thomas Pany  
**Geplante Obsoleszenz als Betrugsdelikt**  
Telepolis, 16.10.2014  
<https://heise.de/-3367976>

Cosima Dannoritzer  
**Kaufen für die Müllhalde**  
Arte, 2011, 75 Minuten  
<http://y2u.be/zVFZ4Ocz4VA>



Fotos: Bernd Wimmer

Reparaturnachmittag im MAI Repair Café: Die Kunden werden angehalten, während der Reparatur dabei zu sein und schon mal einen Schraubendreher selbst in die Hand zu nehmen.

her selbst in die Hand zu nehmen. Unser Grundprinzip lautet: „Hilfe zur Selbsthilfe“. Die Erfolgsquote liegt durchschnittlich bei rund zwei Drittel der gebrachten Geräte, d.h. diese können wieder funktionsfähig gemacht werden. Auch Gäste,

**Bestätigten sich die Vermutungen, dass Obsoleszenz von den Herstellern oft bewusst geplant wird?**

Diese Vermutung liegt bei so manchen Produkten tatsächlich sehr nahe. Ein Beispiel sind Computer-Netzteile, bei denen oft elek-

Verschleißteile wie Kohlebürsten lassen sich so nicht mehr effizient erneuern.

**Gibt es eigentlich Hersteller, die geplante Obsoleszenz offen zugeben?**

Eine geplante Obsoleszenz offen zugeben, kann sich keine Firma leisten. Jedoch sollte man die Nachricht, dass z.B. ein Smartphone-Hersteller für ein aktuelles Modell sowohl Updates als auch den Support einstellt, schon kritisch hinterfragen. Und wenn ein typisches Verschleißteil wie der Akku so in einem Gerät verbaut wird, dass man ihn nicht ersetzen kann, dann braucht es eigentlich gar kein Geständnis des Herstellers, dann ist die geplante Obsoleszenz offensichtlich.

**Was waren bisher die skurrilsten Vorkommnisse?**

Nicht unbedingt skurril, aber doch sehr erwähnenswert ist, dass ein Radiogerät vorbeigebracht wurde, dessen Neupreis um die 200 Euro betragen hatte. Dem Besitzer wurde im Fachgeschäft gesagt, dass die Reparatur mindestens 100 Euro kosten würde. Unsere Reparateure sahen sich das Gerät an, bauten lediglich ein Ersatzteil im Wert von nicht einmal 1 Euro

*„Wir müssen wieder lernen, den Wert eines Alltagsgegenstandes wertzuschätzen und nicht gedankenlos zu kaufen und zu konsumieren.“*

die nichts zum Reparieren haben, sind willkommen.

**Wie kommen die Reparaturnachmittage bei den Bürgern an?**

Der Andrang war teilweise so enorm, dass unsere Reparaturannahme nach einer halben Stunde einen Annahmestopp verhängen musste. Deshalb haben wir inzwischen die Regelung eingeführt, dass nur ein Gegenstand pro Reparaturnachmittag und Person zugelassen ist. Grundsätzlich ist die Reparatur zwar kostenlos, wir bitten aber um Bارسpenden in ein Sparschwein. Auch über den Verkauf von Fairtrade-Kaffee, -Tee und Kuchen erzielen wir Einnahmen, mit denen wir dann die immer wieder notwendigen Anschaffungen finanzieren.

tronische Kondensatoren – sogenannte „Elkos“ – verbaut werden, die nur für 85°C Betriebstemperatur ausgelegt sind. Elkos für eine Betriebstemperatur von 105°C wären wesentlich langlebiger und nur wenige Cent teurer, würden sich auf den Endpreis des Produkts also kaum auswirken.

**Gibt es Produkte, die besonders hervorstechen?**

Es sind vor allem neuere Maschinen und Elektrogeräte, die bei unseren Reparateuren immer wieder für großes Erstaunen sorgen. Konstruktionsbedingt ist eine vernünftige Reparatur oft nicht mehr möglich, weil z.B. das Gehäuse verklebt und nicht verschraubt ist. Eine defekte Netzleitung oder

ein – und das Gerät funktionierte wieder. Einmal konnten wir auch einen Uralt-Rasierapparat wiederherstellen. Die Freude beim Inhaber, einem Rentner, war riesig, als er ihn wieder funktionsfähig mit nach Hause nehmen konnte. Ein Highlight war auch ein von unseren Reparateuren erfolgreich in

**Was kann und was sollte die Politik gegen geplante Obsoleszenz unternehmen?**

Hilfreich wäre die tatsächliche Umsetzung einer Initiative der ÖDP Bayern: Auf dem letzten Landesparteitag in Hirschaid stimmten die Delegierten einer Forderung an den Gesetzgeber zu, die Garantiezeit für

*„Es sind vor allem neuere Maschinen und Elektrogeräte, die bei unseren Reparateuren immer wieder für großes Erstaunen sorgen.“*

Stand gesetzter über 40 Jahre alter Radiowecker.

**Was raten Sie jemandem, der ebenfalls ein Repair Café an seinem Heimatort gründen will?**

Wichtig sind die rechtliche Absicherung, also die Berücksichtigung des Vereinsrechts, sowie Hinweise auf dem Formular bei der Reparaturannahme und die unabdingbare Haftpflichtversicherung für den Verein. Hier haben uns die Mitarbeiter von den Dachverbänden der Repair Cafés sehr geholfen. Man braucht anfangs unbedingt einen Grundstock von Aktiven und Gleichgesinnten, insbesondere von kompetenten Reparateuren. Man sollte sich von benachbarten Repair

Haushaltsgeräte von 2 auf 5 Jahre zu verlängern. Und auch auf dem Bundesparteitag in Aschaffenburg votierten die Delegierten für diese Initiative. Das ist eine konkrete Maßnahme. Unbedingt notwendig wäre aber eine weitergehende Umstellung weg von der Besteuerung des Faktors Arbeit hin zu einer Besteuerung des Ressourcenverbrauchs – eine uralte, aber immer noch hochaktuelle politische Forderung der ÖDP. Die Reparatur im Fachgeschäft scheidet im Grunde an den zu hohen Kosten für die Arbeitsstunde hierzulande. Umgekehrt wird die massenhafte Herstellung von Konsumartikeln stark begünstigt durch die zu niedrigen

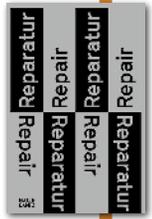
*„Der letzte ÖDP-Bundesparteitag beschloss die Forderung, die Garantiezeit für Haushaltsgeräte von 2 auf 5 Jahre zu verlängern.“*

Cafés Unterstützung einholen und diese vorab besuchen. Von großer Bedeutung ist auch die Öffentlichkeitsarbeit, vor allem im Vorfeld der Gründung. Die entsprechenden Homepages der Dachverbände und Repair Cafés sind dabei eine große Hilfe.

Löhne in vielen Herstellerländern und die zu niedrigen Rohstoffpreise. Hier ist ein konsequentes Umdenken, Umsteuern und Umhandeln unabdingbar. Repair Cafés, von denen es bundesweit inzwischen offiziell rund 600 gibt, sind ein wichtiger Baustein, um dies ins

**BUCHTIPPS**

Silke Langenberg (Hrsg.)  
**Reparatur**  
Anstiftung zum Denken und Machen  
Hantje Cantz, Feb. 2018  
432 Seiten, 25.00 Euro  
978-3-7757-4397-6



Andrea Baier u.a. (Hrsg.)  
**Die Welt reparieren**  
Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis  
Transcript, Okt. 2016  
352 Seiten, 19.99 Euro  
978-3-837-6-3377-1



Wolfgang M. Heckl  
**Die Kultur der Reparatur**  
Goldmann, Jan. 2015  
240 Seiten, 8.99 Euro  
978-3-442-17483-6



Stefan Schridde  
**Murks? Nein danke!**  
Was wir tun können, damit die Dinge besser werden  
oekom, Sep. 2014  
256 Seiten, 19.95 Euro  
978-3-86581-671-9



Christian Kreiß  
**Geplanter Verschleiß**  
Wie die Industrie uns zu immer mehr und immer schnellerem Konsum antreibt – und wie wir uns dagegen wehren können  
Europa, Mrz. 2014  
240 Seiten, 18.99 Euro  
978-3-944305-51-6



Bewusstsein der Menschen und hoffentlich auch zur politischen Umsetzung zu bringen.

**Herr Wimmer, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.**

Welthandel

# Strafzölle und Handelskriege

Trumps Wirtschaftspolitik besteht aus aggressiven und gefährlichen Eingriffen in das labile Gleichgewicht des neoliberalen Wirtschaftssystems. Er hat zwar dessen Destruktivität durchaus erkannt, jedoch viele Zusammenhänge nicht verstanden. Vor allem fehlt es ihm an einem schlüssigen Konzept für eine zukunftsfähige Weltwirtschaftsordnung.

von Gerd Zeitler

**M**it seiner Ankündigung im Februar 2018, Strafzölle auf Stahl und Aluminium in Höhe von 25 bzw. 10 % zum angeblichen Schutz der nationalen Sicherheit zu erheben, hat US-Präsident Donald Trump der Welt den Handelskrieg erklärt. Die Stimmung ist seither gefährlich emotional aufgeladen, weil Trump den Handelspartnern „betrügerische“ Praktiken unterstellt, die für das hohe Defizit der USA verantwortlich seien. Der Handelskrieg, der sich täglich weiter zuspitzt, könnte sich auf lange Sicht aber auch als heilsam erweisen, denn Trump hat es mit seiner Aggressivität und Unberechenbarkeit geschafft, die Handelspartner aufzuschrecken und die eingefahrenen Spielregeln des Freihandels infrage zu stellen.

Nach den Erfahrungen mit der Finanzmarktkrise 2008 rückt die gegenwärtige Entwicklung die Anfälligkeit des neoliberalen Systems für chaotisches Verhalten und blitzartigen wirtschaftlichen Niedergang erneut ins Bewusstsein. Ebenso die Tatsache, dass es im systembedingten Verdrängungswettbewerb auf Dauer mehr Verlierer als Gewinner gibt und die Hoffnung auf allseitige Wohlfahrt eine Illusion ist.

Trump stellt mit seinem Vorstoß auch die institutionalisierte Vervollkommnung und ständige

Rechtfertigung des Freihandels durch die Welthandelsorganisation (WTO) infrage. Diese verfolgt seit ihrer Gründung 1994 das vereinbarte Ziel, multilateral alle sogenannten Handelshemmnisse wie Zölle, Kontingente, Subventionen und gesetzliche Hürden abzubauen. Die

wohl eher zu den Verlierern seiner Politik gehören. Bei einer lückenlosen Erhebung von Zöllen auf Stahl wären zum Beispiel 5 Mio. Jobs in US-Industrien gefährdet, die Stahl verarbeiten. Die US-Stahlproduzenten wären nicht in der Lage, die Lücke kurzfristig und zu den gewohn-

*Der Handelskrieg könnte sich als heilsam erweisen, denn Trump schaffte es, die eingefahrenen Spielregeln des Freihandels infrage zu stellen.*

Interessen und Zwänge ihrer 164 Mitgliedsländer erweisen sich in der Praxis jedoch als so unvereinbar miteinander, dass die letzten Konferenzen und Schlichtungsverfahren im Streit und ohne Ergebnisse endeten.

## Trumps Ahnungslosigkeit

Trump hat zwar einen Handelskrieg angezettelt, aber es fehlt ihm die konzeptionelle Vorstellungskraft, wie eine zukunftsfähige Weltwirtschaftsordnung aussehen könnte und welche Voraussetzungen die USA dazu erfüllen müssten, besonders ihre Wirtschaftsstruktur betreffend. Weil er nur unbedacht in das labile Gleichgewicht des Freihandels eingreift, werden die USA mit ihren international stark vernetzten Liefer- und Wertschöpfungsketten

ten Preisen zu schließen. Ähnliche Auswirkungen wären bei Zöllen auf andere Rohstoffe und Zulieferungen zu erwarten.

Auch ist Trump nicht bewusst, dass das Handelsdefizit der USA zu einem großen Teil durch die im internationalen Vergleich hohen Konsumausgaben und die entsprechend niedrige Sparquote der US-Bürger bedingt ist. Weil die Bürger bei stagnierenden Löhnen nach billigen Produkten verlangen, wurde der ständige Anstieg der Konsumgüterimporte bisher stets als dem Wohlstand förderlich hingenommen, während die US-Konsumgüterindustrie ihre Wettbewerbsfähigkeit verlor und sich in Nischen zurückzog.

Das Versprechen an seine Wählerbasis, mittels der Strafzölle alle

„Knochen-Jobs“ in der Montanindustrie wiederzubeleben, wird Trump ebenfalls nicht einlösen können. Denn die Konzentration der Betriebe ist inzwischen weit fortgeschritten, einschließlich der dadurch ermöglichten hochgradigen Automatisierung. Zudem dürf-

er ebenfalls mit Sicherheitsrisiken begründete. China legte daraufhin Beschwerde bei der WTO gegen die USA ein. Zusätzlich hatte Trump im März mit einer Liste chinesischer Produkte im Umfang von 50 Mrd. Dollar gedroht, die er nun in Kürze tatsächlich mit Zöllen von 25%

Mehrheit erzielt hatte. Trump hingegen ist davon besessen, den technologischen Fortschritt Chinas und seinen wirtschaftlichen und militärischen Aufstieg zu stoppen. Ahnungslos wie er ist, macht ihn seine Obsession blind für Chinas Strategie, durch Ausbau seiner binnenwirtschaftlichen Vielfalt und den Kauf ausländischer Vermögenswerte – einschließlich Rohstofflagerstätten – unangreifbar zu werden. Und er übersieht, dass China gezielt den Handel mit den von ihm verunglimpften lateinamerikanischen Ländern intensiviert.

Seit 1. Juni erheben die USA nun auch Zölle auf Stahl und Aluminium aus der EU. Die EU-Kommission hatte vorsorglich schon vor Wochen Beschwerde bei der WTO gegen die USA eingereicht, wie zuvor schon China, und eine Liste von US-Produkten im Umfang von 2,8 Mrd. Euro bei der WTO angemeldet, die ebenfalls in US-Staaten produziert werden, in denen Trump erfolgreich war, und die sie nun Ende Juni mit Zöllen von 25 % belegen wird, wie die Mitgliedsländer einstimmig beschlossen haben. Weitere gegenseitige Vergeltungen werden jetzt immer wahrscheinlicher.



Foto: www.pixabay.com

te sich die Ausbildung der Hütten- und Bergarbeiter als wenig geeignet für moderne Dienstleistungen und automatisierte Produktionen erweisen. Trumps Wählerbasis hat also nichts Gutes von seiner Politik zu erwarten.

### Jüngste Entwicklung

Stahl und Aluminium aus China werden bereits seit März mit Zöllen belegt, weil Trump in dem Land die größte Bedrohung für die Wirtschaft und die Sicherheit der USA sieht. Er verlangte von China kategorisch, das US-Handelsdefizit von 374 Mrd. Dollar abzubauen und den Diebstahl geistigen Eigentums zu beenden. Kurz darauf hatte Trump noch ein Exportverbot für die Kommunikationstechnik der USA gegen China verhängt, das

belegen will. China hat für diesen Fall sofortige Gegenmaßnahmen im selben Umfang angekündigt, noch schwerer aber wiegt Chinas Entschlossenheit, die laufenden

*Weil Trump unbedacht in das labile Gleichgewicht des Freihandels eingreift, werden die USA wohl eher zu den Verlierern seiner Politik gehören.*

Verhandlungen mit den USA über Wirtschafts- und Handelsabkommen umgehend abzubrechen.

Im Schlagabtausch der beiden größten Volkswirtschaften bemühen sich beide Seiten, der jeweils anderen Seite möglichst spürbare Schäden zuzufügen. China zielt zunächst auf Agrarprodukte aus US-Staaten, in denen Trump eine

Alles in allem sind Trumps Chancen gering, der US-Wirtschaft und den US-Bürgern durch seine Strafzölle Vorteile zu verschaffen. Denn Zölle auf Rohstoffe werden die Wertschöpfung mindern, Zölle auf Endprodukte das Angebot verknappt und die Preise erhöhen, beides zusammen wird Arbeitsplätze kosten. Zudem werden die Han-

delspartner der USA auf jede neue Provokation des Präsidenten mit Vergeltung reagieren und, schlimmer noch, sie werden untereinander neue dauerhafte Handelsbeziehun-

in der Handelsbilanz mit Gütern gibt. Defizite nehmen ihren Lauf im Freihandel immer mit rückläufiger internationaler Wettbewerbsfähigkeit, die einige Firmen in die Insol-

zite der USA in Leistungsbilanz und Haushalt beweisen, dass das Land gerade wegen dieser Leitfunktion in Schieflage geraten ist, weil sowohl die USA als auch ihre Handelspartner die Augen vor den Risiken verschließen, um die Handelsströme nicht versiegen zu lassen. Die Handelspartner akzeptieren nach wie vor amerikanische Staatsanleihen (Treasuries) als Zahlungsmittel für ihre Exporte und ermutigen so die USA zu immer hemmungsloserer Emission dieser Papiere. Die Gesamtverschuldung der USA ist 2017 deshalb auf über 25 Billionen Dollar angestiegen, auf weit mehr als die jährliche Wirtschaftsleistung, aufgeteilt in 6,3 Billionen Dollar öffentliche und 19 Billionen Dollar private Verschuldung. Die Gläubiger gehen damit eine Wette darauf ein, dass die US-Papiere werthaltig

*Im systembedingten Verdrängungswettbewerb gibt es mehr Verlierer als Gewinner und die Hoffnung auf allseitige Wohlfahrt ist eine Illusion.*

gen unter Ausschluss der USA eingehen: Die EU und Mexiko haben bereits bekundet, ihren Handel zu intensivieren und die Zölle zu senken.

### Fakten und Hintergründe

Tatsächlich verzeichnen die USA seit Jahren das weltweit höchste Leistungsbilanzdefizit. 2017 betrug es 568 Mrd. US-Dollar und ergab sich aus einem Handelsdefizit bei Gütern von 811 Mrd. und einem Überschuss beim Handel mit Dienstleistungen von 243 Mrd. Dollar. Während das jährliche Defizit bei Gütern in den letzten 10 Jahren immer vergleichbar hoch war, ist der Überschuss bei Dienstleistungen stetig angestiegen – eine Folge der bewussten Förderung vor allem wissensbasierter Leistungen zugunsten der industriellen Produktion, speziell der Produktion von Konsumgütern. Diese Entwicklung ist in den USA beginnend mit den 90er-Jahren stark übertrieben worden, inzwischen hat sich jedoch die Erkenntnis durchgesetzt, dass Güterproduktion und produktionstechnisches Wissen unverzichtbar sind, um ausgewogene Leistungsbilanzen zu erzielen.

Bei aller Ahnungslosigkeit liegt Trump aber doch mit seiner Einschätzung richtig, dass es einen Zusammenhang zwischen den Jobverlusten und dem Defizit der USA

venz treibt, andere zwingt, Jobs in Billiglohnländer auszulagern, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. In jedem Fall geht mit den Jobs Expertise verloren, weshalb es aus einer Defizitfalle kein schnelles Entrinnen gibt.

### Globale Verflechtungen

Bleibt die zentrale Frage, wie die USA seit Jahren ihr Handelsdefizit



Foto: www.pixabay.com

finanzieren. Die Erklärung beginnt bei der überragenden Wirtschaftskraft der USA nach dem Zweiten Weltkrieg, als dem Dollar bei der Konferenz in Bretton Woods die Funktion als Leitwährung „ganz natürlich“ zufiel. Die heutigen Defi-

bleiben und die USA ihre Schulden im Laufe der Zeit durch eigene Exporte werden tilgen können.

Die vermeintliche Sicherheit der US-Papiere und die zunehmenden „Marktliberalisierungen“ haben schließlich bewirkt, dass die USA

und ihre Handelspartner in eine Sackgasse gegenseitiger Abhängigkeit geraten sind und sich systembedingt gezwungen sehen, den Austausch Güter gegen Staatsanleihen weiterzubetreiben. Zwar sind die US-Papiere handelbar, aber die großen Handelspartner vermeiden größere Verkäufe, um die Bonität der USA nicht in Zweifel zu ziehen und die Handelsströme nicht zu gefährden. Und so leben die USA weiterhin auf Pump.

### Maßnahmen und Risiken

Im neoliberalen Freihandel gibt es so gut wie keine nachhaltige wirtschaftspolitische Methode, Defizite der Leistungsbilanz, die durch ungenügende strukturelle Vielfalt und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit bedingt sind, abzuwenden oder abzubauen. Die Zentralbanken können zwar ihre Währung indirekt abwerten, indem sie Fremdwährungen kaufen oder die Leitzinsen senken. So könnten die USA versuchen, ihr Defizit mittels eines schwachen Dollars zu reduzieren, weil ihre Importe dann teurer und ihre Exporte preisgünstiger würden. Aber selbst ein bescheidener Erfolg ist nicht garantiert, weil es unerwünschte Nebenwirkungen auf Investitionen, Inflation, Arbeitsmarkt und Kaufkraft geben kann

*Trump liegt mit seiner Einschätzung richtig, dass es einen Zusammenhang zwischen Jobverlusten und dem Defizit in der Handelsbilanz gibt.*

und vor allem weil insbesondere China und die Eurozone ihre Währungen als Gegenmaßnahme ebenfalls abwerten könnten. Solche völlig nutzlosen Abwertungswettläufe hat es in der Vergangenheit bereits gegeben.

Die Folgen eines Handelskrieges sind wegen der Gefahr des gegenseitigen Hochschaukelns zweifellos unwägbare. Aber es könnte noch viel schlimmer kommen: China könnte sich weigern, weiterhin US-Papiere zu akzeptieren, oder die chinesische Zentralbank könnte mit dem Verkauf ihrer US-Papiere beginnen, dadurch den Dollar drücken und

parität herstellt. Jedes durchschnittlich teure Produkt hätte dann in jeder Währung denselben Geldwert. Produkte, die bei Anwendung des Wechselkurses in einem Währungsraum preisgünstiger wären, könnten vom anderen Währungsraum gewinnbringend importiert werden. Um jedoch Verdrängungen durch preisgünstige Importe begrenzen

*Eine nachhaltige Lösung ist möglich:  
Der Wechselkurs müsste bilateral  
so kalkuliert werden, dass er durchschnittliche  
Kaufkraftparität herstellt.*

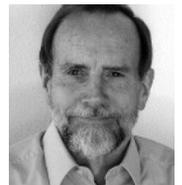
die USA zwingen, die Zinssätze der Papiere anzuheben, sodass sich die Importe der USA verteuern würden. Die Abwärtsspirale könnte eine weltweite Rezession zur Folge haben – und die „neoliberale Party“ wäre zu Ende. Dieses Szenario ist jedoch wegen der genannten Abhängigkeiten eher unwahrscheinlich, denn China würde sich erheblich selbst schaden, wenn die US-Konsumenten keine chinesischen Produkte mehr kaufen könnten.

### Gibt es eine Lösung?

Eine nachhaltige Lösung ist möglich, sogar eine theoretisch sehr ein-

und den Handel in Richtung ausgewogene Leistungsbilanzen steuern zu können, müssten Währungsräume sich ergänzend gegenseitig zugestehen, Importzölle und Importkontingente autonom festlegen zu können. So würde der Handel auf Basis eines multi-bilateralen Wechselkurssystems die Voraussetzungen für vielfältige Wirtschaftsstrukturen und nachhaltige gesellschaftliche Wohlfahrt schaffen. ■

**Gerd Zeitler**, Jahrgang 1940, gestaltete nach dem Ingenieurstudium internationale Unternehmensallianzen mit und war als Dozent für Strategisches Unternehmens- und Technologiemanagement tätig. Seit den 1990er-Jahren analysiert er die neoliberale Wirtschaftstheorie und veröffentlichte darüber 2006 sein Buch „Der Freihandelskrieg“ sowie seit 2008 im Internet sein „Kompendium der marktwirtschaftlich-sozialökologischen Ökonomik“.



## Mercosur-Abkommen

# Der neoliberale Ansatz ist falsch

Ein neues Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und den Mercosur-Staaten wird gerade auf den Weg gebracht. Es beinhaltet z. B. den gegenseitigen Abbau von Einfuhrzöllen, die Ausweitung von Importquoten sowie den Abbau weiterer Handelsschranken. Die Verträge wurden bislang im Geheimen verhandelt. Was aber an die Öffentlichkeit gelangt ist, lässt Schlimmes befürchten.

von Prof. Dr. Klaus Buchner

**A**ls Mercosur wird ein Staatenverbund mit den Mitgliedern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay bezeichnet. Schon jetzt ist die EU für die Mercosur-Staaten ein wichtiger Handelspartner, gehen doch rund 18 % ihrer weltweiten Exporte in die EU. Aber damit ist noch nicht die Obergrenze erreicht. Laut einer Studie des For-

eigener Industriestrukturen und zerstört vorhandene Wirtschaftszweige.

Ein Kritikpunkt am Abkommen ist die Tatsache, dass sich das europäische Vorsorgeprinzip nicht in den Verträgen wiederfindet. Das bedeutet, dass eine Substanz (z. B. Chemikalie) solange nicht auf dem Markt zugelassen wird, bis die Un-

*So gibt es in Brasilien immer noch ca. 160.000 Sklaven, die vor allem in der Landwirtschaft eingesetzt werden.*

schungsdienstes der EU wird der Mercosur im Jahr 2025 fast 25 % der Agrar- und Lebensmittelimporte der EU abdecken.

Das Mercosur-Abkommen wird – mit Unterbrechungen – nun im 20. Jahr verhandelt. Es etabliert und vertieft die klassischen Freihandelsregeln und zementiert althergebrachte Handelsstrukturen. Die EU will ihre Industrieexporte ausweiten, die Mercosur-Staaten werden als Rohstofflieferanten benötigt. Das verhindert dort aber den Aufbau

schädlichkeit bewiesen ist. Für das Mercosur-Abkommen zählt jedoch der umgekehrte Weg: Eine Substanz bleibt solange auf dem Markt, bis die Schädlichkeit nachgewiesen werden kann.

## Einfluss der Pharmaindustrie

Ebenfalls in der Kritik stehen die Forderungen der EU hinsichtlich der Verschärfung des Patentrechts für Medikamente. Es muss befürchtet werden, dass dies in den Mercosur-Staaten für Preissteigerungen

und damit zu einer Gefährdung der öffentlichen Gesundheitsversorgung bei ärmeren Menschen führt. In Lateinamerika ist es üblich, Generika-Medikamente (preiswerte Nachahmer-Medikamente) herzustellen. Diese Praxis würde mit dem Mercosur-Abkommen infrage gestellt und laut einer brasilianischen Studie zu jährlichen Mehrkosten von 520 Millionen Euro bei der Behandlung von HIV und Hepatitis C führen. Man kann davon ausgehen, dass die europäische Pharmaindustrie die Verhandlungen in ihrem Sinne beeinflusst hat.

Der Agrar- und Lebensmittelhandel ist eine wichtige Säule des Mercosur-Abkommens. Die Mercosur-Staaten möchten bessere Einfuhrquoten für Rindfleisch und andere Produkte der Agrarindustrie. Dagegen gibt es aber europäischen Widerstand, denn die europäischen Bauern können kaum mit den Monokulturen in Südamerika mithalten. Außerdem setzen die südamerikanischen Staaten auf Gentechnik, sorgen für die weitgehende Abholzung der Wälder und sind verantwortlich für die Vertreibung der indigenen Bevölkerung und der Kleinbauern. Das Abkommen würde die landwirtschaftlichen Exporte der Mercosur-Staaten erhöhen und dazu führen, dass z. B. in Brasilien große Mengen Regenwald abgeholzt werden, um auf den gerodeten Flächen Nutztiere zu halten. Insbesondere Rinder sind für den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase verantwortlich. Sie produzieren zudem einen hohen Kot- und Gülleausstoß, der das Grundwasser belastet. Viele Rinder in Südamerika sind aufgrund mangelnder Hygienestandards Träger des EHEC-Erregers. Auch das Hühnerfleisch ist stark mit antibiotika-resistenten Keimen verseucht.

Sojapflanzung frisst sich in brasilianischen Regenwald.

## Problem Sojaexporte

Eines der wichtigsten Exportgüter ist Soja. Die Sojapflanze wird als Monokultur angebaut. Allein der brasilianische Landwirtschaftsminister Blairo Maggi besitzt eine Fläche, die ca. 400.000 ha umfasst. Dort baut er neben Soja auch Baumwolle und Mais in geringeren Mengen an.

*In Brasilien und Argentinien sind nahezu 100 % der Sojabohnen gentechnisch verändert.*

Der Sojaanbau laugt Böden aus, reduziert die Biodiversität und stört das Ökosystem. Außerdem vergiftet der Pestizideinsatz die Böden, das Grundwasser und gefährdet so die Gesundheit der Menschen vor Ort. In Brasilien und Argentinien sind nahezu 100 % der Sojabohnen gentechnisch verändert. Diese Pflanzen kommen meist vom Konzern Monsanto (Bayer) und sind resistent gegen das Herbizid Roundup, das ebenfalls Monsanto produziert. Wirkstoff von Roundup ist Glyphosat, das von der Krebsforschungsagentur der WHO als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft wird.

Mit der Sojaexpansion hat auch der Glyphosat-Einsatz in den Mercosur-Staaten massiv zugenommen. Weil das Herbizid von Flugzeugen oder Traktoren versprüht wird und häufig in bewohnte Siedlungen abdriftet, kommt es zu erheblichen Gesundheitsbeeinträchtigungen der Menschen. Die Betroffenen klagen über Atemnot, Hautausschläge, Schwindel und Erbrechen. Zudem wurde in den Gensojaanbaugie-

ten bei Frauen ein gehäuftes Auftreten von Unfruchtbarkeit und Frühgeburten sowie Missbildungen bei den Neugeborenen festgestellt.

Die Sojapflanze wird vorrangig benötigt, um die Nutztiere in den Mercosur-Staaten zu ernähren. Aber über 80% des nach Deutschland importierten Sojas wird hierzu-

lande für die Fütterung von Tieren verwendet. Ein reduzierter Fleischkonsum in Deutschland würde also auch in den Mercosur-Staaten für bessere Umweltbedingungen sorgen.

Auch Menschenrechte – in Verbindung mit dem Nachhaltigkeitskapitel - spielen in der Kritik an dem Abkommen eine wichtige Rolle: Zwar bestätigen die Vertragspartner die Wichtigkeit von Menschenrechten, aber mögliche Verstöße werden kaum sanktioniert. So gibt es in Brasilien immer noch ca. 160.000 Sklaven, die vor allem in der Landwirtschaft eingesetzt werden.

## Meine Vorschläge für eine faire Handelspolitik

Ich fordere einen kompletten Stopp der Verhandlungen über das Mercosur-Abkommen und eine völlige Neuausrichtung der europäischen Handelspolitik unter der Devise „Gemeinwohl vor den Interessen der Großkonzerne“. Verbraucherrechte müssen gestärkt werden, indem Standards nicht abgesenkt werden dürfen. Die Parlamente

sollen mehr mitbestimmen und das Vorsorgeprinzip muss in allen Verträgen verankert werden. Die Verhandlungen dürfen nicht mehr im Geheimen stattfinden und müssen die Bürgerinnen und Bürger und die Zivilgesellschaft miteinbeziehen. Ich fordere zudem eine unabhängige Folgeabschätzung von Handelsverträgen, bevor diese in Kraft treten. Menschenrechte müssen im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen, ebenso wie eine nachhaltige Landwirtschaft und die Verankerung der UN-Klimaziele. Die öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht infrage gestellt werden.

Der jetzige – von der Kommission und den Mitgliedsländern vollzogene – neoliberale Ansatz, wachsenden Profit auf Kosten von Umwelt, Mensch und Demokratie zu erzielen, ist falsch. Mein Motto heißt: Mensch vor Profit! ■

**Prof. Dr. Klaus Buchner**, Jahrgang 1941, war von 1973 bis 2006 als Professor an der TU München tätig und erhielt für seine

wissenschaftliche Arbeit zahlreiche Auszeichnungen. In die ÖDP trat er 1983 ein, war von 2003 bis 2010 ihr Bundesvorsitzender und errang 2014 als Spitzenkandidat ein Mandat im Europaparlament, wo er nun Mitglied der Fraktion Grüne/EFA ist. Seine Themenschwerpunkte sind dort Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Sicherheit und internationaler Handel.



## Radverkehrspolitik

# Revolution in der Sackgasse

1817 erfand ein Beamter die erste Laufmaschine und rumpelte damit 12,8 Kilometer durch Mannheim. Heute nennt sich diese Maschine das Fahrrad. Deutschland hätte Grund, diese Erfindung verkehrspolitisch zu würdigen, zumal ca. 300.000 Arbeitsplätze in diesem Industriezweig rund 20 Mrd. Euro Umsatz jährlich erwirtschaften. Doch obwohl das Rad boomt – Deutschland verschläft die notwendige politische Wende. Eine Momentaufnahme.

von Pablo Ziller

**T**rotz Dieselkrise, Klimakollaps und Verkehrsinfarkt – eine zukunftsweisende bundesweite Verkehrspolitik in Deutschland ist nicht in Sicht. Das wohl umweltfreundlichste Verkehrsmittel ist das Fahrrad, das sich gerade in Ballungsräumen einer steigenden Beliebtheit erfreut.

Wer Fahrrad fährt, weiß: Die Straßen-Infrastruktur ist wie ein Platten im Reifen, denn sie bremst

*Wer Fahrrad fährt, weiß: Die Straßen-Infrastruktur ist wie ein Platten im Reifen, denn sie bremst den steigenden Bedarf erheblich aus!*

den steigenden Bedarf erheblich aus! Kaum vorhandene Radwege in vielen deutschen Städten, dazu in schlechtem Zustand, zugeparkt und nicht an die steigenden Bedürfnisse einer neuen Radfahrgeneration angepasst. Politische Lösungen hinken kilometerweit einem sich veränderten Mobilitätsverhalten hinterher, weil sich deutsche Verkehrspolitik viel zu einseitig am Wohl der Autofahrer orientiert. Dabei wäre mit sehr geringem finanziellen Aufwand viel zu erreichen.

Auch im Jahr 2018 werden Radfahrer nicht ausreichend in der

Verkehrspolitik gewürdigt. Das hat schwerwiegende Folgen für die Verkehrsentwicklung in Deutschland.

## Die Verkehrspolitik hinkt dem Bedarf hinterher

Die Räder werden dank neuester Entwicklungen größer und schneller. Ob mit oder ohne Motor können sie Lasten bis zu 300 Kilogramm transportieren und dies ganz ohne Emissionen an Lärm und Abgasen.

Internationale Studien zeigen: Wer die Infrastruktur für den Radverkehr stärkt, erntet eine Zunahme an gesundheitlich aktiven Pendlern, die sich auch über eine Verbesserung ihrer Sicherheit im Verkehr freuen. Weltweit entscheiden sich mehr und mehr Städte, in den Radverkehr zu investieren, denn er ist flächensparend und sehr umweltfreundlich und ermöglicht es, neue städtebauliche Konzepte zu realisieren. Da wir aber in Deutschland unsere Städte nicht neu bauen werden, ist der vorhandene Platz begrenzt. Ohne eine Verringerung der Park- und

Straßenfläche für den motorisierten (Lasten-)Verkehr wird es nicht gehen. Selbst in Städten wie Berlin, mit breiten, um die Jahrhundertwende entstandenen Straßenzügen, tobt ein aggressiver Straßenkampf um Raum. Nicht selten verhalten sich dabei auch die Radfahrer rücksichtslos, doch lässt sich dieses Verhalten auf ein hohes Maß an Benachteiligung in der städtischen Infrastruktur zumindest teilweise zurückführen. Dies gilt im Übrigen auch für Fußgänger. Dieser Kampf um Raum ist oft ein Kampf um das Überleben, denn in Berlin sterben beispielsweise pro Jahr ca. ein Dutzend Radfahrer im Stadtverkehr, alle zwei Stunden passiert im Schnitt ein Unfall. Kein Wunder, dass sich gerade ältere Menschen nicht aufs Fahrrad trauen.

## Lichtgestalt auf der Fahrradkarte: Kopenhagen

Die dänische Stadt Kopenhagen hat früh begriffen und setzt seit Jahrzehnten auf den Ausbau des Radverkehrs. Mit überwältigendem Erfolg: Gegenwärtig werden über 36% des innerstädtischen Verkehrs auf mindestens 2,2 Meter breiten Radwegen zurückgelegt. Hinzu kommen Ampelschaltungen, die grüne Wellen bei Tempo 20 garantieren,



*Sonnenallee, Berlin-Neukölln. Die breite, jeweils zweispurige Straße, über die ursprünglich noch eine Trambahn fuhr, verfügt auf beiden Seiten über kostenlose Parkzonen. Platz für einen Radweg gibt es dagegen nicht. Hinzu kommen Zweite-Reihe-Parker auf der rechten Fahrspur, die jeden Verkehr unnötig ausbremsen und Radfahrer in große Gefahr bringen.*

also langsames (Rad-)Fahren begünstigen oder die kostenlose Mitnahme von Rädern in der S-Bahn. Aber auch eher ästhetische Maßnahmen symbolisieren die große Hingabe der Stadt zum Fahrrad, wie z.B. Mülleimer, die so konstruiert sind, dass man seinen Müll während der Fahrt einwerfen kann, oder Fußstützen vor Ampeln. Parallel dazu führte man eine City-Maut für den motorisierten Verkehr ein.

### City-Maut versus Fahrverbote

In Deutschland ist die Rechtslage beim Thema City-Maut bisher unklar, die Regelungskompetenz für die Einführung einer City-Maut in einzelnen Städten liegt derzeit weder auf Bundes- noch auf Landesebene vor. Auch hat die CSU das Thema Maut politisch verbrannt. Dabei sind Mautsysteme gegenüber Fahrverboten die bessere Lösung, auch für Autofahrer. Auch alte Autos verlieren hierbei nicht so stark

an Wert. Politisch hofiert man in Deutschland die Autoindustrie, mit freundlicher Unterstützung des ADAC, und versucht gute Vorschläge zu verhindern. Auch wird in der Diskussion über eine City-Maut immer wieder darauf verwiesen, dass solche Maßnahmen zur Verwässerung der Innenstädte führen würden. Dabei zeigen internationale Beispiele, dass dies so nicht richtig

(meistens ist das Parken innerhalb des S-Bahn-Rings komplett kostenlos) für ein Jahr sage und schreibe 20 Euro! Ein Kettenwechsel am Rad dürfte teurer sein.

### Berliner Wende?

Im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg will die Post zukünftig Pakete auf den letzten fünf Kilometern mit Lastenrädern ausliefern. Ein

## *Internationale Studien zeigen: Wer die Infrastruktur für den Radverkehr stärkt, erntet eine Zunahme an gesundheitlich aktiven Pendlern.*

ist und die Attraktivität des Standorts Innenstadt gar effektiv gesteigert werden kann, wenn man das Verkehrsmittel Auto weniger stark in der urbanen Verkehrsplanung priorisiert. Prioritäten wandeln sich, wenn man die Infrastruktur oder die Kosten der Verkehrsteilnehmer verändert: In Stockholm sind mittlerweile 70 % der Bürger für die dort eingeführte City-Maut. Vor der Einführung waren 70 % dagegen. Umso mehr Leute auf ihr Auto verzichten, desto mehr Platz wird auf den Straßen frei. Platz, der nicht nur für den Radverkehr, sondern auch für Fußgänger, Begrünungen oder Cafés genutzt werden kann. Wer dennoch unbedingt ein Auto benötigt, sollte, wenn möglich, auch auf clevere Sharing-Modelle zurückgreifen können. Dabei muss das Ziel solcher Maßnahmen sein, alle Fahrzeuge so klein wie möglich zu halten. Gegenwärtig ist ca. jedes dritte in Deutschland verkaufte Auto ein SUV. In manchen Städten werden in der Folge hastig die Parkplätze für die PS-Monster vergrößert. Sowieso sind ganze Städte zugeparkt mit Autos. In Berlin kostet ein Bewohnerparkausweis

spezielles Liegerad mit Motor und großer Transportbox wurde dafür entwickelt. Doch dieses Fahrrad wird auf den bestehenden Radwegen in große Schwierigkeiten geraten. Dabei ist gerade der stark gewachsene Lieferverkehr sehr für das Blockieren von Rad- und Fußwegen verantwortlich und fördert zudem



Fotos: Pablo Ziller

*Oranienstraße, Berlin-Kreuzberg. Auf den Moritzplatz einfahrend, quetschen sich die Radfahrer gefährlich zwischen parkenden und wartenden Autos durch. Für einen Radweg ist kein Platz. Parkplätze sind ausreichend vorhanden. In solchen Situationen kann der gesetzliche Mindestabstand von 1,5 Metern für das Überholen von Radfahrern nicht eingehalten.*

unnötig das Verkehrsaufkommen in dicht besiedelten Räumen. Unter einer rot-rot-grünen Landesregierung und mit dem Druck eines geplanten Volksentscheids, verstärkt durch breiten zivilgesellschaftlichen Protest, hat sich Berlin seit Kurzem ein neues Mobilitätsgesetz geschrieben, das den neuen Bedürfnissen an die urbane Mobilität Rechnung trägt. AfD, CDU und FDP wetterten massiv dagegen. Auch in der SPD gab es große Vorbehalte, Bürgermeister Müller gilt nicht als Rad-Freund. Zwar wird das Berliner Mobilitätsgesetz noch vor der Sommerpause beschlossen werden, doch die Umsetzung des Gesetzes, das z. B. breite und gut gesicherte Radwege an allen Hauptverkehrsstraßen der Metropole vorsieht, Radschnellwege auf 100 km schaffen will und etliche Nebenstraßen in Fahrradstraßen umbauen will, quatscht enorm. In den Bezirken, die maßgeblich für den Bau der neuen Wege zuständig

sind, wird mit längst überholten Gegenargumenten der Gang runtergeschaltet. Derweil sterben weiter Radfahrer, nicht nur auf den Straßen der Hauptstadt. In der dicht befahrenen, zwei Kilometer langen Oranienstraße in Berlin-Kreuzberg gab es zum Beispiel allein 2017 76 Radfahrerunfälle. Für einen kostenlosen Parkstreifen auf beiden Seiten der gesamten Straße ist gleichwohl noch genug politische Luft im Schlauch. Immerhin ist in Berlin das Thema mittlerweile in den verkehrspolitischen Fokus gerückt. In anderen Städten wie München oder Bamberg wird, teilweise auch mit ÖDP-Beteiligung, der zivilgesellschaftliche Druck massiv erhöht. Dagegen ist leider eine bundespolitische Steuerung unter Verkehrsminister und Autolobbyist Andreas Scheuer nicht zu erwarten. Dabei wäre eine Steigerung des Radverkehrs auch ein dickes Plus für genervte Autofahrer. Auch sie kämen schneller durch die Stadt, je mehr Menschen das Rad ihren mit einer Person besetzten Großraumkarossen vorziehen würden.

### Radfahren ist beliebter denn je

Im September 2017 veröffentlichte die Bundesregierung den letzten „Fahrrad-Monitor“. Aus dieser repräsentativen Online-Befragung lässt sich gut ablesen, dass Fahrradfahren im mobilen Trend liegt. Das Rad wird von 77% der Befragten zwischen 14 und 69 Jahren mindestens selten genutzt. Ein Drittel der Befragten nutzt das Fahrrad täglich oder mehrmals pro Woche. Jüngere (unter 29 Jahren) nutzen dabei das Fahrrad wesentlich häufiger als ältere Radfahrer. Bei den meisten Fahrradfahrern wächst die Beliebtheit dieses Verkehrsmittels. Die aktuelle Fahrradpolitik sehen die meisten Befragten aber sehr kritisch. Rund



Foto: Pablo Ziller

*Ein typisches Bild: Ein Radweg ist vorhanden, aber immer wieder von Lieferwagen zugeparkt, die selbst keine Abstellmöglichkeit finden. Dennoch darf in einer solchen Situation nicht auf dem Radweg gehalten werden. Es muss zur Not auf der Autospur gehalten werden. Doch es gibt so gut wie keine Kontrollen und die zu erwartenden Bußgelder sind sehr niedrig.*

87% der Befragten erachten die Radpolitik der Bundesregierung auf einer Schulnotenskala als befriedigend oder schlechter. Die meisten Befragten wünschen sich mehr Radwege, sichere Stellplätze sowie eine Trennung der Radwege von Fußwegen. Besonders ältere Personen und Eltern mit Kindern fühlen sich auf dem Rad unsicher, dabei sind gerade diese Verkehrsteilnehmer, die sich aktuell mit dem Rad unsicher im Verkehr fühlen, der Ausrichtungsmaßstab einer sinnvollen Radverkehrsstrategie. Bei den im urbanen Raum zurückgelegten Wegen unter 5 Kilometern wird immer noch viel zu oft das Auto benutzt und dies bei Durchschnittsgeschwindigkeiten in deutschen Großstädten zwischen 15,5 km/h in Berlin und 19,8 km/h in Ulm. Das Sicherheitsempfinden hat sich Untersuchungen zufolge in den letzten Jahren auch kaum verbessert. Der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) konstatiert resigniert: „Seit Inkrafttreten des ersten Nati-

## ONLINETIPPS

**Ausstellung: FAHR RAD!  
Die Rückeroberung der Stadt**  
Deutsches Architekturmuseum  
in Frankfurt a. M. (bis 02.09.2018)  
[www.tinyurl.com/  
FahrRad-Ausstellung](http://www.tinyurl.com/FahrRad-Ausstellung)

**Leserbilder über absurde  
Radverkehrssituationen beim  
Berliner Tagesspiegel:**  
[www.tinyurl.com/  
Radverkehr-Berlin](http://www.tinyurl.com/Radverkehr-Berlin)

**Netzwerk und Kampagnen-  
organisation von Berliner  
Radaktivisten:**  
[www.changing-cities.org/](http://www.changing-cities.org/)

**Berliner Mobilitätsgesetz:**  
[www.berlin.de/senuvk/verkehr/  
mobilitaetsgesetz/](http://www.berlin.de/senuvk/verkehr/mobilitaetsgesetz/)

onalen Radverkehrsplans (NRVP) 2002 stagnieren die Bundesmittel für den Radverkehr. Während der Straßenbau-Etat in Milliardenhöhe aufgestockt wurde, sanken die Mittel für den Ausbau und Erhalt von Radwegen an Bundesfernstraßen zwischen 2012 und 2016 sogar.“

### CSU-Minister blockieren die Wende

Der verkehrspolitische Irrtum ist kein großes Wunder, denn seit 2009 steht an der Spitze des zuständigen Bundesministeriums ein autofreundlicher Mann mit CSU-Partei-buch. Von Ramsauer bis Dobrindt haben sie alle kläglich versagt, eine bundeseinheitliche Vision für den Radverkehr in Deutschland zu entwickeln. Garniert bekommt man diese rückwärtsgewandte Haltung mit Millionenspenden aus der Autoindustrie. Immerhin konnten sich die Verkehrsminister der Länder darauf einigen, einem Vorschlag aus dem Land Berlin zu folgen und die Bußgelder für Raser, Drängler, aber auch für gefährlich falsch geparkte Fahrzeuge endlich zu erhöhen. Denn die Rechtslage ist im Autofahrerparadies Deutschland mehr als absurd: Wer mehr als dreimal schwarzfährt, kann schnell ins Gefängnis wandern, während man täglich einen Rad- oder Fußweg gefährlich zuparken kann (Bußgeld: 10 Euro), ohne bei mehrfachem Vergehen auch nur einen Punkt in Flensburg zu erhalten. Auch sind andere Bußgelder absolut autofahrerfreundlich und bewegen sich im Preisbereich einer soliden Fahrradklingel. Die Polizeigewerkschaften fordern seit Langem, dass sich Bußgelder stärker an der Gefährlichkeit der Verstöße orientieren sollten.

Eine Hauptunfallursache für Unfälle mit Radfahrer-beteiligung sind Kreuzungen. Hier werden Rad-

ler schnell im Trubel des dichten Verkehrs übersehen. Auch beim Parken vergessen Auto- und Lkw-Fahrer gerne mal den Blick in den Spiegel. Die Folge sind Tausende Unfälle mit Toten und Schwerverletzten. In Berlin geschieht das mehrmals pro Woche. Unfälle zwischen PKWs und Radfahrern mit nur 15 km/h führen bei ca. 30% zum Tod der Radfahrer. Dabei wäre die Lösung bei Abbiegeunfällen rein technisch kein Problem. Doch bisher sträubt sich Verkehrsminister Scheuer, eine generelle Umrüstpflcht mit entsprechenden Abbiege-Assistenten,

Polizei muss ebenfalls noch sehr viel passieren. Hier mangelt es an der richtigen Wahrnehmung der Gefahrenquellen für Radfahrer im Verkehr durch die Bediensteten der öffentlichen Hand, aber vor allem auch an Personal. Im Berliner Mega-Bezirk Neukölln patrouillieren für die rund 330.000 Einwohner aktuell z.B. nur 9 Streifen des Ordnungsamts (OA) mit je 2 Personen pro Einsatzschicht den ruhenden Verkehr, nebst vielseitigen und wachsenden weiteren Aufgaben. Damit hat eine Neuköllner OA-Streife ca. 43 lokale Straßenkilometer zu

## Die Polizeigewerkschaften fordern seit Langem, dass sich Bußgelder stärker an der Gefährlichkeit der Verstöße orientieren sollten.

die bereits für einige Hundert Euro zu erhalten sind, gesetzlich auf den Weg zu bringen. Auch ist es nur sehr schwer zu begreifen, dass Tag für Tag in Deutschland Straßen nach einer Modernisierung oder einem Neubau eröffnet werden, ohne dass man hier an den Radverkehr ausreichend gedacht hätte. Die zugeparkte Sackgasse ist noch sehr lang...

Und natürlich könnte auch bei den finanziellen Anreizen für den Umstieg auf das Fahrrad noch viel passieren: Das fängt bei bundeseinheitlichen Kaufanreizen für (Lasten-)Fahrräder an und ginge z.B. über die steuerliche Besserstellung von Diensträdern oder über eine Reform der Pendlerpauschale, denn hier sind Radfahrer mit dem motorisierten Verkehr gleichgestellt. Auch könnte eine Klagemöglichkeit für Bürger im Bereich Verkehrssicherheit den Druck auf die Politik erhöhen.

Im Bereich der Verkehrsüberwachung durch Ordnungsamt und

überwachen. Der Riss der Fahrradkette ist leichter zu beheben.

Die radpolitische Wende ist relativ schnell möglich und kostet nicht allzu viel. Bei dieser Wende können alle Verkehrsteilnehmer nur gewinnen. Man müsste nur endlich die Ausfahrt aus der langen, mit Autos zugeparkten Sackgasse finden. ■

**Pablo Ziller** leitet die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der ÖDP und fährt fast täglich mit dem Fahrrad vom 8 Kilometer entfernten Stadtteil Berlin-Neukölln in sein Büro im Stadtteil Prenzlauer-Berg. Sicher fühlt er sich dabei nicht und eine angemessene politische Würdigung gibt es für dieses umweltschonende Mobilitätsverhalten weder für ihn noch für sonst einen Radfahrer in der zugeparkten Bundeshauptstadt.



[pablo.ziller@oedp.de](mailto:pablo.ziller@oedp.de)

## An alle Mitglieder

von Christoph Raabs

### Liebe ÖDP-Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

es ist mir eine Ehre, Sie und euch heute erstmals von dieser Seite der „ÖkologiePolitik“ begrüßen zu dürfen. Als nunmehr 10. gewählter Bundesvorsitzender unserer Partei werde ich mich in den kommenden Ausgaben bemühen, Ihnen eine interessante Kolumne zu bieten.

Heute allerdings geht mein Blick zunächst zurück. Und es ist ein Blick voller Dankbarkeit auf meine beiden Vorgängerinnen im Amt der Bundesvorsitzenden.

Liebe Agnes, du bist nach Gabis Erkrankung ohne Zögern eingesprungen, hast in der Zeit des Bundestagswahlkampfes, und auch danach, die Sitzungen des Bundesvorstands vorbereitet und geleitet, hast dich mit den Hauptamtlichen zusammen darum gekümmert, dass der Laden läuft. Es hat alles – trotz sehr knapper zeitlicher Ressourcen bei dir – bestens funktioniert. Für diese hervorragende Arbeit als „Feuerwehrfrau“ wird dir der Dank der Parteimitglieder ewig nachschleichen, wie es in dem flapsigen Spruch so schön heißt. Mein persönlicher Dank möge dich mit diesen Zeilen auch erreicht haben!

Liebe Gabi, der unschätzbare Wert deines Einsatzes für die Partei an ihrer Spitze seit 2014 wird sich in seiner ganzen Bedeutung möglicherweise nicht jedem Mitglied erschlossen haben. Ich hoffe und wünsche aber, dass dies in der Nachschau für alle noch greifbarer wird. Das Drängen ins Rampenlicht und die lauten und streitbaren Reden waren nicht deine Art. Vielmehr hast du immer auf Ausgleich gesetzt, immer versucht, den gemeinsamen Nenner zu finden, konträre Positionen unter dem Dach der ÖDP zu einen. Genau diese Art von Arbeit hat die Partei nach ihrem vorherigen Vorsitzenden auch gebraucht. Du hast es geschafft, eine vereinte Partei in den Bundestagswahlkampf zu führen. Und du hast immer versucht, mit eindringlichen Reden und Schreiben zu verhindern, dass die Alleingänge Einzelner das Ziel der Gemeinschaft gefährden. Die persönlichen Angriffe, unter denen du still gelitten hast, haben dir letzten Endes gesundheitlich so zugesetzt, dass dein Rücktritt unvermeidlich wurde. Wie einige wenige Partei-„Freunde“ mit dir umgegangen sind, will ich nicht bewerten. Das mag jeder in einer stillen Minute für sich selbst tun. Für mich ist jedoch abschließend vollkommen klar, dass es die Bundes-ÖDP ohne deinen



Foto: ÖDP-Bundespressestelle

Agnes Becker gratuliert Christoph Raabs zu seiner Wahl zum Bundesvorsitzendem auf dem 54. Bundesparteitag der ÖDP in Aschaffenburg Anfang Mai 2018.

Einsatz heute nicht mehr in dieser Form geben würde. Daher nochmals ganz herzlichen Dank, auch dafür, dass du uns die Brocken nicht vor die Füße geworfen hast, sondern ein geordneter Übergang möglich wurde.

Liebe Leserinnen und Leser, ich bitte um Verständnis darum, dass dieses Grußwort ein wenig persönlicher und eindringlicher geraten ist, als Sie dies vielleicht erwartet haben. Es ist auch recht unpolitisch, obwohl sich derzeit so vieles in der nationalen und internationalen Politik bewegt. Gleichwohl waren mir diese Zeilen wichtig.

Ich freue mich auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit mit Ihnen allen. Bereits in der nächsten Ausgabe finden Sie an dieser Stelle politische Aussagen, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig lassen werden.

Bis dahin grüßt Sie herzlich

Ihr Christoph Raabs  
Bundesvorsitzender

# Christoph Raabs – neuer ÖDP-Bundesvorsitzender

Parteitag wählt neuen Bundesvorstand und beschließt längere Herstellergarantie für Elektronikgeräte, einen Initiativantrag zum Polizeiaufgabengesetz (PAG) und das Europawahlprogramm

von Dr. Claudius Moseler

**A**schaffenburg. Mit Spannung wurde der Bundesparteitag der ÖDP am 5./6. Mai 2018 in Aschaffenburg erwartet. Die Neuwahl des Bundesvorstands stand turnusgemäß an. Erst in den letzten Wochen und noch auf dem Parteitag selbst kamen mehrere Kandidatinnen und Kandidaten für das Vorsitzendenamt „aus der Deckung“.

Nachdem aus gesundheitlichen Gründen die bisherige Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz zum Jahresende zurückgetreten war, führte seit 1. Januar 2018 die 1. stellvertretende Bundesvorsitzende Ag-

nes Becker die Partei. Beide betonten in ihren Rechenschaftsberichten die positive Entwicklung der Partei, so beispielsweise den Mitgliederzuwachs auf gut 6.400 Mitglieder sowie die Neugründung der Landesverbände in Brandenburg, Sachsen und im Saarland. Die Ergebnisse der Bundestagswahl wurden nur mehr kurz thematisiert, nachdem diese bereits beim zurückliegenden Bund-Länder-Rat sowie der Bundesvorstandsklausurtagung ausführlich diskutiert worden waren. Auch wenn ein besseres Abschneiden wünschenswert gewesen wäre, mit der Wahlteilnahme konnte die

Partei immerhin eine Stärkung ihrer Strukturen erreichen. Eine weitere inhaltliche Kursbestimmung mit Blick auf die Europawahl steht beim Bundeshauptausschuss am 7. Juli 2018 in Würzburg an.

Agnes Becker bedankte sich bei Gabriela Schimmer-Göresz für die in den letzten drei Jahren intensiv geleistete Arbeit im Amt der Bundesvorsitzenden. Sie war die zweite Frau im höchsten Parteiamt. Die leidenschaftliche ÖDP-Vertreterin wird unserer ÖDP auf der lokalen Ebene als Aktivposten erhalten bleiben. Sie engagiert sich im anstehenden Landtags- und Bezirks-



Der für 2 Jahre gewählte neue Bundesvorstand (v. l. n. r.): Kurt Rieder, Jan Altnickel, Agnes Becker, Klaus von Birgelen, Sebastian Högen, Christoph Raabs, Verena Föttinger, Urban Mangold und Günther Brendle-Behnisch

tagswahlkampf in Bayern bzw. im Bezirk Schwaben als Vorsitzende zweier Kreisverbände und als Kandidatin zur Landtagswahl auf Platz 2 in Schwaben.

ÖDP-Generalsekretär Dr. Claudius Moseler betonte in seinem Rechenschaftsbericht die neuen Serviceleistungen für Mitglieder, u.a. die neuen Schulungen, die per Telefonkonferenz und Online-Zugriff für die Präsentationen angeboten werden. Darüber hinaus wurden in

der ersten Mai-Woche die Internetauftritte der ÖDP auf ein modernes Design umgestellt und damit eine bessere Nutzung der Webseiten auf mobilen Endgeräten sichergestellt (z.B. Smartphones).

Bei der anstehenden Bundesvorstandswahl konnte sich nach intensiver zweistündiger Befragung der fünf Bewerberinnen und Bewerber der bisherige Bundesschatzmeister Christoph Raabs aus Neustadt bei Coburg bereits im ersten

Wahlgang mit 50,9% durchsetzen. Raabs ist verheiratet und hat zwei Kinder. Der selbstständige Landmaschinenmechaniker ist Kreisrat im oberfränkischen Coburg. Zu seinen Stellvertreterinnen wurden die Kreisrätin Agnes Becker (Wegscheid/Kreis Passau/Bayern) und Verena Föttinger (Fluorn-Winzeln/Kreis Rottweil/Baden-Württemberg) gewählt. Die Stichwahl für das Amt des Bundesschatzmeisters konnte Günther Brendle-Behnisch

## Interview mit dem neuen Bundesvorsitzenden

**Herzlichen Glückwunsch zum neuen Amt als ÖDP-Bundesvorsitzender! Was möchten Sie anders machen als Ihre Vorgänger?**

Zunächst vielen Dank für die Glückwünsche. Nun, jeder Mensch hat seine Eigenheiten und seinen eigenen Führungsstil. Es steht mir nicht zu, über die Arbeit meiner Vorgängerinnen und Vorgänger zu richten. Ich bin es aber durchaus gewohnt, mit Menschen zusammenzuarbeiten, in Diskussionen und in Verhandlungen, wo es nötig ist, zu Kompromissen zu finden und vor allem immer das große Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Es geht ja schließlich nicht um meine Person, sondern um das Vorankommen unserer Partei. Insgesamt werde ich versuchen, sehr zielorientiert zu arbeiten. Es gibt ja das Sprichwort „Der Weg ist das Ziel“. Für mich ist das Ziel das Ziel, der Weg nur notwendiges Instrument. Und wenn ich, um zum Ziel zu kommen, Neuland beschreiten müsste, dann nur deshalb, weil es einfach notwendig und unvermeidbar ist. Auf Parteiebene heruntergebrochen, bin ich der Meinung, wir haben uns schon sehr lange mit diversen Wegen befasst und sollten uns nun wirklich dringend um das Ziel kümmern. Und mein Ziel ist ganz klar die bundespolitische und landespolitische Bedeutung der ÖDP.

**Wo sehen Sie die Aufgabe der ÖDP in unserer politischen Landschaft?**

Die ÖDP als Reißnagel im Hintern der Großen – diese Karikatur von Horst Haitzinger, so alt sie auch ist, hat für mich nichts von ihrem Charme eingebüßt. Oder auch die Visualisierung des Slogans „Weit-

sicht ist nicht immer eine Stärke der Großen“. Wie notwendig diese Reißnagel-Funktion gerade heute ist, braucht wohl nicht explizit erklärt zu werden.

In Zeiten, in denen die sogenannten Volksparteien immer mehr an Rückhalt verlieren und die Wähler immer verzweifelter nach Alternativen suchen, sollten wir bereitstehen.

Wir haben das Potenzial dazu, uns zu einer wirklichen politischen Option (andernorts mittels Täuschung im Namen als Alternative bezeichnet) im bürgerlichen Lager auch für ganz Europa weiterzuentwickeln. Programmatisch sind wir mit unseren Zweifeln am Wachstumsdogma, unserer modernen, weil menschlichen, Familienpolitik und unserer finanziellen Unabhängigkeit von Konzernspenden doch genau das, was unser Land braucht. Die Politik der anderen Parteien wird uns noch näher an den Abgrund führen. Sich dagegen zu wehren und Menschen eine politische Heimat zu bieten, welche dies ebenfalls erkannt haben, das ist unsere Aufgabe.

**Wie sollen wir unseren Markenkern – die Wachstumskritik – in Zukunft thematisieren?**

Wir müssen vor allem unser sehr wissenschaftlich formuliertes Programm, welches man mitunter auch als schulmeisterlich empfinden könnte, etwas besser in



Christoph Raabs

aus Heilsbronn (Kreis Ansbach/Bayern) für sich entscheiden. Zum Bundesschriftführer wurde Klaus von Birgelen aus München (Bayern) gewählt. Darüber hinaus gehören vier Beisitzer dem Bundesvorstand an: Sebastian Högen (Dresden/Sachsen), Kurt Rieder (Stolberg/Kreis Aachen/Nordrhein-Westfalen), Jan Altnickel (Filderstadt/Kreis Esslingen/Baden-Württemberg) und Passaus 2. Bürgermeister Urban Mangold (Passau/Bayern).

Außerdem unterstützten die Delegierten den Leitantrag des bisherigen Bundesvorstands „Kampf dem konstruierten Schrott!“. Mit dieser ÖDP-Aktion soll eine längere gesetzliche Mängelhaftung für Haushaltsgeräte, Informations- und Unterhaltungselektronik sowie technisch-mechanische Geräte angestoßen werden. Das politische Ziel ist, die gesetzliche Mängelhaftung für die genannten Geräte europaweit von 2 auf 5 Jahre zu verlängern und

die Beweislastumkehr auf mindestens 2 Jahre auszudehnen. Die Reparierbarkeit von Geräten (Beispiel: verklebte Batterien) muss nach ÖDP-Ansicht aus Gründen des Ressourcenschutzes dringend verbessert werden.

Der Bundesparteitag der ÖDP beauftragte den Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner, dieses Anliegen im Europäischen Parlament einzubringen. Den kommunalen Mandatsträgern werden Reso-

die Sprache der Bürgerinnen und Bürger übersetzen. Die Wachstumskritik an sich ist noch kein Mehrwert. Ebenso wenig wie das Postulieren einer Gemeinwohlor Postwachstumsökonomie. Ein Mehrwert entsteht erst, wenn wir den Menschen erklären können, um wie viel besser deren (und damit auch unser aller) Leben werden würde, wenn unsere Ideen zur Realität werden. Kleines Beispiel: Es genügt nicht festzustellen, wie umweltschädlich Autofahren ist. Das hilft nicht weiter, solange es keine realistische Alternative gibt. Und ein Verbot ist keine Alternative. Es hilft den Menschen erst, wenn wir ihnen eine Vorstellung davon geben können, wie ihre Lebensqualität steigen könnte. Wenn sie nicht mehr mit ihrem Auto im Stau stehen müssten, sondern auf bequeme Weise mit einem sauberen, pünktlichen und günstigen Öffentlichen Verkehrsmittel ihr Ziel erreichen. Gleiches gilt beim Familiengehalt. Wie sehr könnte die Lebensqualität eines älteren, pflegebedürftigen Menschen und seiner Angehörigen steigen, wenn die Pflege fortan nicht der unbekannte Pfleger im Altenheim übernimmt, sondern der eigene Sohn in Verbindung mit einer Fachhilfe zu Hause – bezahlt vom Staat mit einem Familiengehalt. Wir müssen den Menschen vor allem die Angst davor nehmen, der Verzicht auf (Wirtschafts-)Wachstum bedeute Verzicht auf Wohlstand. Das Gegenteil ist der Fall: Nur der Verzicht auf Wachstum wird in Zukunft den Wohlstand sichern und noch steigern.

#### **Wie wollen Sie die Zusammenarbeit der Landesverbände stärken?**

Der Schlüssel für eine künftig erfolgreichere Bundes-ÖDP kann nur in erfolgreichen Landesverbänden liegen. Hier gibt es ein riesiges Potenzial, das zu aktivieren

uns bisher nicht gut gelungen ist. Ich wünsche mir starke, dynamische Landesverbände mit eigener Meinung. Ich wünsche mir aber auch Spitzenvertreter der Landesverbände, die mit Kritik von außen oder innen und mit Hilfsangeboten zur Selbsthilfe umgehen können. Ich werde peinlich genau darauf achten, alle Landesverbände gleich zu behandeln. Ich weiß, dass wir innerhalb der Partei verschiedene Strömungen haben, die sich oft auch in den Landesvorständen widerspiegeln. Dies ist nicht problematisch, solange wir uns einig sind, wo unsere Partei steht, wie sie funktionieren soll und welche Ziele uns eigen sind. Ich war ein großer Verfechter der Einführung des Bundesländer-Rates, sage aber auch in aller Deutlichkeit, dass es keine parallele Führungsstruktur neben dem Bundesvorstand geben kann. Ich bin begierig darauf, Ideen aus den Landesverbänden zu erfahren, für Aktionen, für Pressearbeit, für alles, was uns nach vorne bringen kann. Dennoch: Der Bundesvorstand führt die Partei, ist quasi deren Kopf, die Landesverbände bilden den Körper, die Organe der Partei. Der Organismus funktioniert nur, wenn alle seine Bestandteile gesund sind und im Einklang arbeiten. Wenn der Magen gegen den Darm oder das Gehirn arbeitet, ist der Organismus krank und wird sterben, sollte dieser Zustand anhalten. Die ÖDP soll leben, dies gelingt nur, wenn alle ihren Platz im System ausfüllen. Ich bin fest davon überzeugt, eine Partei braucht – wie ein höheres Lebewesen – funktionierende Strukturen und auch eine Schaltzentrale. Dass es auch ohne geht, konnte m. E. bisher nicht bewiesen werden.

#### **Vielen Dank für das Gespräch!**

*Das Gespräch führte Dr. Claudius Moseler.*



Foto: ÖDP-Bundespressstelle

*Abstimmung mit Haushaltsgeräten statt mit Stimmkarte: Urban Mangold (2. v. l.), ÖDP-Bezirksrat und Initiator der Aktion „Kampf dem konstruierten Schrott“ zusammen mit den wiedergewählten stellvertretenden Bundesvorsitzenden Agnes Becker (3. v. l.) und Verena Föttinger (l.) sowie dem ÖDP-Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner*

lutionsanträge angeboten, die sie in die für die Abfallwirtschaft zuständigen Gremien einbringen können.

Entgegen sonstiger Übung wurde über den Antrag nicht mit der Stimmkarte, sondern durch Hochhalten der von den Delegierten mitgebrachten Haushaltsgeräte abgestimmt. Die Abstimmung mit Föhn, Staubsauger, Rasierapparat, Telefon gilt als Startsignal für die bundesweit angedachte Kampagne, die bereits zu erhöhter Medienresonanz führte.

Mit überwältigender Mehrheit beschlossen die Delegierten auch eine Parteitage resolution, welche die Versuche von CDU und CSU in verschiedensten Bundesländern rügt, die Befugnisse der Polizei in den jeweiligen Bundesländern massiv auszudehnen. Die ÖDP findet für die derzeit diskutierte Verschärfung von Polizeigesetzen deutliche Worte: „Die ÖDP lehnt die schleichende Unterwanderung der bürgerlichen Freiheitsrechte, wie dem Grundrecht auf Schutz privater Daten,

dem Telekommunikationsgeheimnis, der Unverletzlichkeit der Wohnung durch staatliche Behörden, ab. Unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung werden durch die Polizei und andere staatliche Behörden die Freiheitsrechte der Bürger ausgehöhlt, ohne dass eine tatsächliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung besteht. Damit wird das Prinzip einer ‚unhintergehbaren‘ Trennung von Polizei und Geheimdiensten aufgegeben. Die ÖDP lehnt auch Polizeigesetze ab, mit denen Menschen bis zu mehreren Monaten aufgrund unbegründeter Verdächtigungen weggesperrt werden können.“

Am Sonntag befasste sich der Bundesparteitag schwerpunktmäßig mit den inhaltlichen Beratungen zum Europawahlprogramm. Der Entwurf der Bundesprogrammkommission wurde durch zahlreiche Änderungsanträge weiterentwickelt. Besonders diskutiert wurden inhaltliche Aussagen zu Rüstungsexporten, Grundeinkommen, Banken-

politik, Tierversuchen und der Zuwanderungsthematik. Letztlich wurde das Programm nahezu einstimmig ohne Gegenstimmen beschlossen.

Für 25-jährige Mitgliedschaft wurden Renate Osterlänger (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim) und Bernd Knatz (KV München-Land) geehrt. Gewinner der Mitgliederwerbemaßnahme mit neun neuen Mitgliedern innerhalb eines Jahres wurde Bernhard Schmitt aus Aschaffenburg, der den ersten Preis von Agnes Becker in Form eines Wellness-Gutscheins entgegennehmen konnte. Das Überzeugen und Gewinnen neuer Mitglieder bleibt unser aller Aufgabe.

Die Schlussworte sprach der neue Bundesvorsitzende Christoph Raabs. Neben dem Dank an das Präsidium und die hauptamtlichen Mitarbeiter wurde am Ende des Parteitages den beiden anwesenden ausgeschiedenen Bundesvorstandsmitgliedern, Angela Binder und Dr. Manfred Link, für ihre Mitarbeit in der letzten Wahlperiode gedankt. ■

# Neues aus dem Europaparlament

von Prof. Dr. Klaus Buchner

## Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Im Februar besuchte ich mit einer Delegation des Europäischen Parlaments den Iran, um die dortige Menschenrechtssituation zu besprechen. Immer noch ist beispielsweise die Folter von Gefängnisinsassen in der Islamischen Republik üblich. Neben den inneren Problemen des Landes kamen bei unserem Treffen auch die außenpolitischen Spannungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien zur Sprache. Hier warb ich mit meinen Kollegen aus dem Parlament für eine Deeskalation zwischen beiden Ländern. Um den Konflikt nicht weiter zu verschärfen, halte ich aktive Gespräche zwischen Teheran und Riad für unabdingbar.

Unsere Delegation machte zudem deutlich, dass wir das abgeschlossene Atomabkommen in jedem Fall beibehalten wollen.

Des Weiteren stellte ich den iranischen Abgeordneten meine Erkenntnisse bezüglich des internationalen Zahlungsverkehrs vor, von dem sich der Iran benachteiligt fühlt. Nur wenn der Zahlungsverkehr vom Ausland aus mit dem Iran reibungslos funktioniert, sind internationale Unternehmen bereit, wirtschaftliche Beziehungen einzugehen. Meine Hoffnung ist zum einen, den Menschen dort mit einer wachsenden Wirtschaft zu besseren Lebensbedingungen zu verhelfen, denn gegenwärtig herrscht durch die wirtschaftliche Schwäche im Iran eine Jugendarbeitslosigkeit von etwa 24% und elf Millionen Menschen leben unter der Armutsgrenze von umgerechnet 250 Euro pro Monat. Zum anderen möchte ich zeigen, dass Europa verhandlungsbereit ist und sich ein Zubewegen seitens des Iran auf unsere Positionen (z. B. im Bereich der Menschenrechte) auch wirtschaftlich lohnt.

Aber auch das Thema Tierschutz hat mich in den vergangenen Monaten beschäftigt: Als Redner war ich zu Gast auf einer Veranstaltung über illegale Vogeljagden und andere Abweichungen von der Vogelschutzrichtlinie der EU. Nach dieser Richtlinie ist die Jagd auf Zugvögel bei ihrer Rückkehr in die Brutgebiete grundsätzlich verboten. Nur unter strengen Bedingungen sind Ausnahmen möglich. Die maltesische Regierung erlaubt solche Ausnahmen jedes Jahr. So durften in den letzten Jahren rund 11.000 Turteltauben und 5.000 Wachteln erlegt werden – diese Zahlen wurden aber weit überschritten. Die Behörden verlieren entweder die Kontrolle oder bleiben

untätig. Die fatalen Auswirkungen zeigen sich in einem starken Rückgang der Vogelpopulationen. Aber der Rückhalt in der maltesischen Bevölkerung für die Vogeljagd sinkt: Bei einem Referendum 2015 fiel die Mehrheit für die Aufrechterhaltung der Jagd extrem knapp aus. Es gibt also Hoffnung!



Foto: ÖDP-Bundespressstelle

Klaus Buchner auf dem 54. Bundesparteitag der ÖDP in Aschaffenburg

Empört bin ich darüber, dass die „Konferenz der Präsidenten“ die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Europäischen Parlament zu Tiertransporten abgelehnt hat. Jedes Jahr werden Millionen Schweine, Rinder, Ziegen und Schafe quer durch die EU bzw. in Drittländer transportiert. Dabei sind Verstöße gegen die ohnehin sehr laschen Tierschutzbestimmungen an der Tagesordnung. Oft bekommen die Tiere zu wenig Wasser und Nahrung, sind in verdreckten Lastkraftwagen unterwegs und haben zu wenig Platz. Viele Tiere kommen tot oder schwer verletzt an ihrem Bestimmungsort an.

Mir persönlich ist der Tierschutz ein wichtiges Herzensanliegen. Ich werde mich auch weiterhin für eine bäuerliche, biologische Landwirtschaft einsetzen, bei der Tiertransporte über längere Strecken nicht mehr notwendig sind.

Es grüßt Sie herzlich

*K. Buchner*

Ihr Klaus Buchner

# ÖDP startet Volksbegehren „Rettet die Bienen“

Die Ökologisch-Demokratische Partei hat das Volksbegehren „Rettet die Bienen, Vögel und Schmetterlinge – stoppt das Artensterben!“ gestartet. Ziel der ÖDP ist es, das dramatische Artensterben zu stoppen.

von Thomas Prudlo und Urban Mangold

„Wir erleben derzeit das größte Artensterben seit den Dinosauriern und können hier nicht mehr tatenlos zusehen“, zitiert Bernhard Suttner, langjähriger ÖDP-Lan-

zu stellen. Wir wollen kein weiteres Zuwarten, keine hilflosen Appelle an die Freiwilligkeit und auch keine wirkungsarmen Online-Petitionen, sondern endlich verbindliche Gesetze. Die bayerische Verfassung

Tiere und Pflanzen überleben können.

## ÖDP mit einem breiten Bündnis und viel Erfahrung bei Volksbegehren

Bereits über 50 Organisationen sind im Bündnis dieses Volksbegehrens. In einem ersten Schritt benötigen wir nun 25.000 Unterschriften in freier Straßensammlung. Danach müssen dann 10% der bayerischen Wahlberechtigten in den Rathäusern für das Volksbegehren unterschreiben, ehe es zum Volksentscheid kommt. Die Unterschriftenlisten können im Kampagnenbüro ([info@volksbegehren-artenvielfalt.de](mailto:info@volksbegehren-artenvielfalt.de)) bestellt werden, liegen aber auch in vielen Bioläden aus.

## „Rettet die Bienen und Bauern“ – begleitende Kampagne zur Landwirtschaft

„Ganz sicher werden wir im Verlauf des Volksbegehrens über das Kernthema sprechen, nämlich wie wir nicht nur die Bienen und die Artenvielfalt schützen, sondern auch wie wir bäuerlich wirtschaftende Familienbetriebe retten“, so Suttner weiter. Das bedeutet, dass es zu einem Paradigmenwechsel kommen muss. Jedes Jahr verschwinden nicht nur Tausende Tierarten, sondern auch Tausende Bauernhöfe von der bayerischen Landkarte.



Mit dem Bienenrettungsmobil und anderen Straßenaktionen ...

desvorsitzender und Sprecher des Volksbegehrens, die Wochenzeitung „Die Zeit“. Über 50% der Bienenarten sind bedroht und über 80% der Falter sind bereits verschwunden. Auch Vögel und viele andere Arten sind in ihren Beständen drastisch dezimiert.

„Aufgabe Nummer 1 von uns allen muss es sein, dieses Artensterben zu stoppen und den Lebewesen wieder Lebensräume zur Verfügung

gibt uns mit dem Mittel des Volksbegehrens die Möglichkeit, positive Gesetzgebung von unten anzupacken“, so Bernhard Suttner kämpferisch.

Mit der Umsetzung von Biotopverbänden, dem massiven Ausbau von naturnaher Landwirtschaft, dem Schutz von Alleen und Hecken sowie vielen weiteren Maßnahmen will die ÖDP das Bayerische Naturschutzgesetz so verbessern, dass



Fotos: ÖDP Bayern

... wird die ÖDP für das Volksbegehren werben. [www.volksbegehren-artenvielfalt.de](http://www.volksbegehren-artenvielfalt.de)

„Wir müssen die Richtung ändern, die Ideologie vom ‚Wachsen oder Weichen‘ aufkündigen und die naturnahe bäuerliche Landwirtschaft endlich fair bezahlen“, forderte die stellv. ÖDP-Landesvorsitzende und weitere Volksbegehren-Sprecherin Agnes Becker. Die fatale Weltmarktorientierung, wie sie von den großen Parteien, allen voran der CSU, propagiert wird, treibt die Bauern in einen knallharten Verdrängungskampf und ist nach Meinung der ÖDP ein Irrweg. Die ÖDP steht für regionale Kreisläufe, gute, gesunde Lebensmittel und eine ökologische Bewirtschaftung.

### **Der Bienen- und Artenschutz muss dringend auf allen politischen Ebenen verbessert werden**

Die Ablehnung des Volksbegehrens der ÖDP „Rettet die Bienen“ durch die Vorsitzenden von BN und LBV ist schwer zu verstehen: Die Landesgesetzgebung ist keineswegs so bedeutungslos für den Arten- und Biotopschutz, wie die beiden Landesvorsitzenden Mergner und

Schäffer behaupten: Alleine die Lektüre aller Landes-Naturschutzgesetze beweist, dass viele gute Regelungen für den Artenschutz, die in anderen Bundesländern gelten, in Bayern fehlen. Der Gesetzentwurf des von vielen Fachleuten geprüften und unterstützten ÖDP-

als Lehrinhalt verbindlich für alle Lehrpläne an bayerischen Schulen vorgeschrieben.

Insgesamt wird ein erfolgreiches Volksbegehren für den Artenschutz wichtige und wirksame neue Regelungen bringen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Vorsitzenden

*Ein erfolgreiches Volksbegehren wird für den Artenschutz wichtige und wirksame neue Regelungen bringen.*

Volksbegehrens wird diese Mängel beheben. Das Volksbegehren wird klare Ziele für die Beschleunigung und Ausweitung des Biotopverbundnetzes bringen, z.B. durch den verbindlichen Schutz der Gewässerrandstreifen. Außerdem gibt der Gesetzentwurf anspruchsvolle Ziele für die Ausweitung der ökologischen Landwirtschaft im Freistaat vor. Der Staatsregierung wird außerdem eine regelmäßige Berichtspflicht über den Stand des Artenschutzes abverlangt. Arten- und Biotopschutz wird außerdem

der großen Naturschutzverbände gesetzgeberische Aktivitäten für den Schutz der Bienen und für den Arten- und Biotopschutz nur auf europäischer und nationaler Ebene einfordern. Es ist angesichts der dramatischen Lage unerlässlich, auf allen politischen Ebenen die Regelungen zu verbessern. Die Landesebene ist nicht bedeutungslos – hier irren die Vorsitzenden Mergner und Schäffer. Die Mitglieder von BN und LBV werden sich mit Sicherheit ein eigenes Bild vom Wert des ÖDP-Volksbegehrens machen. ■

## Baden-Württemberg

### Schwarz-grüne Landesregierung verfehlt Klimaziele

In Baden-Württemberg sind trotz grün-schwarzer Landesregierung im Jahr 2016 die Treibhausgasemissionen zum zweiten Mal hintereinander gestiegen. Der Anstieg betraf insbesondere die Emissionen des Güterverkehrs, der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung mit Strom und Wärme und der Industrie. Eine zunehmende Zahl Menschen, ständiges Wirtschaftswachstum und immer mehr Transportwege und motorisierte Mobilität führen dazu, dass die Landesregierung ihre selbst gesteckten Klimaziele vermutlich verfehlt: Sie möchte die Emissionen bis zum Jahr 2020 im Vergleich zum Referenzjahr 1990 um 25 % senken; bisher ist aber nur eine Senkung um 12 % gelungen.

Der ÖDP kommt also die wichtige Aufgabe zu, einen verstärkten Wandel hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaft und einem nachhaltigeren Lebensstil einzufordern und konkrete Maßnahmen vorzuschlagen und umzusetzen. Eine grün angestrichene Wachstumspolitik kann die Herausforderungen des Umwelt- und Klimaschutzes nicht meistern. Erforderlich ist eine Abkehr vom Dogma des ständigen Wachstums.

An erster Stelle vermag die ÖDP in den Kommunen vor Ort Veränderungen in ihrem Sinne umzusetzen. Deshalb kommt den Kommunalwahlen im Frühjahr 2019 eine große Bedeutung zu. Für die Aufstellung der Listen laufen gegenwärtig die Vorbereitungen. Dem Informationsaustausch diente das Strategietreffen am 21. April in Stuttgart. Im Mittelpunkt standen Informationen zur Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten, die insbesondere Klaus Ries-Müller aus seinen langjährigen Erfahrungen erfolgreicher kommunaler Arbeit zu bieten hat. Deutlich wurde, dass für die Aufstellung ausreichend starker Listen verschiedene Schritte gegangen werden müssen, von denen der persönlichen Ansprache eine besondere Bedeutung zukommt. Derzeit sieht es danach aus, dass in erster Linie die bereits kommunal aktiven Kreis- und Ortsverbände erneut antreten werden. Insbesondere hier wird eine Vermehrung der Sitze angestrebt. Weil die Kommunalwahlen zeitgleich oder in zeitlicher Nähe zur ebenfalls wichtigen Europawahl (am 26. Mai) stattfinden werden, werden wir auf einen engagierten Wahlkampf besonderes Gewicht legen.

Die ÖDP Baden-Württemberg unterstützt derzeit gemeinsam mit einem Bündnis einen von Mehr

Demokratie e.V. initiierten Volksantrag (siehe [www.mitentscheiden.de](http://www.mitentscheiden.de)), mit dem gefordert wird, auf Ebene der Landkreise Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und Einwohneranträge einzuführen. Neben Hessen ist Baden-Württemberg das letzte Bundesland, das in den Landkreisen keine direkte Demokratie ermöglicht. Benötigt werden für die Zulassung des Volksantrags 39000 Unterschriften, die sämtlich bis zum 13. Februar 2019 vorliegen müssen und von denen Anfang Mai etwa 5000 gesammelt waren. In den nächsten Monaten werden wir unser Hauptaugenmerk auf die Schwerpunktaktion „Kampf dem konstruierten Schrott“ legen, die auf dem Bundesparteitag am 5. Mai in Aschaffenburg beschlossen wurde.

Wichtige parteiinterne Termine sind der zweitägige Landesparteitag am 16. und 17. Juni in Gerlingen mit Neuwahl des Landesvorstandes und der Wahl der Bundesparteitags-Delegierten, der Landesparteirat am 29. September in Stuttgart und der Landesparteitag am 1. Dezember 2018 (Frist für Anträge: 8. September; Frist für Änderungsanträge: 20. Oktober), ebenfalls in Stuttgart.

*Kontakt:*

*Landesgeschäftsführer Uli Stein*

*Tel.: (0711) 636 46 44*

*info@oedp-bw.de*

*Regionalbeauftragter Matthias Dietrich*

*Tel.: (07121) 88 01 04*

*matthias.dietrich@oedp-bw.de*

## Bayern

### ÖDP ermöglicht 8 Jahre echten Nichtrauchererschutz

Zum achten Mal jährt sich der erfolgreiche Nichtrauchererschutz-Volksentscheid: Auf Initiative der ÖDP wurde 2010 ein konsequentes Rauchverbot in Restaurants, Gaststätten, Festzelten etc. eingeführt. Dies wurde ursprünglich von der CSU-Landtagsfraktion

beschlossen, dann aber, auf Druck von Lobbyverbänden und der FDP, Stück für Stück ausgehöhlt. Die Bürgerinnen und Bürger Bayerns haben dieser Vorgehensweise aber die Rote Karte gezeigt und sich deutlich für den Gesundheitsschutz ausgesprochen. Inzwischen ist sogar belegt, dass aufgrund des strengen Nichtraucher-schutzgesetzes die Zahl der Herzinfarkte zurückgegangen





Foto: ÖDP Bayern

Klaus Mrasek, Landesvorsitzender der ÖDP Bayern

gen ist. Einmal mehr ein Beweis dafür, wie wichtig das Volksbegehren der ÖDP war.

Der Tabaklobby ist das natürlich nach wie vor ein Dorn im Auge: Durch verstecktes Parteiensponsoring versuchen die Tabakhersteller unentdeckt ihr Vorhaben auszuweiten, wie zum Beispiel mit Infoständen auf Parteitagen. Durch Sponsoring können Parteien von Firmen, Konzernen und Lobbyverbänden Gelder erhalten, ohne diese ausweisen zu müssen. „Dies muss sofort aufhören!“, fordert der bayerische ÖDP-Landesvorsitzende Klaus Mrasek.

Die ÖDP hat das gesamte Volksbegehren ohne Firmen- und Konzernspenden gestemmt! Finanziell gesehen war es ein Kampf wie David gegen Goliath. Durch viel Engagement aller Unterstützer gelang es, dieses einmalige und großartige Projekt für echten Nichtraucherschutz und echte Demokratie zu schultern.

„Dank dem Mut und Engagement vieler Unterstützer konnten wir das Volksbegehren zum Erfolg führen und für Bayern einen echten Nichtraucherschutz erzielen!“, so Mrasek.

### ÖDP Schwaben traut CSU-Rückwärtssalto am Riedberger Horn nicht

Der Rückwärtssalto der CSU am Riedberger Horn ist nach Ansicht der ÖDP nur Wahlkampftrikot: Die Zehnjahresfrist für die Einfrierung des Projekts sei eine Pseudolösung. Wie geht es danach mit der beschlossenen Änderung des Alpenschutzplans und der Herausnahme aus Zone C weiter? Auch ähnlich gelagerten Projekten in der Region stehen nun alle Möglichkeiten offen. Wird dieser Schritt wieder rückgängig gemacht?

Die Bezirksvorsitzende der ÖDP Schwaben, Lucia Fischer, erklärt: „Solange die Schutzzone am Riedberger Horn nicht wieder hergestellt wird, besteht für uns immer noch Zugzwang und wir werden rechtli-

che Möglichkeiten, wie z.B. die Normenkontrollklage der Verbände, in Erwägung ziehen. Neuer, naturnaher Bergtourismus kann nur mit ständiger Überprüfung von ökologischer und finanzieller Integrität erfolgen, alles andere ist Augenwischerei!“ Michael Finger, ÖDP-Kreisrat und Landtagsdirektkandidat, der seit fast 10 Jahren in den Gestaltungsprozess am Riedberger Horn



Foto: ÖDP Bayern

Lucia Fischer mit ÖDP-Kandidat und Kreisrat Michael Finger

eingebunden ist, betrachtet gemeinsam mit der Bezirksvorsitzenden Lucia Fischer den Ausgang nur mit bedingter Zufriedenheit.

### Engagiertes ÖDP-Urgestein Ernst Egelkraut † im April verstorben

Ernst Egelkraut ist verstorben. Diese Nachricht hat die ÖDP Oberfranken und viele Mitglieder der bayerischen ÖDP, die ihn seit vielen Jahren kannten, tief bewegt. Wir haben einen vorbildlichen, engagierten und fürsorglichen Menschen verloren. Als ehemaliger zweiter Bürgermeister und Gemeinderat von Oberkotzau blieb er immer seinen Idealen treu. Als Vorstandsmitglied des ÖDP-Bezirks- und Kreisverbandes hat er sich selbstlos eingebracht. Bis zuletzt erfüllte er seine Aufgaben als Gemeinderat, als Schatzmeister im Kreisverband und Pro-Bahn-Sprecher für Oberfranken mit beispiellosem



Foto: ÖDP Bayern

Ernst Egelkraut im Bundestagswahlkampf 2017

Idealismus, überzeugender Eigeninitiative und Kreativität. Die ÖDP wird Ernst Egelkraut stets in ehrender Erinnerung behalten.

## ÖDP tritt flächendeckend zur Landtags- und Bezirkstagswahl an

Die bayerische ÖDP tritt flächendeckend zur Landtags- und Bezirkstagswahl am 14. Oktober 2018 an. In allen Stimmkreisen gibt es Direktkandidaten für beide Wahlen. In den sieben Bezirksparteitagen wurden die Listen aufgestellt. Die Spitzenkandidaten sind:

### Spitzenkandidaten der ÖDP

	Landtag	Bezirkstag
Oberpfalz	<b>Klaus Mrasek</b> 	<b>Joachim Graf</b> 
Niederbayern	<b>Agnes Becker</b> 	<b>Urban Mangold</b> 
Oberbayern	<b>Thomas Prudlo</b> 	<b>Rolf Beuting</b> 
Schwaben	<b>Prof. Dr. Dieter Buchberger</b> 	<b>Alexander Abt</b> 
Mittelfranken	<b>Jürgen Osterlänger</b> 	<b>Ingrid Malecha</b> 
Unterfranken	<b>Bernhard Schmitt</b> 	<b>Waldemar Burg</b> 
Oberfranken	<b>Thomas Müller</b> 	<b>Simone Wohnig</b> 

*Kontakt: ÖDP Bayern  
Heuwinkel 6, 94032 Passau  
Tel.: (08 51) 93 11-31, Fax: (08 51) 93 11-92  
bayern@oedp.de, www.oedp-bayern.de*

## Berlin

### ÖDP-Glücksrad dreht sich auf dem Umweltfestival

Am Sonntag, 3. Juni 2018 fand auf der Straße des 17. Juni wieder das Umweltfestival unter Beteiligung der ÖDP Berlin statt. In das Umweltfestival mündet auch die größte Fahrraddemo weltweit, die ADFC-Sternfahrt.

Als echter Publikumsmagnet auf dem Umweltfest hat sich das ÖDP-Glücksrad herausgestellt. Insbesondere für Kinder hatte der Stand der ÖDP eine magische Anziehungskraft. Bevor das Glücksrad in Bewegung



*Florence von Bodisco, 1. Stellv. Landesvorsitzende der ÖDP Berlin vor dem Stand auf dem Umweltfestival*

gebracht werden durfte, mussten die Teilnehmenden erst aus einer Tabelle mit politischen Forderungen eine für sie wichtige auswählen. Mit jeder Forderung war eine Zahl verknüpft, die es dann galt, beim Glücksrad zu erreichen. Es gab Hauptgewinne (z.B. ÖDP-Tomatensamen), aber auch Trostpreise (z.B. Obst). Die Themen, die den Menschen am Herzen lagen, waren vor allem Tierschutz, Frieden, Familie und bezahlbares Wohnen.

Gute Gespräche am Infostand sorgten auch dafür, dass sich viele in unsere Interessentenliste eintrugen. Viele Menschen erzählten uns auch, dass sie bei vorangegangenen Wahlen die ÖDP gewählt hatten. Andere wiederum waren verwundert, dass wir einen Europaabgeordneten haben. Für diese und andere Infostand-

besucher hatten wir natürlich ausführliche Informationen zur Arbeit der ÖDP dabei.

Das Umweltfestival war wieder ein guter Anlass, Werbung für die ÖDP in Berlin zu machen und dabei mit umweltbewegten Wählerinnen und Wählern ins Gespräch zu kommen. Es kam sehr gut an, dass wir als Partei wissen wollten, wo den Menschen der Schuh drückt, und ihnen unsere Aufmerksamkeit schenkten. Die Aktion ist also weiterzuempfehlen.

*Kontakt: ÖDP Berlin  
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin  
Tel./Fax: (0 30) 49 85 40 50  
info@oedp-berlin.de, www.oedp-berlin.de*

## Nordrhein-Westfalen

### ÖDP NRW und der Schrott

Die ÖDP NRW beschäftigte sich u. a. im ersten Halbjahr 2018 mit Schrott: Schrottreaktoren, Elektroschrott und Schrottschiffe.

Der höchste Boss der Eigentümer der „Schrott-Reaktoren“ kam nach Aachen und erhielt den Karlspreis. Frankreich ist Haupteigentümer des Konzerns, der die überalterten belgischen Reaktoren in Tihange und Doel betreibt. Die Preisverleihung in Aachen war für die ÖDP Anlass, den Präsidenten der Republik Frankreich, Emmanuel Macron, auf seine Verpflichtung gegenüber den Menschen hinzuweisen.

Deutschland exportiert mit Genehmigung der Bundesregierung Kernbrennstäbe genau in diese belgischen Schrott-Atommeiler. Am 9. Juni 2018 demonstrierte die ÖDP in Lingen gegen diesen Skandal, an der Spitze der ÖDP-Delegation unser Europaabgeordneter Prof. Dr. Klaus Buchner.

Beim Thema „Elektroschrott“ forderte die ÖDP NRW auf ihrem Landesparteitag in Lüdenscheid in ihrer „Lüdenscheider Erklärung“ eine Verlängerung der Gewährleistung für Haushaltsgeräte. Von Frankreich lernend, will die ÖDP NRW auch die Strafbarkeit der geplanten Kurzlebigkeit von Produkten. Dies regelt in Frankreich der Artikel L.441-2 des französischen Verbrauchergesetzbuches.

Die „Schrottschiffe“, aber auch andere ohne Abgasreinigung fahren weiterhin durch die Städte an Rhein und Ruhr. Ein Dieselfahrverbot für Landfahrzeuge hätte in diesen Regionen fast keinen Effekt. In Xanten stammen 90% der Stickoxide vom Schiffsverkehr. Abgasreinigung für die Schifffahrt – Fehlanzeige. Das

muss anders werden. Die ÖDP NRW arbeitet daran, ihr Luftreinigungskonzept für die Binnenschifffahrt in die Realität umzusetzen.

Tierschutz war ebenfalls ein großes Thema für die ÖDP NRW. Prof. Dr. Klaus Buchner referierte auf der FairGoods in Münster vor einem überfüllten Tagungs-



Foto: ÖDP NRW

*Klaus Buchner und Martin Schauerte auf der FairGoods-Messe in Münster*

raum zum Thema „Klaus graust's – vor multiresistenten Keimen aus industrieller Massentierhaltung“. Aber auch die Besucher mit Stehplätzen hörten nicht nur aufmerksam zu, sondern unterstützten die Forderungen unseres Europaabgeordneten durch ihre Unterschrift. Eine Schlange von Menschen am Messestand der ÖDP, um die Forderungen unterstützen zu können – derartige „Schlangen“ sollte es öfters geben.

In Düren unhaltbare Zustände im Schlachthof, eine Landwirtschaftsministerin in NRW, deren Familie einen Hof betreibt, der in die Ermittlungen der „Stabsstelle Umweltkriminalität“ geriet – und dann löste diese Ministerin diese Stabsstelle einfach auf. Hackerskandal eben bei dieser Ministerin: Die Landtagsopposition solidarisierte sich mit ihr wegen eines Hack-Angriffes, der keiner war. War nur ein Bedienungsfehler. Aber dies wurde von der Regierung 2 ½ Wochen verschwiegen. Die ÖDP forderte deren Rücktritt – und sie trat auch zurück. (Die ÖDP war's nicht alleine.) Jetzt muss sich aber der MP Laschet einem Untersuchungsausschuss im Landtag stellen, um die Affäre aufzuklären. Die ÖDP NRW wird diese Aufklärung aufmerksam verfolgen.

Massentierhaltung und multiresistente Keime waren nicht nur in Münster, sondern auch in Köln Thema am Messestand der ÖDP auf der FairGoods. Zwei neue Schnuppermitglieder gleich in der ersten Messestunde zeugt von einem erfolgreichen Messekonzept.

Weitere Themen der ÖDP NRW: Stopp dem Braunkohleabbau, das NRW-Polizeigesetz, CO<sub>2</sub>-Emissionen, Waldpolitik, die Rodungen im Hambacher Forst, Genbier, um nur einige zu nennen.

Jenseits der Grenze war die ÖDP NRW auch aktiv: In Antwerpen (ja – ist Belgien) trafen wir uns – zusammen mit Klaus Buchner – mit De Groenen der Niederlande; nicht zu verwechseln mit den LinksGrünen. Es war ein interessanter Meinungsaustausch vor der Europawahl.

Ach ja, nicht zu vergessen, in Lüdenscheid wählte die ÖDP NRW einen neuen Landesvorstand:

Der Parteitag wählte Martin Schauerte (Windeck) zum neuen Landesvorsitzenden. Als seine Stellvertreter bestimmten die Delegierten Renate Mäule (Hagen)

nachdem die Landespartei 2013 aufgelöst worden war. Es wurde ein fünfköpfiger Vorstand gewählt, dem vier Frauen und ein Mann angehören. Neuer Vorsitzender ist Jorgo Chatzimarkakis, stellvertretende Vorsitzende



V. l. n. r.: Ulrike Molitor, Katharina Molitor, Manuela Ripa, Laura Cuciuffo, Jorgo Chatzimarkakis

Foto: ÖDP Saarland



V. l. n. r.: Christina Flora Aldenhoven, Renate Mäule, Martin Schauerte, Ben Steinberg, Petra Beck, Prof. Dr. Herbert E. Einsiedler, Jessica Kratz. Nicht auf dem Bild: Wolfgang Seemann, Istvan Bella

und Prof. Dr. Herbert Einsiedler (Meerbusch). Istvan Bella (Münster) wurde als Landesschatzmeister wiedergewählt. Für die kommenden zwei Jahre ist Jessica Kratz (Essen) Landesgeschäftsführerin der ÖDP Nordrhein-Westfalen. Als Beisitzer wählten die Delegierten Christina Flora Aldenhoven (Wetter), Ben Steinberg (Essen), Wolfgang Seemann (Bad Driburg) und Petra Beck (Köln).

Kontakt: ÖDP NRW  
Weseler Str. 19–21, 48151 Münster  
Tel.: (02 51) 76 02 67 45  
info@oedp-nrw.de, www.oedp-nrw.de

## Saarland

### Neuer Landesvorstand der ÖDP Saar

Die ÖDP im Saarland hat einen neuen Landesvorstand. Auf dem Landesparteitag am 28. April 2018 in Saarlouis wurde der Landesverband formell wiedergegründet,

sind Manuela Ripa und Katharina Molitor, Schatzmeisterin ist Laura Cuciuffo und Beisitzerin Ulrike Molitor.

Mit der neuen Satzung für die Landespartei wurde auch der Namenszusatz „Saarland. Familie. Leben.“ verabschiedet. Damit unterstreicht die Landespartei ihren Anspruch, sich politisch für ein naturbewusstes und familienfreundliches Leben im Saarland einzusetzen. Die ÖDP Saar will hierzu die Zusammenarbeit mit der bislang im Saarland recht erfolgreichen Familienpartei prüfen und hat bereits erste Gespräche geführt. So ist der frühere Schatzmeister der Familienpartei unmittelbar nach Neugründung der ÖDP bereits beigetreten. Insgesamt sind mit der Neugründung bereits fünf neue Mitglieder aufgenommen worden. „Wir wollen politischer Kompass sein für die Einordnung für den Wandel von Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie.“ Dabei sollen die Belange der Natur und die Interessen der Familien im Mittelpunkt der politischen Arbeit stehen.

Die ÖDP-Saar will bereits bei den anstehenden Kommunalwahlen 2019 antreten und sich dabei auf die Kommunen konzentrieren, wo es eine breite Mitgliedschaft gibt. Das trifft bislang insbesondere auf die Landeshauptstadt Saarbrücken zu.

Die „Saarbrücker Zeitung“ als Leitmedium im Saarland berichtete bereits mit einem Artikel über die Neugründung. Der neue Landesvorsitzende, der den Ökologischen Demokraten bereits als Student von

1986 bis 1990 angehört hatte, erläuterte gegenüber den Medienvertretern die Beweggründe für diesen Schritt: „Mit meinem Engagement bei der ÖDP Saar kehre ich zu meinen politischen Wurzeln zurück.“

*Kontakt: ÖDP Saar –  
Saarland.Familie.Leben  
Gustav-Bruch-Str. 9a  
66123 Saarbrücken  
Tel.: (01 71) 7 88 80 06  
info@oedp-saar.de, www.oedp-saar.de*

## Sachsen

### Bericht vom Landesparteitag

Der erste von zwei für dieses Jahr geplanten Landesparteitagen fand im Landesverband Sachsen am 17. März 2018 in Dresden statt. Als wichtigste Tagesordnungspunkte standen die Wahlen von neuen Rechnungsprüfern und von Delegierten für die kommenden Bundesparteitage an.

Gewählt wurden als Rechnungsprüfer Olaf Gottschalk und Michael Finke. Zu den Parteitagen werden aus Sachsen neu entsandt Markus Taubert, Jens-Eberhard Jahn und Martin Augustin. Als Ersatzdelegierte stehen zur Verfügung Marcus Lieder, Sönke Korfee, Rachel Wehemeyer-Blum und Sebastian Högen.

Erfreut konnte den anwesenden Mitgliedern und Gästen verkündet werden, dass die Mitgliederzahl in Sachsen weiter im Aufwind ist und aktuell bei 67 Mitgliedern steht. Mit einem Durchschnittsalter von ca. 44 Jahren befindet sich die ÖDP Sachsen auf einem steten Verjüngungskurs. Beschlossen wurde die Gründung von Landesarbeitskreisen. Die Arbeit aufgenommen haben schon der LAK „Mobilität“ und der LAK „Bildung“. Der Arbeitskreis „Medien und kreative Kommunikation“ befindet sich im Aufbau, weitere sollen folgen.

Für 2018 sind mehrere Veranstaltungen in Planung, die der ÖDP zu weiterer Bekanntheit verhelfen und ein möglichst breites Publikum für ökologische, demokratische und zukunftssträchtige Themen sensibilisieren sollen. Darunter ist eine Vortragsreihe, die am 25. Juni 2018 in Dresden startet und auch in anderen sächsischen Orten fortgeführt wird. Das erste Thema: „Stroh in Sicht – Alternative Bauweisen vorgestellt“. Im September stehen die Bienen im Zentrum der Aufmerksamkeit. Der Arbeitstitel des Vortrags lautet: „Die Stadt klebt – Bienen ins Zentrum“. Demokratie lebt vom Mitmachen! Daher zuletzt noch der Aufruf und

die Einladung, der ÖDP beizutreten und sich einzumischen: gewaltfrei, mutig und voller Hoffnung!

### „Europa der Mitbestimmung“: Kundgebung in Dresden

Am 9. Mai, dem Europatag der Europäischen Union, organisierte der ÖDP Landesverband (LV) Sachsen seine erste eigene Demo nach seiner Reaktivierung im Jahr 2015. Vor dem Goldenen Reiter in Dresden lud der LV zur einer Kundgebung für ein Europa der Mitbestimmung. Auslöser war die geplante Einführung einer Prozenzhürde zur Wahl des Europaparlaments, welche insbesondere durch die Bundesregierung vorangetrieben



Foto: ÖDP Sachsen

Die ÖDP Sachsen auf dem Europatag in Dresden

wird und der wir uns laut und öffentlich entgegenstellen wollten. Der ÖDP-Landesvorsitzende Dirk Zimmermann hielt eine engagierte Rede, in der er auf die positiven und negativen Entwicklungen der EU einging. Er brachte Vorschläge für ein Europa der Bürger und nicht nur der Wirtschaft und der Banken ein und setzte sich mit der Rede des französischen Präsidenten Macron auseinander, die dieser am 26.09.2017 an der Sorbonne in Paris gehalten hatte. Er warb für ein Europa der Mitbestimmung, aber auch der Freiheit, die derzeit von vielen Politikern zugunsten der Sicherheit aufgegeben wird. Er schloss die Rede mit den Worten: „Herzlichen Glückwunsch, Europa – und gute Besserung!“

Im Anschluss fand ein reger Austausch mit den Passanten statt, wobei überwiegend positives Feedback gegeben wurde.

*Kontakt: ÖDP Sachsen  
Zur Pappel 8, 01728 Bannewitz  
Tel.: (03 51) 4 17 28 21  
info@oedp-sachsen.de, www.oedp-sachsen.de*

# Bundesversammlung der Jungen Ökologen wählt neuen Vorstand

Am Wochenende 21./22. April trafen sich die Jungen Ökologen zu ihrer jährlichen Bundesversammlung, welche dieses Jahr in Köln stattfand. Vor Ort begrüßte Werner Roleff (ÖDP NRW) die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Christian Stadelmann (JÖ-Bundesvorsitzender) und Emilia Kirner (Stellvertreterin) präsentierten anschließend die Tagesordnung.

Am Nachmittag des ersten Tages fand ein informativer Vortrag der Gründerin der gemeinnützigen Organisation „The Good Food“ statt. Das Ziel von „The Good Food“ ist es, gute Lebensmittel zu retten, welche nicht abgesetzt werden konnten. So werden täglich nicht abgesetzte Waren bei Landwirten und Verpacker-Stationen im Kölner Umland abgeholt, um diese dann in den bestehenden zwei Läden anzubieten. Damit wird dazu beigetragen, dass weniger Lebensmittel wegge-

Errichtung des Arbeitskreises Abfallvermeidung sowie der Unterstützung des Antrages zur „Ehe für alle“ (ÖDP Berlin) einstimmig zugestimmt.

Der zweite Tag der Bundesversammlung begann mit den Vorstandswahlen. Leider konnten einige Vorstandsmitglieder aus zeitlichen Gründen nicht erneut antreten. Es wurde den ehemaligen Vorstandsmitgliedern für ihr Engagement gedankt.

In der JÖ hat sich in den letzten zwei Jahren viel getan, auch dank der guten Arbeit des ehemaligen Bundesvorstandes. Doch neben neuen Gesichtern sind auch einige erfahrene JÖler in den neuen Vorstand gewählt worden. Das Ergebnis der Wahl lautet:

**Vorsitzender: Christian Stadelmann** (26 Jahre)  
aus Erlangen

**1. Stellvertreterin: Emilia Kirner** (20 Jahre)  
aus Freising

**2. Stellvertreter: Leonard Benedikt** (21 Jahre)  
aus Esslingen am Neckar

**Beisitzer: Tim Kray** (24 Jahre) aus Lüneburg und  
**Florian Sangkuhl** (21 Jahre) aus Regensburg



Foto: Junge Ökologen Bundesverband

*V.l. o.: Tim-Oliver Kray, Werner Roleff, Florian Sangkuhl, Felix Sailer, Christian Stadelmann, Jonas Brock, Florian Reinhart, Leonard Benedikt, Manuel Ullmann, Emilia Kirner, Renate Mäule.*

schmissen werden, da z.B. Obst und Gemüse oft nur aufgrund des Aussehens und der Größe gar nicht erst zum Verkauf angeboten werden.

Anschließend gab es regen Austausch über die Anträge der JÖ, über welche anschließend abgestimmt wurde. Unter anderem wurde über eine Anhebung des Mindestalters innerhalb der JÖ diskutiert, welches abgelehnt wurde. Des Weiteren wurde dem Antrag zur

Nachdem der neue Vorstand gewählt wurde, gab es einen spannenden Vortrag von Renate Mäule (stellv. Vorsitzende ÖDP NRW) über Kommunikation am Arbeitsplatz. Frau Mäule ging auf grundlegende Voraussetzungen ein, um eine gute Kommunikation im Berufsleben und auch im privaten Bereich zu ermöglichen. Zusätzlich war sie offen für die vielen Fragen und beantwortete diese gekonnt. Das Fazit: Viele Faktoren sind für eine gelungene Kommunikation am Arbeitsplatz vonnöten.

Am Nachmittag referierte der JÖ-Bundesvorsitzende Christian Stadelmann zum Thema Datenschutz und digitale Selbstverteidigung. Er ging auf drei Aspekte genauer ein, und zwar auf potenzielle Angreifer, Angriffswege und Schutzstrategien im Netz. Mit diesem ansprechenden Vortrag verdeutlichte Christian Stadelmann auch, wie wichtig es für die eigene Sicherheit sein kann, sich damit auseinanderzusetzen.

Mit vielen Anregungen und nach zwei schönen Tagen endete die Bundesversammlung der Jungen Ökologen 2018. Der neu gewählte Bundesvorstand der Jungen Ökologen nimmt nun seine Arbeit auf und bedankt sich bei allen engagierten Mitgliedern innerhalb der JÖ.

## Besuch bei Prof. Buchner in Straßburg



Foto: Junge Ökologen

Vom Freitag, den 25.05. bis Montag, den 28.05.2018 trafen sich Mitglieder der Jungen Ökologen in Straßburg. Es war eine gute Gelegenheit, sich auszutauschen sowie die schöne Stadt zu besichtigen. Der Höhepunkt des Aufenthalts war der Besuch im Europaparlament und das Treffen mit dem ÖDP-Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner.

Am Freitagabend, dem Tag der Anreise, fand die erste Zusammenkunft der bereits Angereisten in lockerer Atmosphäre statt. An den beiden darauffolgenden Tagen konnte jeder individuell seinen Vormittag und Mittag gestalten. Meist jedoch zog man gemeinsam durch die Stadt, besichtigte Museen und erkundete die facettenreiche Altstadt. Auch stiegen einige auf den Straßburger Münster und genossen die atemberaubende Aussicht auf die Region. Abends wurde gemeinschaftlich gegessen und die lauen Abende am Ufer der Ill ausklingen gelassen. Je nach Belieben konnte man den späten Abend auch in einer der vielen netten Bars in der Altstadt verbringen.

Am Sonntagabend lud Klaus Buchner zum Essen in ein schönes Restaurant ein, in welchem wir die regionalen kulinarischen Spezialitäten probieren konnten. Es war ein angenehmer Abend mit vielen informativen Gesprächen, auch Guido Klamt (ÖDP-BW) war anwesend.

Am Montag ging es, nach einem entspannten Vormittag, ins EU-Parlament. Zuerst gab es einen Vortrag

eines Mitarbeiters des EU-Parlaments, welcher über die EU allgemein aufgeklärte. Anschließend referierte Klaus Buchner über seine Arbeit als Abgeordneter. Des Weiteren schilderte er die aktuelle Situation innerhalb der EU und die Aufgaben des Parlaments. Darüber hinaus gab es noch für jeden die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Der darauffolgende Besuch der Besuchertribüne des Plenarsaals während einer Sitzung bot einen ein-

*Jeder konnte beobachten, wie die Atmosphäre in einem Plenarsaal ist.*

maligen Einblick in das Europaparlament. So konnte jeder beobachten, wie die Atmosphäre in solch einem Plenarsaal ist und wie sich die Abgeordneten bei Abstimmungen verhalten bzw. wie bestimmte Themen angesprochen werden.

Zusammenfassend bot das verlängerte Wochenende genügend Zeit für Freizeitaktivitäten wie die Stadtbesichtigung, politische Diskussionen sowie EU-politische Vorträge und das Knüpfen von neuen Kontakten. Wir danken Felix Sailer für die gute Organisation sowie Klaus Buchner für seine Zeit, seinen informativen Vortrag und die Möglichkeit, das Europaparlament zu besuchen.

## „Mach Dein Ding!“ – Seminarangebot findet großen Zuspruch

Das Büro des Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner organisierte vom 6. bis 8. April 2018 ein Seminarwochenende für junge Politikinteressente in Berlin. Ziel der Veranstaltung war, Fertigkeiten in der Veranstaltungs- und Kampagnenplanung, in der Moderation

Obdachlosigkeit in Berlin kurz nach dem Mauerfall informiert.

Am Ende des Seminars zeigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer enthusiastisch über den Ablauf und die Inhalte der Veranstaltung. Da das Seminar ein großer Erfolg war, überlegt das Berliner Büro, zukünftig weitere Seminarwochenenden dieser Art anzubieten.

## ÖDP-Aktive mit Bundesverdienstmedaille geehrt

Erika Gäble aus Memmingen und Brigitte Römpf aus Haldenwang sind im März dieses Jahres beide jeweils mit der Bundesverdienstmedaille für ihr außerparteiliches Engagement geehrt worden. Römpf ist seit 15 Jahren in der ÖDP aktiv, Gäble seit 24 Jahren. Beide wurden auch von der ÖDP für ihre Verdienste beglückwünscht.

Ausführliche Berichte dazu finden Sie auf [www.oekologiepolitik.de](http://www.oekologiepolitik.de).



Fotos: ÖDP-Bundespressstelle

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars vor dem Deutschen Bundestag

von Veranstaltungen und Grundwissen in der begleitenden Pressearbeit zu vermitteln.

15 motivierte Teilnehmer aus der ganzen Bundesrepublik haben im Rahmen der Veranstaltung an unterschiedlichen Workshops teilgenommen. Diese wurden von Florence von Bodisco, Leiterin des Berliner Europaabgeordnetenbüros, und den Mitarbeitern der ÖDP-Bundesgeschäftsstellen, Pablo Ziller, Doris Hüben-Holomos und Evelyn Farkas sowie Claas Würfel, Experte für Körpersprache und Schauspieler, vorbereitet und geleitet.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben einzeln oder im Team eine Veranstaltungs-Checkliste erstellt, einen Vortrag anmoderiert, eine Pressemitteilung erstellt und die richtige Körperhaltung für einen bühnenreifen Auftritt eingeübt. Für Informationsaustausch und Diskussionen sorgte der Vortrag über die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Kakaoanbau des Referenten der Organisation INKOTA e.V., Johannes Schorling. Im Rahmenprogramm lernten die Teilnehmer zudem am Samstagnachmittag eine ganz andere Lebensperspektive kennen: Sie wurden von einem ehemaligen Obdachlosen durch Berlins Mitte geführt und über



STIFTUNG FÜR ÖKOLOGIE  
UND DEMOKRATIE E.V.

(Veranstalter)



Forum  
Ökologisch-Soziale  
Marktwirtschaft

(Kooperationspartner)

### Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft 2018

am Mittwoch, den **12. September 2018**

9:00 Uhr – 17:00 Uhr im Umweltbundesamt,  
Bismarckplatz 1 (Raum 1134), 14193 Berlin

#### Thema:

„Marktwirtschaft braucht Wettbewerb mit ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen“

**Anmeldungen** bitte bis zum **30.08.2018** bei:

Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V.,  
Siemensring 54, 76761 Rülzheim

E-Mail: [Stiftung-fuer-Oekologie-u-Demo@t-online.de](mailto:Stiftung-fuer-Oekologie-u-Demo@t-online.de)  
Tel. 072 72/ 36 48, [www.stiftung-oekologie-u-demokratie.de](http://www.stiftung-oekologie-u-demokratie.de)

## Gemeinsamer „Öko-Auftritt“ beim Katholikentag

Beim 101. Deutschen Katholikentag vom 9.–13. Mai 2018 in Münster zeigten auch ÖDP-Aktive wieder Präsenz (und Flagge). Neben Mitgliedern des BAKs „Christen und Ökologie“ engagierten sich v.a. Münsteraner ÖDPler, an ihrer Spitze der Vorsitzende Michael Krapp und Ratsherr Franz Pohlmann, die tatkräftig zum Erfolg beigetragen haben.

Mit Felix Sailer war erstmalig ein Vertreter der Jungen Ökologen dabei, außerdem die Stellvertretende NRW-Vorsitzende Renate Mäule sowie der neu gewählte Beisitzer im Bundesvorstand Kurt Rieder.

An mehreren Tagen haben wir in der Fußgängerzone über ökologisch-demokratische Themen informiert, Hunderte Faltblätter verteilt und zahlreiche interessante Gespräche geführt – insbesondere mit Katholikentags-Gästen aus ganz Deutschland. Manche sind zum ersten Mal mit der ÖDP in Kontakt gekommen (und waren meist positiv überrascht). Nicht wenige äußerten: „ÖDP – kenne ich!“ oder „Ich hab euch schon oft gewählt!“

Für Aufmerksamkeit sorgte ein kleiner Obstbaum mit dem Martin Luther zugeschriebenen Satz: „Und

wenn ich wüsste, dass morgen die Welt unterginge, würde ich heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen.“ Da Münster die Stadt des Westfälischen Friedens ist, fand sich dies auch im Motto des Christen-Treffens wieder: „Suche Frieden“. Dieses Thema prägte dann auch die Wünsche auf den „Äpfeln“, die Interessierte beschreiben und aufhängen konnten: „Nie mehr Krieg!“ – „Mehr Fairness und Respekt im Umgang miteinander!“ – „Ich erwarte von Politikern, dass sie die Wahrheit sagen statt zu lügen!“

Im Rückblick waren sich die Beteiligten in dem Wunsch einig, dass unsere Aktion ebenso „Früchte“ bringen wird wie das Apfelbäumchen, das mittlerweile in Münster gepflanzt worden ist.

Weil nach dem Spiel immer auch vor dem Spiel ist: Der Evangelische Kirchentag 2019 findet ebenfalls in NRW statt. Vom 19. bis 23. Juni wird das Treffen in Dortmund sein und schon jetzt laden wir alle Interessierten aus der ÖDP herzlich dazu ein, sich dort gemeinsam für unsere Sache zu engagieren! Wir freuen uns auf ein Wiedersehen!



Am ÖDP-Stand auf dem Katholikentag in Münster, (v.li.n.re.) Julia Larionova (mit Sohn), Conny Hüttig, Kurt Rieder, Axel Gebhardt, Werner Roleff, Felix Sailer

## ÖDP beteiligt sich an Anti-AKW-Demo in Lingen

Zur Demo gegen die Atombrennstäbeproduktion und deren Lieferung an ausländische AKW-Betreiber hatten mehrere nationale und internationale Bündnisse der Anti-AKW-Bewegung aufgerufen.



Insgesamt folgten gut 500 Aktivisten dem Aufruf, die teilweise mehrere Hundert Kilometer Anreise in Kauf nahmen. Mit dabei war auch die Ökologisch Demokratische Partei (ÖDP), die mit Vertretern aus dem organisierenden KV Aachen sowie Demonstranten aus

den Landesverbänden NRW und Niedersachsen vertreten waren. Auch Prof. Dr. Klaus Buchner (MdEP) ließ es sich nicht nehmen, trotz langer Anreise mit bei der Demo in Lingen dabei zu sein. Zusammen mit Iko Schneider (Landesschatzmeister Niedersachsen), Renate Maeule (stellv. Landesvorsitzende NRW) und Kurt Rieder vom neu gewählten Bundesvorstand waren die Ökodemokraten „hochkarätig“ vertreten, während z.B. Aktivisten der Grünen oder anderer sogenannter etablierter Parteien vergeblich gesucht wurden.

Mit Sprüchen wie „Lingen, Gronau & Konsorten – bringen Tod an andren Orten!“ oder „Brennelemente und Urananreicherung in Deutschland für marode ausländische AKWs endgültig stoppen“ sowie mit einstudierten Gesängen zogen die Demonstranten vom AKW in Lingen, wo die Auftaktkundgebung stattfand, die ca. 2,5 km lange Strecke zur benachbarten Brennelementefabrik. Dort rundeten verschiedene Kurzvorträge und Songeinlagen, unterbrochen von simulierten „Störfallsituationen“ mit Sitz- und Liegeblockaden die gelungene Veranstaltung ab.

Einig waren sich die Demonstranten in einem: „Es ist viel zu billig, mit dem Finger ins benachbarte europäische Ausland (Belgien, Frankreich, Tschechien etc.) zu zeigen. Deutschland muss vielmehr endlich seine Mitverantwortung am Weiterbetrieb maroder ausländischer AKWs eingestehen und sofort die weitere weltweite Lieferung der Brennelemente aus Lingen stoppen.“

## KV Miltenberg/Aschaffenburg besucht MdEP Prof. Buchner in Straßburg

Der ÖDP Kreisverband Miltenberg/Aschaffenburg folgte vom 14. bis 16. April 2018 der Einladung von Prof. Dr. Buchner, EU-Abgeordneter der ÖDP, das EU-Parlament in Straßburg zu besuchen.

Die Mitglieder der ÖDP besichtigten einige Tage Straßburg. Es wurde unter anderem eine Stadtführung zu Land sowie eine Schifffahrt in den Kanälen der Altstadt und eine Bummelzugfahrt durch die Gassen von Straßburg unternommen. Der Aufstieg zum Münster mit 330 Stufen mit Blick über den Dächern von Straßburg und Umgebung war das Highlight der Tage. Beim Tag im EU-Parlament unter Führung von Prof. Dr. Buchner und Simone Lettenmayer wurde unter anderem eine Sitzung im Plenarsaal in Augenschein genom-



men. Nach drei tollen Tagen in Straßburg trat man mit neuen Eindrücken die Heimreise an.

## Kreisverband Dresden gegründet

Am Montag, den 11. Juni 2018 wurde in Dresden der erste Kreisverband der ÖDP Sachsen gegründet. Unter der Leitung des Landesvorsitzenden Dirk Zimmermann fand die Gründungsveranstaltung statt. Es wurde



V. l. n. r.: Jana Tuschcherer (Rechnungsprüferin), Marcus Lieder (Stellvertreter), Sebastian Högen (Schatzmeister), Markus Taubert (Vorsitz), und Dirk Zimmermann (Landesvorsitzender)

nicht nur ein Vorstand gewählt, bestehend aus Markus Taubert (Vorsitz), Marcus Lieder (Stellvertreter) und Sebastian Högen (Schatzmeister), sondern auch die ersten Möglichkeiten für den KV besprochen. So war es Konsens, dass die ÖDP bei den kommenden Kommunalwahlen am 5. Mai 2019 in Dresden antreten will. Sie sieht sich durch den starken Mitgliederzuwachs in den letzten Monaten bestärkt und ist daher guter Dinge, dass ein Einzug in den Stadtrat durchaus möglich erscheint. Mit dem neuen Kreisvorstand ist ein junges, dynamisches Team gewählt worden, das dennoch über eine gewisse politische Erfahrung verfügt. So kandidierte Schatzmeister Sebastian Högen schon für das Bürgermeisteramt in Sonneberg.

## Satire für alle: *De'SatÖre* – die ökologische Satireseite

Viele Nachrichten lassen sich nur noch mit Resignation ertragen – oder besser mit Humor. Deshalb beschloss der Kreisverband Region Düsseldorf und Niederrhein im Januar 2018, die Medienlandschaft augenzwinkernd zu bereichern: mit der Satireseite De'SatÖre. Dort nehmen die KV-Mitglieder aktuelle oder zeitlose Themen ins Visier und freuen sich auf viele Interessierte, die sie auf Facebook und/oder Twitter besuchen.

 [www.facebook.com/desatoere](http://www.facebook.com/desatoere)  
 [www.twitter.com/DeSatOere](http://www.twitter.com/DeSatOere)

## Gründung des BAK Teilhabe der ÖDP

Was lange währte, wurde endlich gut! Der BAK Teilhabe hat sich am 27./28.01.2018 in Fulda konstituiert. Dabei wurde das Leitungsteam des BAK Teilhabe gewählt. Es besteht aus: Heidi Hauer (Vorsitzende), Marina Fraas (stellvertretende Vorsitzende), Jan Gehrke (Beisitzer).

Die Teilnehmer/-innen der konstituierenden Sitzung in Fulda haben sich auf eine gemeinsame Arbeitsgrundlage für den BAK Teilhabe verständigt und setzten sich folgende Ziele unter dem Motto „Gemeinsam schlau machen und Kompetenz entwickeln“ in den Bereichen:

- Bundesteilhabegesetz
- Was schreiben die anderen Parteien zu Menschen mit Behinderung und zum Thema Teilhabe? Welche Schritte zur Umsetzung sind bereits erfolgt?
- Förderung von Teilhabe durch die EU, den Bund und jedes Bundesland

Ergebnis: Das Wissen wollen wir allen in der ÖDP zur Verfügung stellen, Anregungen geben und Forderungen für die Anpassungen des ÖDP-Bundesprogramms und des Grundsatzprogramms einbringen.

Interesse geweckt? Bitte melden. Wir freuen uns auf alle, die mitarbeiten wollen. Bitte eine E-Mail an [bak.teilhabe@oedp.de](mailto:bak.teilhabe@oedp.de) schicken! Gerne auch per Telefon: (0 61 31) 61 35 60 (Festnetznummer von Heidi Hauer). Auf geht's für den BAK Teilhabe.

Heidi Hauer  
Vorsitzende des Leitungsteams BAK Teilhabe

## Haben Sie es schon bemerkt? ÖDP-Webseiten mit neuem Design!

Wir haben die Webseiten der ÖDP optisch grundlegend überarbeitet. Wir bitten Sie, dies mit einer Spende zu unterstützen. Auch eine einmalige Spende hilft uns dabei, im Vorfeld der Europawahl unsere Außen-darstellung zu professionalisieren.

**Spendenkonto: ÖDP, DE95 7002 0500 0009 8152 01**  
**Spendenbetreff: Neues Layout der Webseite**

**Wir danken Ihnen für Ihr finanzielles Engagement!**

## Treffen des BAK Christen & Ökologie im Kloster Höxter-Brenkhausen

Die Sacharbeit stand wie immer im Vordergrund unserer Mitgliederversammlung vom 23. bis 25. Februar 2018. So besprachen wir die im Mailaustausch vorbereiteten Einzelheiten zum Katholikentag in Münster vom 9. bis 13. Mai 2018, auf dem wir mit einem Stand in der Innenstadt vertreten sein werden.

Sehr ausführlich befassten wir uns mit dem Kurzprogramm zur Europawahl 2019 und erarbeiteten 13 Änderungsanträge an den Bundesparteitag. Auch an

Der Ort unseres Treffens war dieses Mal das Koptisch-Orthodoxe Kloster der Heiligen Jungfrau Maria und des Heiligen Mauritius in Höxter-Brenkhausen. Das Kloster wurde ca. 1246 gegründet und erstmals von Zisterziensenerinnen besiedelt, begann aber im 19. Jahrhundert völlig zu verfallen. Die heutige barocke Klosteranlage hat die Koptisch-Orthodoxe Kirche 1993 für 1 Mark vom Land Nordrhein-Westfalen gekauft. Seitdem wird sie liebevoll unter Mithilfe von ehrenamtlichen Arbeitern und von Fachkräften aus Luxor/Ägypten und anderen Ländern renoviert und mit koptischen Ikonen ausgeschmückt.

Das benachbarte Gästehaus St. Markus ist in einem Neubau, die Zimmer gemäß heutigem Standard mit Nasszelle und Fernseher (!) ausgestattet.

Wir waren überwältigt von der orientalischen Gastfreundschaft, die uns zuteilwurde. Seine Exzellenz Bischof Damian höchstpersönlich bediente uns am Tisch. Seine Mitbrüder hielten sich im Hintergrund bereit und traten sofort in Aktion, wenn sie glaubten, dass etwas nachgelegt werden sollte. Die koptische Köchin vermochte es, die überwiegend ägyptischen Speisen farbkraftig und bunt auf die Teller zu bringen.

Natürlich nahmen wir auch an den Gottesdiensten teil, die schon etwas gewöhnungsbedürftig, in orthodoxer Länge und in arabischer oder koptischer,



Foto: ÖDP-Bundespressstelle

V.l.n.r.: Dieter Nießner, Martin Weinmann, Axel Gebhardt, Michael Andres (halb verdeckt), Dirk Zimmermann, S. E. Bischof Damian, Martin F. Dreß, Helmut Graf, Dirk Uehlein, Walter Konrad, Günther Stahl

unserem aktuellen Positionspapier „Christen und Politik“ arbeiteten wir weiter und werden es beim Herbsttreffen 2018 fertigstellen.

Außerdem überdachten wir unseren Stellenwert und unsere spezielle Aufgabe als BAK Christen & Ökologie innerhalb der ÖDP. Danach sehen wir es als unsere Aufgabe an, christliche Werte in die Partei einzubringen und hochzuhalten, zu Abendandachten bei den Bundesparteitagen einzuladen und die ÖDP bei Kirchentagen zu vertreten.

Unser Mitglied Dieter Nießner stellte uns am Samstagabend in einem sehr interessanten PowerPoint-unterstützten Vortrag das neueste Buch des Club of Rome „Wir sind dran“ vor. Der Club of Rome hatte vor 45 Jahren das Buch „Grenzen des Wachstums“ herausgegeben. Dieter Nießner ist bereit, diesen Vortrag auch bei ÖDP-Gliederungen honorarfrei, nur gegen Erstattung der Fahrtkosten, zu halten (dieter.niessner@t-online.de).

*Der Altarraum ist heilig und darf nur von Priestern und Diakonen barfuß betreten werden.*

aber auch in deutscher Sprache gehalten wurden. Die Liturgiesprache richtet sich je nach der Mehrheit der Teilnehmer am Gottesdienst. Die liturgischen Handlungen fanden etwas abgeschirmt durch die Ikonostase (Bilderwand) im Geheimen, einem Mysterium gleich, statt. Dabei wird auch viel Weihrauch eingesetzt und die Weihrauchfässer werden nicht nur pendelnd geschwenkt, sondern auch rotierend geschwungen. Der Altarraum ist heilig und darf nur von Priestern und Diakonen barfuß betreten werden als Erinnerung an den brennenden Dornbusch in der Wüste. Die musikalischen

sche Begleitung bestand nur aus zwei Rhythmusinstrumenten, der Triangel und der Zimbel. Das erschien mir schon sehr traditionell. Andererseits konnte man auch sehen, dass ein Zelebrant seine Gebete vom Smartphone ablas und einige von uns wurden sogar eingeladen, Evangelien in Deutsch vorzutragen.

Die Koptisch-(d.h. ägyptisch)-Orthodoxe Kirche ist die ursprüngliche Kirche Ägyptens und wurde bereits im ersten Jahrhundert vom Evangelisten und Apostel Markus gegründet und ist damit eine der ältesten christlichen Gemeinden. In ihr entstand auch das christliche Mönchtum (251–356 n. Chr.). Urvater Abraham kam hierhin und auch die Heilige Familie auf der Flucht vor Herodes, worauf die Kirche sehr stolz ist.

Bischof Damian bot uns auch eine umfassende Klosterführung und zeigte auf, was seit 25 Jahren wiederhergestellt wurde und was noch zu tun ist. Er erklärte die sakralen Malereien des Klosters und zeigte uns auch die Taufkapelle mit zwei Taufbecken, eines für die Erwachsenentaufe und eines für die Kindertaufe. Der Täufling wird dreimal ganz untergetaucht. Dann führte er uns noch in die kath. Pfarrkirche St. Johann Baptist aus dem 13. Jahrhundert, die zur Klosteranlage gehört.

Bischof Damian hat eine interessante Lebensgeschichte, 63 Jahre, natürlich Ägypter. Aus traditionellen familiären Gründen konnte er als Jugendlicher seinen Wunsch, Mönch zu werden, zunächst nicht verwirklichen. Er studierte Medizin in Ägypten und arbeitete zuletzt in Deutschland als Oberarzt in Mühlacker. 1993 übernahm er – noch als Pater Damian – die Klosteranlage und wurde 2013 zum Bischof inthronisiert und ist nun für die Seelsorge in der nördlichen Hälfte Deutschlands zuständig. Es gibt zwei Bistümer mit etwa 12.000 Kopten.

Im Kloster ist eine Holzskulpturen-Dauerausstellung des Holzbildhauers und Diakons Gunter Schmidt-Riedig, eines deutschen Mitbruders von Bischof Damian, zu sehen, die uns Herr Schmidt-Riedig gerne zeigte. Seine Skulpturen sind teils übermannsgroß, aus unterschiedlichen Hölzern (z.B. Linden- oder Pappelholz) und zu verschiedenen christlichen Motiven wie z.B. den neun Seligpreisungen oder dem Buch mit sieben Siegeln angefertigt. Ein privater Besuch des Klosters wäre also auch sehr lohnend.

Wenn Sie, lieber Leser, auch einmal zu unseren Treffen kommen wollen, dann sind Sie herzlich eingeladen. Bitte melden Sie sich bei unserem Vorsitzenden Dirk Uehlein unter [dirk.uehlein@web.de](mailto:dirk.uehlein@web.de) an. Das nächste Treffen ist von Freitag, 12.10. bis Sonntag, 14.10.2018 im Franziskanerkloster Frauenberg in Fulda vorgesehen.

## IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint dreimal im Jahr: 1. März, 1. Juli, 1. November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. September 2018**.

### Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei  
Pommersgasse 1, 97070 Würzburg  
Tel.: (09 31) 4 04 86-0, Fax: (09 31) 4 04 86-29  
[www.oedp.de](http://www.oedp.de)

### Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)  
Eisenacher Straße 17, 80804 München  
[guenther.hartmann@oedp.de](mailto:guenther.hartmann@oedp.de)

Pablo Ziller (pz)  
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin  
[pablo.ziller@oedp.de](mailto:pablo.ziller@oedp.de)

### Mitarbeiter dieser Ausgabe

Leonard Benedikt, Florence von Bodisco,  
Prof. Klaus Buchner, Jorgo Chatzimarkakis,  
Matthias Dietrich, Dr. Herbert Einsiedler,  
Helmut Graf, Heidi Hauer, Franz Hofmaier,  
Sebastian Högen, Urban Mangold,  
Dr. Claudius Moseler, Thomas Prudlo,  
Christoph Raabs, Kurt Rieder, Werner Roleff,  
Wolfgang Winter, Dirk Zimmermann

### Externe Autoren

Gerd Zeitler

### Interviewpartner

Prof. Dr. Egon Johannes Greipl, Christian Schüle,  
Prof. Dr. Alain Thierstein, Bernd Wimmer

### Satz

Grafikstudio Art und Weise  
Heike Brückner, 93138 Lappersdorf  
[heike.brueckner@grafikstudio-auw.de](mailto:heike.brueckner@grafikstudio-auw.de)

### Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik –  
Ökologisch-Demokratische Partei  
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin  
Tel.: (0 30) 4 985 40 50,  
[redaktion@oekologiepolitik.de](mailto:redaktion@oekologiepolitik.de)  
[www.oekologiepolitik.de](http://www.oekologiepolitik.de)

### Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,  
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00  
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01  
BIC: BFSWDE33MUE

### Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.

Zusammengestellt von Pablo Ziller

## ÖDP fordert Reformen im Parteiengesetz

(08.06.2018) „Während auf Antrag von CDU/CSU und SPD die Obergrenze für die staatlichen Mittel, die im Rahmen der Parteienfinanzierung ausgezahlt werden, um rund 25 Millionen auf 190 Millionen Euro erhöht werden soll, bleiben wesentlich wichtigere Reformen des Parteiengesetzes im Bereich der Transparenz und der Wahlkampffinanzierungen bisher liegen“, kritisiert ÖDP-Generalsekretär Dr. Claudius Moseler. „Die jetzt geforderte Erhöhung der Ausgaben für Parteien beträgt rund 15%. Dieser kräftige Schluck aus der Steuer-Pulle ist äußerst unanständig“, so Moseler weiter.

Auf der anderen Seite bleiben zentrale Reformen im Parteiengesetz bisher auf der Strecke. Dr. Claudius Moseler spielt auf die Unterstützung von Parteien im Wahlkampf durch Dritte an. Dabei geht es beispielsweise um die Wahlwerbung, die in den Landtagswahlkämpfen 2016 für die AfD u. a. durch den „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten“ durchgeführt wurde. Umstritten ist, wer davon wusste und ob dies letztlich nicht im Rechenschaftsbericht der AfD als Einnahme hätte ausgewiesen werden müssen. „Der Bürger hat aber ein Recht zu wissen, wer alles die Parteien mitfinanziert!“

Eine Grauzone im Parteienrecht macht es möglich, dass finanzielle Unterstützer unerkannt bleiben können, denn „Parallelaktionen“ sind nicht grundsätzlich ausgeschlossen. „Diese Lücke muss dringend sachgerecht geschlossen werden, z.B. durch bessere Kontrollmöglichkeiten der Bundestagsverwaltung und verschärfte Transparenzvorschriften. Es könnten z.B. Dritte verpflichtet werden, Wahlkampfausgaben für bestimmte Parteien bei der Bundestagsverwaltung finanziell offenzulegen“, so Moseler.

Ein weiterer nachhaltiger Schritt wäre aber aus Sicht der ÖDP, ein grundsätzliches Verbot von Firmenspenden und Parteisponsoring (z.B. im Rahmen von Parteitagen) im Parteiengesetz festzuschreiben, um den Lobbyeinfluss z.B. von Konzernen in den Parteien zurückzudrängen. Ferner werden derzeit Spenden unter 10.000 Euro nirgends ausgewiesen. Durch Spendenstückelung kann dies ein Einfallstor auch für ganz



Dr. Claudius Moseler

dunkle Interessen sein. „Die ÖDP ist die einzige Partei in Deutschland, die seit ihrer Gründung in den 80er-Jahren keine Spenden von juristischen Personen annimmt und gleichzeitig mehr Transparenz in der Parteienfinanzierung fordert.“

## Agnes Becker (ÖDP): „Beerdigung des Firmennamens Monsanto ist zu wenig!“

(08.06.2018) „Die Übernahme von Monsanto durch den deutschen Pharmariesen Bayer führt dazu, dass wir das Unternehmen aus Leverkusen nun ganz besonders kritisch beobachten werden“, meint Agnes Becker, 1. stellv. Bundesvorsitzende der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). In dieser Woche soll der Deal zur Übernahme des US-Saatgutriesen Monsanto durch den Agrarchemiekonzern Bayer abgeschlossen werden. Mit diesem Einkauf steigt der DAX-Konzern zum weltgrößten Anbieter von Agrarchemie und Saatgut auf. Der Name Monsanto soll nach der Übernahme verschwinden. Mit derlei Namensänderungen nach der Übernahme problematischer Unternehmen hat die Firma Bayer hinreichende Erfahrungen.

„Ob Monsanto oder Bayer auf der Verpackung steht, ist mir persönlich egal, viel wichtiger ist mir die zukünftige Unternehmenspolitik von Bayer gerade in den von Monsanto übernommenen Sparten“, betont Agnes Becker.

Monsanto ist der ÖDP schon seit Langem ein Dorn im Auge. Das Unternehmen ist weltweit führend bei Totalherbiziden für die Landwirtschaft und speziell darauf zugeschnittenen genmanipulierten Pflanzen. Ein Monsanto-Kassenschlager ist das Unkrautvernichtungsmittel Roundup mit dem Wirkstoff Glyphosat, der nicht nur im konkreten Verdacht steht, krebserregend zu sein, sondern auch der industrialisierten Landwirtschaft die Bahn bereitet und mitverantwortlich ist für das dramatische Artensterben auf Äckern und Wiesen. Rücksichtslosigkeit und Arroganz zeichneten



Agnes Becker



bisher die Strategie von Monsanto im Umgang mit Kritikern und Gegnern aus, neben aggressivem Lobbying bei Regierungen, Lügen und Korruption, Finanzierung zweifelhafter wissenschaftlicher Studien, dem Unter-Druck-Setzen unabhängiger Wissenschaftler und der Manipulation von Presseorganen. „All diese Praktiken hat sich Bayer nun mit eingekauft und wir werden sehr genau studieren, wie Bayer sich in Zukunft verhalten wird. Die Beerdigung des Namens Monsanto alleine reicht nicht“, so die Warnung von Agnes Becker an das Unternehmen aus Leverkusen.

### **Christoph Raabs (ÖDP): „Erst kommt das Fressen und dann die Moral“**

(11.06.2018) Der Bundesvorsitzende der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) ist entsetzt darüber, wie schamlos die Regierungsparteien in Berlin derzeit Gesetze beschließen wollen, die nur dem Erhalt und Ausbau der eigenen Macht dienen. „Wenn es noch eines Beweises für die Richtigkeit des Brecht-Zitates von Fressen und der Moral bedurft hätte, wäre er jetzt erbracht“, so Raabs. So wurde am 7. Juni auf Drängen der Bundesregierung vom EU-Ministerrat die Einführung einer Sperrklausel bei künftigen EU-Wahlen beschlossen, deren einziges Ziel darin besteht, die 7 Mandatsträger deutscher Kleinparteien aus dem Parlament zu drängen, um die freigewordenen Plätze wieder durch eigene Hinterbänkler zu besetzen.



Christoph Raabs

Und, als wäre dies nicht schon skandalös genug, nun soll auch noch eine kräftige Erhöhung der staatlichen Mittel für die Parteienfinanzierung per Schnelldurchlauf im Deutschen Bundestag beschlossen werden, von der die großen Parteien am meisten profitieren. „Dreis-ter geht's nimmer“, bringt es Raabs auf den Punkt.

Für eine längst überfällige Reform des deutschen Bundestagswahlrechts konnten sich die Großkoalitionäre hingegen so gar nicht erwärmen. Der Zustand, dass aktuell über 100 Mandatsträger zusätzlich und praktisch ohne Wählerauftrag im Deutschen Bundestag saßen, sei offenbar sehr viel leichter hinzunehmen als sieben Abgeordnete deutscher Kleinparteien im EU-Parlament. „Ganz klar, wenn es mehrheitlich um Angehörige der GroKo-Parteien geht, ändert dies die Sach-

lage erheblich“, so Raabs. Eine Wahlrechtsänderung für Bundestagswahlen werde daher wahrscheinlich auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben.

Bei all diesen Entwicklungen scheint es eine Frage der Zeit zu sein, bis die ehemaligen deutschen Volksparteien ähnlich verheerende Wahlniederlagen werden einstecken müssen wie schon in Frankreich, Italien, Griechenland und Spanien. Über das Erstarken der extremen Rechten solle man sich bei CDU/CSU und SPD künftig nicht mehr beklagen.

Für die angesprochenen Länder Spanien und Italien sieht Raabs im Übrigen Chancen und Risiken gleichermaßen. „Den neu konstituierten Regierungen in Spanien und Italien ist zu wünschen, dass sie trotz teilweise beunruhigender früherer Auftritte ihrer Protagonisten einen seriösen Politikstil finden und die reichlich vorhandenen Probleme in beiden Ländern nicht durch unbedachtes Handeln noch verschärfen“, so Raabs. In Spanien gelte es zunächst, eine friedliche und faire Lösung des Katalonienkonflikts zu finden. In Italien müsse sich in den nächsten Wochen erweisen, ob die beiden ungleichen Koalitionäre finanzierbare Wege aus der Wirtschaftskrise finden können. Zudem müsse befürchtet werden, dass die italienische „Lega“ die latente Fremdenfeindlichkeit weiter Teile der Partei nicht dauerhaft unter Kontrolle halten könne.

„Die Wut und Verzweiflung in Teilen der Bevölkerung beider Länder hat sich bereits bei den letzten Wahlen eine Bahn gebrochen“, so Raabs abschließend. Die deutsche Regierungskoalition sei nun dabei, auch bisher besonnene Bürger in Deutschland gegen die etablierten Parteien aufzubringen, womit letztlich die Stabilität der Demokratie in Gefahr gerate. Die ÖDP werde auch weiterhin ein seriöses und zukunftsweisendes Programm als einzig wirkliche politische Alternative den Bürgern anbieten und hoffe auf Unterstützung auch aus den Reihen der Enttäuschten und Verbitterten.

# ÖkologiePolitik

ÖDP-Journal online

Digitalisierung - Wegbereiter smarter Diktatur

Wohnungsnot und Flächenfraß - was tun?

www.oekologiepolitik.de

Zum Artikel „Sind das alles Ihre?“  
aus ÖP 176

### Der Planet ist überbevölkert!

Ein Aufruf zu Kinderreichtum im ÖDP-Journal? Ähnliches habe ich auch schon von Frauke Petry gehört, als sie noch AfD-Chefin war. Angesichts eines überbevölkerten und übernutzten Planeten ist das ignorant. Natürlich verdienen Kinder unsere Unterstützung, ganz gleich ob sie in einer Ein- oder Zweikind- oder in einer kinderreichen Familie aufwachsen. Und sie sind hoffentlich die Erfüllung einer liebevollen Beziehung zwischen den beiden Eltern. Eine weitere Begründung braucht es nicht.

Zwei Kinder reichen aber dem Verband kinderreicher Familien Deutschland e.V. (KRFD) nicht, deswegen werden weitere Begründungen an den Haaren herbeigezogen: Weil „es schön ist, viele Kinder zu haben“, weil es noch schöner ist, „diesen Lebensentwurf aktiv in die Gesellschaft hineinzutragen“, weil viele Kinder „volkswirtschaftliche Potenziale entfalten“, weil die Eltern gesünder sind. Hanebüchen ist die Behauptung: „Durch ... höheren Konsum ... tragen kinderreiche Familien zur Sicherung des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands bei.“ Im Gegenzug bedeutet das ja wohl: Die Zweikindfamilie ist nicht so schön, ist nicht so gesund und konsumiert nicht genug.

Es ist lobenswert, wenn sich der KRFD um Kinder, Familien und speziell auch kinderreiche Familien kümmert. Wenn er sich außerdem berufen fühlt, die Kinderanzahl fürs Bruttosozialprodukt und für was sonst noch zu steigern, dann schießt er über die familienpolitischen Ziele der ÖDP hinaus. Das ist Wachstumsideologie in anderem Gewand. So etwas möchte ich im ÖDP-Journal nicht lesen.

*Karsten Tschauer, 81547 München*

Zum Artikel „Es dominieren der  
Terror-Frame und der Böse-Mann-Frame“  
aus ÖP 175

### Nicht alle ÖDP-Mitglieder denken gleich!

Die Reaktionen der Leserbriefe in der Ausgabe ÖP 176 zu obigem Artikel haben mich dazu veranlasst, Ihnen meine Ansicht mitzuteilen – Sie sollten wissen, dass nicht alle Parteimitglieder so über den Artikel und Dr.

Ganser denken. Ich habe mich nämlich sehr gefreut, einen Artikel/Interview mit dem Historiker und Friedensforscher Daniele Ganser in dieser Ausgabe zu lesen!

Gerade in der aktuellen Weltlage, wo wir (ich hoffe und bete, dass nicht) einer nuklearen Auseinandersetzung näher sind denn je, finde ich es existenziell wichtig, dass wir auch die andere Seite der Medaille anschauen bzw. erst durch Berichte wie dem obigen anschauen können! Nur so können wir infrage stellen, ob wir alles glauben (müssen), was uns über den „Feind“ im Osten tagtäglich in den meisten Medien präsentiert wird. Nur so können wir uns dann vielleicht dagegen entscheiden, bei einem neuen Aufgebot mitzumarschieren – wie wir es momentan als deutscher Staat leider wieder tun, weil die Feindbilder jeden Tag aufs Neue geschürt werden.

Ich persönlich finde es sehr schwierig, sich eine Meinung über das Weltgeschehen zu bilden, wenn ich mich nur einseitig informiere. Deshalb bin ich dankbar für Ihre Zeitschrift, für RT Deutsch und freie Medien, die durch ihre Berichterstattung wenigstens ein Hinterfragen meiner einseitigen Sichtweise (geprägt eben von den meisten großen Medien) zur Folge haben!

Aber ganz egal, wie man dazu steht: Momentan ist doch das oberste Gebot der Stunde, dass wir uns nicht wieder gegen andere Völker aufhetzen lassen. Im „Arabischen Frühling“ haben wir doch Beweis genug, was die Folge davon sein wird: destabilisierte Länder, Leid, Schmerz, Grauen, Tod ohne Ende, Chaos ... Ich finde, gerade durch Männer wie Daniele Ganser, die über andere Hintergründe informieren, können wir verhindern, dass wir das auch bald im eigenen Land erleben müssen.

*Ulrike Fieger, 86690 Mertingen*



#### Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **1. September 2018** an:

ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin  
Fax (030) 49 85 40 50, presse@oedp.de

# Wachstum ohne Grenzen?

## Das wollen wir für unsere Wirtschaft nicht!

# ödp

Dennoch müssen WIR als Partei weiter wachsen. Nur so können wir unsere Anliegen in die Politik tragen. Dafür brauchen wir noch mehr engagierte Mitglieder. Helfen Sie durch Ihren ÖDP-Beitritt mit, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu verstärken, damit der Verbrauch an Energie, Rohstoffen und Steuermitteln deutlich gesenkt und die Verschmutzung von Wasser, Luft und Natur nachhaltig reduziert wird.

### Beitrittsantrag

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

- reguläre Mitgliedschaft  Schnuppermitglied

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

#### X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X .....  
Name

X .....  
Vorname

X .....  
Straße/Hausnr.

.....  
Kreis

X .....  
PLZ/Ort

.....  
Tel./Fax

.....  
Mobil

.....  
E-Mail

.....  
Beruf

X .....  
Geburtsdag

.....  
Der Beitritt wurde mir empfohlen von

.....  
Frühere Parteimitgliedschaften:

..... von ..... bis .....

..... von ..... bis .....

.....  
Aktuelle Parteimitgliedschaft(en):

.....  
Name der Partei(en)

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den

- Regelbeitrag von 7,00 Euro pro Monat  
 Familienbeitrag von 7,00 Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert angeben)  
 Seniorenbeitrag von 3,50 Euro pro Monat  
 ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)
- Ich zahle freiwillig 12 Euro/ Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.  
 Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von ..... Euro.  
 Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:  
 jährliche  halbjährliche Abbuchung

.....  
Kontoinhaber(in)

.....  
Name der Bank

.....  
Konto-Nr. BLZ

.....  
BIC

.....  
IBAN

*Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).*

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

- Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein (nur Personen unter 33 Jahren).

X .....  
Datum

X .....  
Unterschrift

#### Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle | Pommergasse 1 | 97070 Würzburg  
Tel.: (09 31) 4 04 86 - 0 | Fax: (09 31) 4 04 86 - 29 | info@oedp.de

## VORSCHAU

# ÖkologiePolitik im November 2018

### Quo vadis, Europa?

Am 26. Mai 2019 finden wieder Wahlen zum Europäischen Parlament statt – zum neunten Mal seit ihrer Einführung im Jahr 1979. Deshalb widmen sich unsere nächsten beiden Ausgaben dem großen Thema „Europa“. Um den Euro und seine Rettung ist es seit den letzten Wahlen im Jahr 2014 ruhig geworden. Dafür rückten neue Herausforderungen ins Zentrum der Aufmerksamkeit: der Brexit und das Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen in zahlreichen europäischen Staaten, auch in Deutschland. Nicht richtig wahrgenommen und diskutiert werden nach wie vor Zentralismus, Intransparenz, Demokratie-Defizite und Demokratie-Abbau sowie das geplante Militärbündnis und die damit verbundene Aufrüstung.

## TERMINE

Sa. 14.07.2018	Landesparteitag ÖDP Bayern (Dingolfing)
Sa. 18.08.2018	Landesparteitag ÖDP Rheinland-Pfalz (Idar-Oberstein)
Sa. 08.09.2018	Landesparteitag ÖDP Berlin, anschließend Sommerfest des Europaabgeordneten Prof. Klaus Buchner
Sa. 29.09.2018	Landesparteitag ÖDP Sachsen (Dresden)
So. 14.10.2018	Landtags- und Bezirkstagswahlen in Bayern
Sa./So. 27/28.10.2018	ÖDP-Bundesparteitag (Mainz-Bingen)
So. 28.10.2018	Landtagswahl in Hessen
Sa. 10.11.2018	Landesparteitag ÖDP Niedersachsen (Wagenfeld)
Sa. 01.12.2018	Landesparteitag ÖDP Baden-Württemberg (Stuttgart)
So. 26.05.2019	Europawahl



Cartoon: Christiane Pföhlmann